



EUROJUST  
JAHRESBERICHT  
2011



*Eurojust-Gebäude – de Arc*

# INHALT

<b>VERMERK ZUM EUROJUST-BESCHLUSS .....</b>	<b>6</b>
<b>LISTE DER ABKÜRZUNGEN .....</b>	<b>7</b>
<b>VORWORT .....</b>	<b>8</b>
<b>ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>11</b>
<b>1 OPERATIVE TÄTIGKEITEN.....</b>	<b>13</b>
1.1 Einführung.....	13
1.2 Die Fallarbeit von Eurojust im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit.....	13
1.2.1 Probleme und bewährte Verfahrensweisen in der Fallarbeit von Eurojust .....	13
1.2.2 Koordinierungstreffen.....	15
1.2.3 Koordinierungszentren .....	15
1.2.4 Artikel 6 und 7 des Eurojust-Beschlusses .....	17
1.2.5 Rechtshilfeübereinkommen .....	19
1.2.6 Fragen in Bezug auf die Sammlung und Zulässigkeit von Beweismitteln .....	19
1.2.7 Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten .....	21
1.2.8 Übertragung der Strafverfolgung .....	22
1.2.9 Austausch von Informationen aus den Strafregistern .....	22
1.2.10 Europäische Haftbefehle .....	23
1.2.11 Sicherstellungsanordnungen .....	27
1.2.12 Einziehung und Vermögensabschöpfung .....	28
1.2.13 Kontrollierte Lieferungen .....	28

1.3 Justizielle Zusammenarbeit in vorrangigen Kriminalitätsbereichen .....	30
1.3.1 Terrorismus .....	30
1.3.2 Drogenhandel .....	31
1.3.3 Menschenhandel (THB) .....	32
1.3.4 Betrug .....	33
1.3.5 Korruption .....	34
1.3.6 Cyberkriminalität.....	34
1.3.7 Geldwäsche .....	35
1.3.8 Andere Aktivitäten des organisierten Verbrechens .....	37
1.4 Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs).....	39
1.5 Fallarbeit von Eurojust mit Beteiligung von Drittstaaten .....	42

## **2 BEZIEHUNGEN ZU EU-INSTITUTIONEN UND -PARTNERN ..... 45**

2.1 Institutionelle Beziehungen .....	45
2.1.1 Europäisches Parlament .....	45
2.1.2 Rat der Europäischen Union .....	45
2.1.3 Europäische Kommission .....	46
2.2 Praktiker-Netzwerke.....	46
2.2.1 Europäisches Justizielles Netz.....	47
2.2.2 Das Sekretariat für das Netzwerk Gemeinsamer Ermittlungsgruppen .....	47
2.2.3 Genozid-Netzwerk .....	47
2.2.4 Europäisches Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN) .....	48
2.2.5 Beratendes Forum der Generalstaatsanwälte und Leiter von Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten .....	48
2.3 EU-Agenturen und -Einrichtungen .....	49
2.3.1 Europol .....	49
2.3.2 OLAF .....	50
2.3.3 Frontex .....	51

2.3.4	EPA .....	52
2.3.5	Leiter der JI-Agenturen .....	53
2.4	Beziehungen außerhalb der Europäischen Union .....	53
<b>3</b>	<b>DER EUROJUST-BESCHLUSS, DIE ZUKUNFT UND DIE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER VERWALTUNG.....</b>	<b>55</b>
3.1	Umsetzung des Ratsbeschlusses .....	55
3.2	Task Force zur Zukunft von Eurojust.....	57
3.3	Administrative Entwicklungen.....	58
3.4	Öffentlicher Zugang zu Eurojust-Dokumenten.....	60
<b>4</b>	<b>WEITERE VORGEHENSWEISE NACH DEN SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES .....</b>	<b>63</b>
<b>ANHANG</b>	<b>.....</b>	<b>69</b>
Abbildung 1	– Fallentwicklung 2002-2011.....	69
Abbildung 2	– Bilaterale/multilaterale Fälle .....	70
Abbildung 3	– Neu registrierte und abgeschlossene Fälle 2003-2011 .....	71
Abbildung 4	– Allgemeine Fallklassifizierung.....	72
Abbildung 5	– Die wichtigsten Kategorien von strafbaren Handlungen in Eurojust-Fällen .....	73
Abbildung 6	– Die wichtigsten Kategorien von strafbaren Handlungen und sonstige Kategorien von strafbaren Handlungen in Eurojust-Fällen .....	74
Abbildung 7	– Eurojust-Fälle nach den um Rechtshilfe ersuchenden Ländern .....	75
Abbildung 8	– Eurojust-Fälle nach den um Rechtshilfe ersuchten Ländern .....	76
Abbildung 9	– Fälle, bei denen Koordinierungstreffen stattfanden.....	77
Abbildung 10	– Koordinierungstreffen nach den um Rechtshilfe ersuchenden Ländern .....	78
Abbildung 11	– Koordinierungstreffen nach den um Rechtshilfe ersuchten Ländern .....	79

## Vermerk zum Eurojust-Beschluss

*Eurojust-Beschluss* – Der Beschluss des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität in der durch den Beschluss 2009/426/JI des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust geänderten Fassung wird in diesem Bericht als „Eurojust-Beschluss“ bezeichnet.

Eine konsolidierte Fassung des Eurojust-Beschlusses wurde vom Generalsekretariat des Rates ausschließlich zu Informationszwecken erstellt und ist auf unserer Website unter [www.eurojust.europa.eu](http://www.eurojust.europa.eu) abrufbar.

# Liste der Abkürzungen

<b>AWF</b> .....	Analysis Work File ( <i>Analysedatei</i> )
<b>CMS</b> .....	Case Management System ( <i>Fallmanagementsystem</i> )
<b>COSI</b> .....	Standing committee on operational cooperation on internal security ( <i>Ständiger Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit</i> )
<b>EEA</b> .....	Europäische Ermittlungsanordnung
<b>EJN</b> .....	Europäisches Justizielles Netz in Strafsachen
<b>ENCS</b> .....	Eurojust National Coordination System ( <i>Nationales Eurojust-Koordinierungssystem</i> )
<b>EPA</b> .....	Europäische Polizeiakademie
<b>EuHB</b> .....	Europäischer Haftbefehl
<b>Frontex</b> .....	European Agency for the Management of the Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union ( <i>Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union</i> )
<b>JIT</b> .....	Joint Investigation Team ( <i>Gemeinsame Ermittlungsgruppe</i> )
<b>OCC</b> .....	On-Call Coordination ( <i>Koordinierungsdauerdienst</i> )
<b>OCTA</b> .....	Organised Crime Threat Assessment ( <i>Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität</i> )
<b>OLAF</b> .....	Office Européen de Lutte Anti-Fraude ( <i>Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung</i> )
<b>TE-SAT</b> .....	Terrorism Situation and Trend Report ( <i>Bericht zu Lage und Entwicklungen des Terrorismus</i> )
<b>THB</b> .....	Trafficking in human beings ( <i>Menschenhandel</i> )

# Vorwort

Dies ist der zehnte Jahresbericht der Stelle für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union. Das Kerngeschäft von Eurojust, die Unterstützung der operativen Bekämpfung der schweren grenzüberschreitenden Kriminalität, hat sich im Jahr 2011 beträchtlich entwickelt. Die Zahl der Fälle, die die Mitgliedstaaten an Eurojust herantrugen, erhöhte sich gegenüber 2010 zwar nur leicht, die Koordinierungstätigkeit von Eurojust erfuhr jedoch eine beträchtliche Steigerung.

Bei den Koordinierungstreffen kommen die Experten von Eurojust mit ihren Fachkollegen in den Mitgliedstaaten und den Organen der Europäischen Union zusammen. Die Treffen erleichtern eine effiziente Entscheidung darüber, wann, wo und wie in grenzüberschreitenden Fällen polizeiliche und justizielle Maßnahmen gegen organisierte kriminelle Vereinigungen ergriffen werden sollten. Wie nützlich diese operativen Treffen für die Praktiker in den Mitgliedstaaten sind, wird dadurch belegt, dass sich ihre Zahl 2011 um 40 Prozent erhöht hat. Gleichzeitig ist dieser Anstieg eine ernüchternde Erinnerung daran, dass die Bedrohung durch grenzüberschreitende Kriminalität nicht geringer geworden ist. Erstmals betraf die bei diesen Treffen erfolgte Koordinierungstätigkeit mehr als 200 Fälle.

Koordinierungstreffen haben im Jahr 2011 eine bedeutende Entwicklung erfahren, und zwar durch die Einführung von Koordinierungszentren. Sobald bei einem Koordinierungstreffen über die an einem bestimmten Tag in den Mitgliedstaaten durchzuführenden operativen Maßnahmen entschieden worden ist, stehen die Fachleute von Eurojust dem eigenen Mitgliedstaat und ihren EU-Kollegen nun in einem sicheren Koordinierungszentrum beratend zur Verfügung. Im Verlauf des Tages, an dem die Maßnahmen durchgeführt werden, können sie dann beispielsweise bei Fragen hinsichtlich der Verwertbarkeit von Beweismitteln in den verschiedenen Rechtsordnungen sowie der Erstellung Europäischer Haftbefehle und anderer Rechtshilfersuchen behilflich sein. 2011 betrieb Eurojust sieben Koordinierungszentren; die darin behandelten Straftaten reichten von Menschenhandel über Drogenhandel bis hin zu schwerem Betrug. Dieser Erfolg wurde erreicht, obgleich viele Mitgliedstaaten den geänderten Eurojust-Beschlusses noch umzusetzen haben.

Die Arbeit der Gemeinsamen Ermittlungsgruppen (JITs) stellte einen weiteren bedeutenden Aspekt der Koordinierungsarbeit von Eurojust im Jahr 2011 dar. Obwohl sie anfangs als bürokratisch angesehen wurden, sind die JITs mittlerweile als nützliches Instrument im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität anerkannt. Sie bilden einen Rahmen, in dem Praktiker aus verschiedenen Staaten ohne die mit den herkömmlichen Formen der Rechtshilfe verbundenen Schwierigkeiten und Verzögerungen zusammenarbeiten können. 2011 wurde bei Eurojust das Sekretariat für das Netzwerk Gemeinsame Ermittlungsgruppen eingerichtet. Im Verlauf des Jahres nahmen Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamten von Eurojust an etwa 30 Ermittlungsgruppen teil.



Auch bei der Bereitstellung der Infrastruktur für die Koordinierungsarbeit wurden Fortschritte erzielt. Mit den Niederlanden und EU-Behörden wurde eine Einigung über die Errichtung eines neuen Gebäudes für Eurojust erzielt. Dies wird es allen unseren Mitarbeitern ermöglichen, gemeinsam, und nicht wie derzeit an zwei Orten, zu arbeiten. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2015 geplant. Ein weiterer Vorteil des neuen Gebäudes wird darin bestehen, dass Eurojust in der Nähe einer seiner wichtigsten EU-Partnerorganisationen, Europol, belegen sein wird. Hierdurch wird der Notwendigkeit einer koordinierten Reaktion auf die Bedrohung der EU-Bürger durch kriminelle Gruppierungen konkret Ausdruck verliehen.

Der Jahresbericht 2011 knüpft an den operativen Fokus der vorherigen Jahresberichte an. Ich hoffe, dass er einen nützlichen Überblick über die Tätigkeiten von Eurojust im Hinblick auf den Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität bietet.



*Aled Williams*

**ALED WILLIAMS**  
Präsident von Eurojust

## Eurojust-Kollegium der Nationalen Mitglieder



*Sitzend von links nach rechts:*

*Elena Dinu, RO; Mariusz Skowroński, PL; Malči Gabrijelčič, SL; Gunars Bundzis, LV; Michèle Coninx, BE, Vize-Präsidentin; Aled Williams, UK, Präsident; Raivo Sepp, EE, Vize-Präsident; Ilona Lévai, HU; Lampros Patsavellas, EL; Donatella Frendo Dimech, MT; Juan Antonio García Jabaloy, ES*

*Stehend von links nach rechts:*

*Harri Tiesmaa, FI; Ingrid Maschl-Clausen, AT; Jesper Hjorten, DK; Francesco Lo Voi, IT; Laima Čekelienė, LT; Ladislav Hamran, SK; Carlos Zeyen, LU; Mariana Lilova, BG; Ola Laurell, SE; Robert Sheehan, IE; João Manuel Da Silva Miguel, PT; Hans-Holger Herrnfeld, DE; Lukáš Starý, CZ; Sylvie Petit-Leclair, FR; Marc van Erve, NL; Katerina Loizou, CY*

# Zusammenfassung

Die Zahl der Fälle, in denen die Mitgliedstaaten Eurojust um Unterstützung bei der Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Straftaten gebeten haben, ist gegenüber dem Vorjahr von 1421 auf 1441 leicht gestiegen.

Die Koordinierungsfunktion von Eurojust hat sich stark entwickelt:

- Die Zahl der bei den Eurojust-Koordinierungstreffen behandelten Fälle ist im Vergleich zum Vorjahr von 140 auf 204 gestiegen;
- 80 Prozent der Koordinierungstreffen betrafen Straftaten, deren Bekämpfung die EU Vorrang eingeräumt hat (siehe unten);
- bei fast 70 Prozent der Koordinierungstreffen waren drei oder mehr Mitgliedstaaten beteiligt;
- sieben Koordinierungszentren leisteten bei Operationen in den Mitgliedstaaten operative Unterstützung in Echtzeit;
- Europol nahm an 89 Koordinierungstreffen von Eurojust teil.

Die acht vom Rat der Europäischen Union festgelegten vorrangigen Deliktsbereiche spiegeln sich in der Fallarbeit von Eurojust wie folgt wider (in absteigender Reihenfolge): Drogenhandel, Betrug, sonstige Aktivitäten der organisierten Kriminalität, Geldwäsche, Menschenhandel, Terrorismus, Korruption und Cyber-Kriminalität.

Die Rolle, die Eurojust bei den Gemeinsamen Ermittlungsgruppen (JITs) einnimmt, ist 2011 stetig gewachsen:

- Mit Unterstützung von Eurojust wurden 33 neue JITs gebildet;
- Staatsanwälte, Richter und Strafverfolgungsbeamten von Eurojust waren an 29 JITs beteiligt;
- Eurojust hat finanzielle Fördermittel der Kommission für JITs unter Beteiligung von 16 Mitgliedstaaten bereit gestellt und verwaltet.

Ende 2011 hatten 10 Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen abgeschlossen, um ihre nationalen Rechtsordnungen mit dem geänderten Eurojust-Beschluss in Einklang zu bringen.

Das Budget von Eurojust belief sich im Jahr 2011 auf 31,7 Millionen €. 95,6 Prozent der Haushaltsmittel wurden in Anspruch genommen.

Im Jahr 2011 arbeiteten 269 Personen bei Eurojust:

- 42 von ihnen waren von den Mitgliedstaaten entsandte Staatsanwälte, Richter oder Polizeibeamte mit gleichwertigen Befugnissen; sie wurden von 15 entsandten nationalen Sachverständigen unterstützt;
- 210 Personen waren nach dem EU-Personalstatut beschäftigt; sie wurden unterstützt von zwei entsandten nationalen Sachverständigen.

Hinsichtlich des Bezugs eines neuen Eurojust-Gebäudes im Jahr 2015 wurden eine Vereinbarung mit den Niederlanden als Gaststaat und eine Vereinbarung mit den EU-Institutionen über die haushaltsrechtlichen Implikationen getroffen.

In den Diensträumen von Eurojust wurden für das JIT-Netzwerk sowie für das Netzwerk zur Verfolgung von Völkermord Sekretariate eingerichtet.



# 1 Operative Tätigkeiten

## 1.1 Einführung

Die Arbeitsschwerpunkte von Eurojust für das Jahr 2011 wurden im Lichte der vom Rat vorgenommenen Bewertung der Bedrohung der EU-Bürger durch die verschiedenen Kriminalitätsformen festgelegt. Bei den Kategorien von Straftaten, die vom Rat der Europäischen Union wegen der von ihnen ausgehenden Bedrohung als vorrangig bezeichnet wurden, handelt es sich um Terrorismus, Drogenhandel, Menschenhandel (THB), Betrug, Korruption, Cyber-Kriminalität, Geldwäsche und andere Aktivitäten der organisierten Kriminalität. Informationen zur Fallarbeit von Eurojust in diesen Bereichen, zu Problemen und bewährten Verfahrensweisen (*best practices*) sowie Anmerkungen zur damit verbundenen strategischen Arbeit werden im Folgenden dargelegt.

Im Jahr 2011 wurde Eurojust in 1441 registrierten Fällen auf Ersuchen der Mitgliedstaaten um Unterstützung tätig. Zwei Drittel der Ersuchen betrafen

die von der EU als vorrangig eingestuft Kategorien von Straftaten. Die übrigen betrafen schwere Straftaten wie Mord, Vergewaltigung und Raub. Detaillierte Statistiken zur Fallarbeit von Eurojust und zur Beteiligung der Mitgliedstaaten finden sich im Anhang.

Obwohl die Gesamtzahl der Ersuchen um Unterstützung durch Eurojust im Jahr 2011 gegenüber 2010 fast unverändert blieb, ist die Zahl der Treffen zur Koordinierung der Arbeit der Strafverfolgungs- und Justizbehörden beträchtlich gestiegen. Die Zahl der Fälle, die bei Koordinierungstreffen behandelt wurden, stieg auf 204, was gegenüber 2010 (als 141 Fälle behandelt wurden) einen Anstieg um mehr als 44 Prozent bedeutet. An etwa 70 Prozent der Koordinierungstreffen waren drei oder mehr Länder beteiligt und 80 Prozent betrafen vorrangige Straftaten.

Die Beteiligung von Eurojust an der Bildung Gemeinsamer Ermittlungsgruppen ist 2011 ebenfalls gestiegen (siehe Punkt 1.4).

## 1.2 Die Fallarbeit von Eurojust im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit

Die Arbeit von Eurojust ist im Wesentlichen operativ und betrifft die Lösung von Problemen in schweren Fällen grenzüberschreitender Kriminalität. In manchen Fällen sind die zu lösenden Probleme praktischer Natur oder ergeben sich aus den Besonderheiten einer nationalen Rechtsordnung. Die folgenden Hindernisse und einige bewährte Verfahrensweisen in der praktischen Fallarbeit wurden ausgemacht.

### 1.2.1 Probleme und bewährte Verfahrensweisen in der Fallarbeit von Eurojust

Zu den wiederkehrenden Hindernissen gehören Verzögerungen bei der Erledigung von Rechtshilfeersuchen, die verschiedene Ursachen haben können. Manchmal führt eine unvollständige rechtliche und tatsächliche Einordnung des betreffenden Materials dazu, dass sich die Erledigung

eines Rechtshilfeersuchens in einem Land verzögert, bis aus einem anderen Land weitere Informationen und Erläuterungen eingegangen sind. Manchmal ist die Verzögerung auf Umstände wie das Fehlen zentraler Datenbanken, die eine schnelle Identifizierung von Bankkonten oder anderen Vermögenswerten ermöglichen würde, zurückzuführen; in anderen Fällen kann es zu einer Verzögerung kommen, wenn das Ersuchen einer ausstellenden Behörde eines Mitgliedstaats gegenüber einer vollstreckenden Behörde eines anderen Mitgliedstaats aufgrund einer fehlerhaften Bestimmung des zuständigen Empfängers an eine falsche Stelle gesandt wird. Manchmal gibt es für einen in einem Land üblichen Rechtsbegriff in einem anderen Land einfach keine genaue Entsprechung, und – rechtliche und linguistische – Übersetzungsprobleme verschärfen die mit der Erledigung verbundenen Schwierigkeiten.

Auch im Hinblick auf Unterschiede bei der Definition von Straftaten sind Probleme aufgetreten. Hier war Eurojust in der Lage, den Dialog zwischen dem ersuchenden und dem ersuchten Land zu erleichtern und im Hinblick auf die Klärung der Definition der Straftaten in den beteilig-



*Ein Koordinierungstreffen mit 14 Mitgliedstaaten, Norwegen, Kroatien, den USA und Europol*

ten Rechtsordnungen Unterstützung zu leisten.

Durch Unterstützung bei der Abfassung und Übermittlung von Rechtshilfeersuchen sowie bei der Ermittlung der zuständigen nationalen Behörde und durch Beratung

zu Beweisanforderungen im ersuchten und im ersuchenden Land hat Eurojust häufig – innerhalb enger zeitlicher Vorgaben – zur Lösung von Problemen beigetragen. Durch eine frühe Beteiligung von Eurojust in komplexen Fällen ist es möglich gewesen, rechtliche und beweistechnische Probleme



in einem Stadium zu identifizieren, in dem mit geeigneten Maßnahmen Abhilfe geschaffen werden kann. Die Bedeutung dieses frühen Dialogs zwischen Eurojust und den Justiz- und Strafverfolgungsbehörden des unterstützten Mitgliedstaats kann gar nicht genug betont werden. Die Bandbreite hierbei reicht von der Lösung ganz praktischer und eiliger Probleme in einem bestimmten Fall bis zur Erörterung der daraus zu ziehenden taktischen und strategischen Lehren bei den von Eurojust durchgeführten Seminaren zur Fallarbeit.

Allgemeiner betrachtet hat Eurojust den Informationsaustausch durch die Verwendung zweier spezieller Instrumente erleichtert: Koordinierungstreffen und JITs. Durch das Zusammenführen von Praktikern und die Unterstützung des Informationsaustauschs bei der Fallarbeit hat Eurojust dazu beigetragen, die Arbeitsbeziehungen mit den Praktikern in den Mitgliedstaaten und anderen EU-Organen zu stärken.

### 1.2.2 Koordinierungstreffen

Wie bereits erwähnt, hat Eurojust 2011 in 204 Fällen Koordinierungstreffen organisiert, was gegenüber dem Vorjahr eine

beträchtliche Steigerung bedeutet. Diese Treffen haben für die zuständigen nationalen Behörden in grenzüberschreitenden Fällen weiterhin einen beträchtlichen Mehrwert. Sie erleichtern einen wirksamen und zeitnahen Informationsaustausch, bieten Lösungen bei praktischen und rechtlichen Schwierigkeiten und tragen zur Vertrauensbildung zwischen den zuständigen Behörden in den verschiedenen Mitgliedstaaten bei. Auch der Einsatz von Videokonferenz-Techniken hat, obwohl er nicht optimal ist, dazu geführt, dass Fälle vorangebracht werden konnten, wenn ein örtliches Zusammentreffen der beteiligten Parteien aus operativen Gründen nicht möglich war.

Die Koordinierungstreffen führten häufig zum Abschluss operativer Vereinbarungen, die von Eurojust dann weiter verfolgt wurden, um ihre wirksame Umsetzung durch die nationalen Behörden sicherzustellen. Von besonderer Bedeutung waren die bei Koordinierungstreffen erzielten Vereinbarungen zur Einsetzung von JITs. An den Koordinierungstreffen nahmen nicht nur Vertreter der Mitgliedstaaten teil, sondern gegebenenfalls auch Vertreter von Drittstaaten und EU-Organen wie Europol und OLAF. Drittstaaten nahmen in



*Das erste Koordinierungszentrum*

45, Europol in 89 und OLAF in 8 Fällen an Koordinierungstreffen teil.

### 1.2.3 Koordinierungszentren

Das Instrument der Koordinierungstreffen hat sich im Jahr 2011 beträchtlich weiterentwickelt. Zur Stärkung der operativen Unterstützung an Tagen, an denen in verschiedenen Mitgliedstaaten Maßnahmen durchgeführt werden, hat Eurojust den Einsatz von Koordinierungszentren entwickelt. Die den Koordinierungszent-



Eurojust hat Italien und die Niederlande bei einer Operation zur Festnahme einer Person unterstützt, die in Italien zu den 100 meistgesuchten Flüchtigen zählte. Der Flüchtige gehörte dem *Polverino-Clan* an, einer in Neapel ansässigen kriminellen Gruppierung der Camorra. Der *Polverino-Clan* soll für den Handel riesiger Rauschgiftmengen von Spanien nach Italien, für Mord, Erpressung, illegalen Waffenbesitz, gewerbliche Geldwäsche und andere kriminelle Aktivitäten verantwortlich sein. Die Aktion zur Festnahme der Zielperson hatte zu einem früheren Zeitpunkt des Jahres 2011 begonnen, als er bei einer anderen polizeilichen Operation gegen den *Polverino-Clan* entkam, obwohl 40 weitere Mitglieder der Bande in Italien und Spanien festgenommen wurden.

Die Zielperson wurde in Zeewolde aufgespürt. Bei dem Eurojust-Koordinierungstreffen tauschten italienische und niederländische Polizei- und Justizbehörden Informationen aus und planten das Vorgehen für die Festnahme. Um die reibungslose Durchführung der Operation zu erleichtern, wurden praktische Einzelheiten für die Ausstellung des Europäischen Haftbefehls und weitere notwendige

Ermittlungstätigkeiten, die im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens erbeten worden waren, erörtert und geklärt.

Die italienischen *Carabinieri* stürmten zusammen mit niederländischen Polizei-Spezialkräften die Villa, in der die Zielperson zusammen mit seiner Lebensgefährtin unter falschem Namen lebte. Bei der Operation gelang es den Polizeibehörden, einen gefälschten Pass, 20.000 € sowie Fotos, die den Flüchtigen mit dem Kopf des *Polverino-Clans* zeigten, zu beschlagnahmen.

Die Koordinierung durch Eurojust bildete die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung der Operation, die einen wichtigen Schritt im Kampf gegen den *Polverino-Clan* darstellte, der seit 2007 vom Anti-Mafia-Büro in Neapel geführt worden war; dabei leisteten die spanische *Guardia Civil* und die niederländischen Polizei-Spezialkräfte einen wertvollen Beitrag. Die bei mehreren Eurojust-Koordinierungstreffen ausgetauschten und nachfolgend analysierten Informationen trugen dazu bei, die Kommandostruktur dieser organisierten kriminellen Vereinigung aufzudecken.

ren zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten bieten Eurojust eine sichere Echtzeitverbindung mit den Staatsanwälten, Richtern und Polizeibeamten in den Mitgliedstaaten. Während in den Mitgliedstaaten operative Maßnahmen durchgeführt werden und sich aus Beschlagnahmen und Festnahmen neue Fragestellungen ergeben, ist Eurojust in der Lage, bei dringenden Fragen sofort einen Beitrag zu leisten, beispielsweise zur Abfassung von Europäischen Haftbefehlen (EuHBs) oder den zu erfüllenden beweistechnischen oder rechtlichen Anforderungen bei Angelegenheiten wie der Ausstellung eines Durchsuchungsbefehls oder der Sperrung eines Bankkontos.

Darüber hinaus wird die Kommunikation zwischen den nationalen Justizbehörden, die operative Maßnahmen durchführen, beschleunigt, da die Ergebnisse und Ereignisse in den Mitgliedstaaten unverzüglich an das Zentrum weitergegeben werden können, was es ermöglicht, die Arbeit aller beteiligten Behörden in Echtzeit zu koordinieren.

In einigen Fällen wurden diese Zentren sehr kurzfristig eingerichtet, in einem Fall innerhalb von drei Stunden. Dies be-



legt, dass Eurojust in der Lage ist, auf die operativen Bedürfnisse der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten schnell zu reagieren.

2011 wurden sieben Koordinierungszentren eingerichtet, die zur Bekämpfung von Straftaten wie Drogenhandel, Geldwäsche, Tabakschmuggel, Betrug und Menschenhandel dienen.

#### **1.2.4 Artikel 6 und 7 des Eurojust-Beschlusses**

Nach Artikel 6 und 7 des Eurojust-Beschlusses können die einzelnen Nationalen Büros und das Kollegium als Ganzes den zuständigen nationalen Behörden Empfehlungen zur Fallarbeit unterbreiten. Diese Empfehlungen können nützliche Instrumente zur Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit sein und veranschaulichen den kontinuierlichen Dialog zwischen den Nationalen Eurojust-Mitgliedern und ihren zuständigen Heimatbehörden zu Fragen der operativen Arbeit.

Der Dialog mit den Justiz- und Strafverfolgungsbehörden erfolgte im Jahr 2011 sowohl durch informellen als auch formellen Austausch. Ein Rückgriff auf Artikel 6 er-

Im Jahr 2010 entdeckten französische Zollbeamte bei einer stichprobenartigen Kontrolle eines spanischen Fahrzeugs eine große Menge Banknoten, die erhebliche Spuren von Kokain aufwiesen. Die Ermittlungen ergaben, dass der Fahrer Verbindungen zu einer in Frankreich, Deutschland, Spanien und den Niederlanden operierenden organisierten kriminellen Vereinigung hatte. Aufgrund der Komplexität der Ermittlungen wurde Eurojust kontaktiert. Eurojust schlug vor, einen Tag für die Durchführung von Maßnahmen zu bestimmen und den Ablauf über ein Koordinierungszentrum zu regeln.

Im Juni 2011 wurde bei Eurojust ein Koordinierungszentrum eingerichtet, das mit Justizbehörden in fünf Mitgliedstaaten in Verbindung stand

folgte auf verschiedene Weise. In einigen Fällen folgte er anfänglichen informellen Diskussionen und Treffen mit den nationalen Behörden, in anderen Fällen ergab er sich aus der Identifikation von Problemen bei Koordinierungstreffen oder einfach aus der von einer ersuchenden Behörde in einem Rechtshilfeersuchen übermittelten Information.

Aufgrund der Bedeutung informeller Kontakte im Rahmen von Artikel 6 und 7 wer-

und wertvolle Unterstützung durch das mobile Büro von Europol erhielt. Dies erlaubte es, Informationen zwischen den Ermittlungs- und Justizbehörden in Echtzeit zu übertragen und zu koordinieren und die sich aus Festnahmen und Durchsuchungen ergebenden Daten zu analysieren. Neun Verdächtige wurden festgenommen und zeitgleich zehn Durchsuchungen in verschiedenen Mitgliedstaaten durchgeführt. Eine große Menge Beweismaterial, Vermögensgegenstände und Materialien zur Herstellung von Drogen wurden beschlagnahmt. Gegen deutsche, kolumbianische, libanesisch und türkische Staatsangehörige, die verdächtigt wurden, aktive Mitglieder dieses großen und hochkomplexen Netzwerks zu sein, wurden EuHBs erlassen.

den auf Grundlage dieser Bestimmungen gestellte Ersuchen meist nur dann förmlich erfasst, wenn in einem bestimmten Mitgliedstaat Verfahrensvorkehrungen nur dann getroffen werden können, wenn die Entscheidungen protokolliert sind. Im Jahr 2011 wurden 14 förmliche Ersuchen nach Artikel 6 des Eurojust-Beschlusses erfasst, von denen einige hier aufgeführt werden:

*Ersuchen, zu bestimmten Tatbeständen Ermittlungen zu führen oder die*

*Strafverfolgung aufzunehmen – Artikel 6.1 (a) (i)*

Von den Nationalen Büros bei Eurojust wurden sechs Ersuchen nach Artikel 6.1 (a) (i) gestellt. In einem Fall bat das italienische Büro seine Behörden, Ermittlungen in einer Sache in Erwägung zu ziehen, die ihren Ursprung in einem französischen Fall von Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung hatte. Dieses Ersuchen führte zur Einleitung multilateraler Ermittlungen, die sich ausweiteten und die Tschechische Republik, Irland, Italien und Europol einschlossen.

In drei Geldwäschefällen ersuchte Eurojust die entsprechenden italienischen Strafverfolgungsbehörden um Ergreifung von Maßnahmen auf der Grundlage von Informationen, die von portugiesischen und deutschen Behörden zur Verfügung gestellt wurden. Weitere Ersuchen ergingen in Fällen der Einschleusung illegaler Einwanderer, bei denen eine Verbindung zum organisierten Verbrechen bestand und in denen Deutschland, Österreich, Griechenland und die frühere jugoslawische Republik Mazedonien betroffen waren, sowie in einem Fall von Zigarettenschmuggel. In allen Fällen

leiteten die italienischen Behörden Ermittlungen ein. Ein Fall wird unter Punkt 1.3.7 geschildert.

*Ersuchen an die zuständigen Behörden, sich damit einverstanden zu erklären, dass eine andere zuständige Behörde gegebenenfalls besser in der Lage ist, zu bestimmten Tatbeständen Ermittlungen zu führen oder die Strafverfolgung aufzunehmen – Artikel 6(1)(a)(ii)*

In einem Fall bat eines der Nationalen Büros bei Eurojust seine Behörden um Aufnahme von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Bezug auf bestimmte Elemente eines Betrugsfalles. Die zuständige nationale Behörde folgte der Empfehlung von Eurojust.

*Ersuchen an die zuständigen Behörden, eine Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten vorzunehmen – Artikel 6.1 (a) (iii)*

Es wurden drei formelle Ersuchen nach Artikel 6.1 (a) (iii) gestellt; in allen Fällen wurden Ermittlungen eingeleitet. Die italienischen Behörden wurden ersucht, sicherzustellen, dass in einem von ihnen geführ-

ten Verfahren mit Bezug zu einem französischen Fall von Zigarettenschmuggel eine Koordinierung mit anderen betroffenen Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien und Deutschland) erfolgt. Eine ähnliche Initiative wurde in einem Fall von Steuerhinterziehung und Geldwäsche ergriffen, der acht italienische Behörden und die Niederlande betraf. Im Einvernehmen mit den niederländischen Behörden fanden koordinierte Maßnahmen statt und eine Reihe von Hausdurchsuchungen wurde erfolgreich durchgeführt. Ein drittes Ersuchen führte zur Einleitung von Ermittlungen wegen Drogenhandels.

*Ersuchen, alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die die Nationalen Mitglieder zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen – Artikel 6.1 (a)(v)*

Die Fähigkeit von Eurojust, Informationen schnell und effektiv entgegenzunehmen und weiterzuleiten, ist für erfolgreiche Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Straftaten äußerst wichtig und steht im Mittelpunkt seines Kerngeschäfts. Zu den formell erfassten Fällen nach Artikel 6 gehörten drei Ersuchen um Austausch von Informationen. Bei einer lettischen Ermittlung in einem

Korruptionsfall bat das spanische Büro die nationalen Justizbehörden um Identifizierung des zuständigen nationalen Staatsanwalts, um Informationen austauschen und eine Koordinierung sicherstellen zu können. In einem anderen, Rumänien und Italien betreffenden Fall ging es um Vorwürfe der Fälschung von Geld- und Zahlungsmitteln. Ein drittes, vom italienischen Büro an die nationalen Behörden übermitteltes Ersuchen betraf ein von Österreich eingeleitetes Verfahren wegen Betrugs.

*Ersuchen, alle sonstigen im Hinblick auf die Ermittlung oder Strafverfolgung gerechtfertigten Maßnahmen zu ergreifen – Artikel 6.1(a)(vii)*

Auf Grundlage dieser Bestimmung bat Eurojust die italienischen Behörden, in einem Fall von Fälschung und organisiertem Verbrechen eine Maßnahme der vorübergehenden Überstellung in Betracht zu ziehen.

### **1.2.5 Rechtshilfeübereinkommen**

Das Rechtshilfeübereinkommen aus dem Jahr 2000 und das dazugehörige Protokoll von 2001 sowie das Übereinkommen über

die Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahr 1959 mit den dazugehörigen Protokollen (Rechtshilfeübereinkommen) bleiben die wichtigsten rechtlichen Grundlagen für die justizielle Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Im Allgemeinen wird ihre Anwendung positiv beurteilt. Bestimmte Schwierigkeiten bestehen jedoch fort. Nicht alle Mitgliedstaaten haben das Rechtshilfeübereinkommen von 2000 umgesetzt, was zu Problemen beim Einsatz so wichtiger Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit wie Videokonferenzen und JITs führen kann. Zusätzliche Probleme bei der Anwendung dieser Rechtshilfeübereinkommen ergeben sich daraus, dass es für die Erledigung von Ersuchen keine Fristen gibt und keine Informationen über den Fortgang der Ersuchen übermittelt werden. Eurojust wird oft um Unterstützung bei der Lösung dieser Probleme gebeten.

Hier leistet die von Eurojust geübte Praxis, vorab mit der ersuchenden und der ersuchten Behörde informell Kontakt aufzunehmen, um die Formulierung eines Ersuchens vor seiner förmlichen Übermittlung zu präzisieren, einen wichtigen Beitrag, der die Wahrscheinlichkeit einer unverzüglichen Erledigung stark erhöht.

### **1.2.6 Fragen in Bezug auf die Sammlung und Zulässigkeit von Beweismitteln**

Im Umgang mit einem Problem, das bei der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit immer wieder auftritt, hat Eurojust besondere Fachkenntnis entwickelt: dies sind die unterschiedlichen Regeln zur Zulässigkeit und Offenlegung von Beweismitteln und Informationen in den nationalen Rechtsordnungen, die sich auf verschiedene Bereiche der Fallarbeit auswirken. So haben zum Beispiel unterschiedliche Regeln hinsichtlich der Telekommunikationsüberwachung und der Vernehmung von Zeugen erneut zu Schwierigkeiten bei der Sammlung, dem Austausch und der Zulässigkeit von Beweismitteln geführt. Ähnliche Schwierigkeiten sind hinsichtlich des Einsatzes von Videokonferenzen, verdeckten Ermittlern und der Gewinnung von DNA-Proben aufgetreten.

Die justizielle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten wird weiterhin auch durch praktische Probleme bei der Übersetzung und Übermittlung beeinträchtigt. Ein Koordinierungstreffen, bei dem eine Telekommunikationsüberwachung vereinbart wurde, kann als Beispiel die-

Die Beilegung von Kompetenzkonflikten und der Einsatz von JITs waren wichtige Faktoren in einem der komplexesten Drogenhandelsfälle, mit dem Eurojust befasst war.

Eine organisierte kriminelle Vereinigung ließ Tonnen von Kokain von Südamerika nach Europa verbringen; die Erträge wurden in zahlreichen Bankenzentren gewaschen. Schwedische Ermittlungen, die im Jahr 2008 eingeleitet worden waren, deckten die internationale Dimension des Falles auf, der andere Mitgliedstaaten, wie Frankreich und Spanien, sowie Staaten außerhalb der Europäischen Union, wie Kolumbien, die USA, die Schweiz, Venezuela, Israel und Andorra, betraf.

Aufgrund der Komplexität des Falles wurde Eurojust um Unterstützung gebeten. Im Anschluss an ein Koordinierungstreffen in Den Haag wurde ein JIT gebildet, das im Rahmen des JIT-Finanzierungsprojekts unterstützt wurde. Ein erster Erfolg für das JIT bestand in der Beschlagnahme von 1,4 Tonnen Kokain an Bord einer 15-Meter-Segelyacht, die nach Europa unterwegs war, wobei Eurojust zur rechtlichen Zulässigkeit eines Zugriffs auf See fachlichen Rat erteilte. Der für die JITs geltende rechtliche Rahmen machte es möglich, Informationen ohne langwierige Rechtshilfeersuchen unverzüglich auszutauschen; dies erwies sich als einer der wichtigsten Faktoren

für den in dem Fall erzielten operativen Erfolg (auch die Niederlande, Malta, das Vereinigte Königreich, Estland, Zypern und Deutschland leisteten Unterstützung).

Die Ermittlungen, die drei Jahre lang andauerten, wurden durch 13 Koordinierungstreffen bei Eurojust unterstützt; an vielen dieser Treffen war Europol beteiligt. Die Treffen trugen dazu bei, praktische Fragen zu den Ermittlungen und insbesondere im Hinblick auf mögliche Kompetenzkonflikte zu lösen. Es wurde eine Einigung herbeigeführt zu der Frage, welcher Mitgliedstaat die Strafverfolgung übernehmen sollt, und ein Rädelsführer wurde daraufhin von Kolumbien nach Schweden überstellt.

Die Operation führte dazu, dass weltweit mehr als 30 Mitglieder der organisierten kriminellen Vereinigung festgenommen wurden. Dank der Intervention spanischer und schwedischer Behörden konnten bei den Ermittlungen wegen Geldwäsche Bankkonten eingefroren und in fünf verschiedenen Ländern etwa 6 Millionen € eingezogen werden, die in Immobilien, eine Diskothek und andere legale Geschäfte sowie in Luxusfahrzeuge und Schiffe reinvestiert worden waren. Das Netzwerk scheint mindestens 12 Millionen € investiert und ausgegeben zu haben. Die Gesamtmenge des beschlagnahmten Kokains hatte einen Straßenverkaufswert von rund 450 Millionen €.

nen. Die Überwachung wurde durchgeführt. Gemäß der innerstaatlichen Rechtsordnung eines Mitgliedstaates wurde dieses Beweismittel jedoch als geheim eingestuft, was die Übermittlung der

Protokolle an den anderen Mitgliedstaat im Vorfeld des Gerichtsverfahrens behinderte. Eurojust konnte darauf hinwirken, dass die Beweismittel freigegeben und anschließend übermittelt wurden.

Eurojust bemüht sich nicht allein in konkreten Fällen um die Beseitigung solcher Schwierigkeiten, sondern beteiligt sich auch an der Debatte über die Reform des Systems grenzüberschreitender

Gewinnung von Beweisen, wozu beispielsweise der Vorschlag für eine Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) gehört. Die Stellungnahme von Eurojust zum Entwurf dieses Rechtsinstruments wurde am 4. März 2011 als Ratsdokument veröffentlicht (6814/11). Nähere Einzelheiten sind unter Punkt 2.1 zu finden.

### 1.2.7 Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten

Nur in sehr wenigen Fällen hat Eurojust förmlichen Gebrauch gemacht von seiner Befugnis, Kompetenzkonflikte zu vermeiden und beizulegen. Als Kollegium hat Eurojust seit 2002 Behörden der Mitgliedstaaten in drei Fällen Empfehlungen zu Kompetenzkonflikten erteilt; alle Empfehlungen wurden angenommen. Die Situation, dass zwei oder mehr Mitgliedstaaten nach ihrem innerstaatlichen Recht für einen Fall zuständig sind, stellt sich jedoch viel häufiger. Eurojust ist häufig tätig geworden, um zur Lösung der damit verbundenen Probleme beizutragen, ohne dass ein förmliches Ersuchen an die beteiligten Mitgliedstaaten registriert worden wäre.

Die Koordinierungstreffen haben sich ebenfalls als praktisches und nützliches

Ein Fall von Menschenhandel aus dem Jahr 2011 macht deutlich, wie potenzielle Kompetenzkonflikte mit Unterstützung von Eurojust gelöst werden können. Bei dem Fall ging es um Roma-Frauen, die aus der Tschechischen Republik in das Vereinigte Königreich verbracht und dort zur Prostitution gezwungen wurden. Um koordinierte Ermittlungen sicherzustellen wurde ein JIT gebildet. Während der Treffen bei Eurojust wurden die Fragen aufgeworfen, wie verwertbare Beweise gesammelt werden könnten und welche Gerichtsbarkeit im Hinblick auf die Tatsache, dass beide Länder gute Gründe für die Durchführung der Strafverfolgung hatten,

besser in der Lage wäre, den Fall zu übernehmen. Eurojust ermöglichte eine gründliche Erörterung der Kompetenzregeln und der anwendbaren Grundsätze über die Verwertbarkeit von Beweismitteln, was zu dem Ergebnis führte, dass ein Mitgliedstaat den Fall im Wesentlichen als eigenen übernahm. Die Unterstützung durch Eurojust zur schnellen Lösung des Kompetenzkonfliktes erlaubte es, die Ressourcen unverzüglich auf die operativen Maßnahmen zu konzentrieren. Nach der Beilegung des potenziellen Kompetenzkonflikts wurde ein JIT errichtet und innerhalb von drei Monaten wurden 11 Rädelsführer verhaftet.

Instrument erwiesen, da sie frühzeitige Erörterungen und Vereinbarungen zwischen den an Parallelermittlungen beteiligten zuständigen Behörden ermöglichen. Auch infolge von Vereinbarungen, die im Rahmen der Tätigkeit von JITs erzielt wurden, sind Kompetenzkonflikte angesprochen und verhindert worden. Darüber hinaus liegt die Rolle Eurojusts bei der Vermeidung von Kompetenzkonflikten oft in der Förderung des frühzeitigen informellen Meinungsaustauschs. Eine Stärkung erfährt diese Rolle durch die Beachtung der schriftlichen Empfehlungen von Eurojust,

die in den *Guidelines for deciding "which jurisdiction should prosecute?"* (Leitlinien für die Entscheidung, welche Gerichtsbarkeit die Strafverfolgung übernehmen sollte) enthalten sind und im Jahresbericht 2003 veröffentlicht wurden. Die Leitlinien bieten eine hilfreiche Anleitung dazu, wie die relevanten Faktoren in die Entscheidung einbezogen werden sollten. Sie werden von den zuständigen nationalen Behörden oft genutzt.

Die Fallarbeit von Eurojust hat gezeigt, dass ein frühzeitiger Informationsaustausch

Die finnischen Behörden ermittelten wegen Drogenhandels gegen in Spanien lebende finnische Staatsangehörige. Als eine finnische Staatsangehörige, die mit den mutmaßlichen Drogenhändlern bekannt war, verschwand, wurden die spanischen Behörden gebeten, Ermittlungen durchzuführen, die einer im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens einzuholenden gerichtlichen Genehmigung bedurften. Die finnische Staatsangehörige war in Spanien ermordet worden, weil sie die spanischen Behörden über die Drogenbande, die versucht hatte, sie zu rekrutieren, informiert hatte. Ihre mutmaßlichen Mörder wurden in Finnland ausfindig gemacht. Eurojust wurde hinsichtlich des potentiellen Konflikts zwischen Spanien und Finnland über die Frage, wo die Strafverfolgung durchgeführt werden sollte, um Unterstützung gebeten. Es fand ein Koordinierungstreffen bei Eurojust statt, bei dem, nach gründlicher Prüfung der Rechtsfragen, entschieden wurde, dass Spanien alle Beweismittel, die im Rahmen der vorangegangenen Rechtshilfeersuchen erlangt worden waren, an Finnland übermitteln würde. Die spanischen Behörden erklärten sich auch einverstanden, ihr Mordverfahren und ihre Ermittlungen in der Drogensache an Finnland zu übertragen, sobald verschiedene rechtliche Anforderungen erfüllt seien. Die Unterstützung durch Eurojust trug dazu bei, dass die Mörder an einem Gerichtsort sowohl wegen Mordes als auch wegen der damit in Verbindung stehenden Drogensache strafrechtlich verfolgt werden konnten.

zu miteinander in Verbindung stehenden Ermittlungen zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten hilfreich ist.

### **1.2.8 Übertragung der Strafverfolgung**

Die Mitgliedstaaten wenden für die Übertragung von Strafverfahren verschiedene Rechtsgrundlagen an, was zu rechtlichen Schwierigkeiten führen kann. Die am häufigsten für die Übertragung von

Strafverfahren genutzten Instrumente sind das Europäische Übereinkommen über die Übertragung der Strafverfolgung von 1972 sowie das Rechtshilfeübereinkommen von 1959 (Artikel 21) in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 2 des Rechtshilfeübereinkommens von 2000. Einige Mitgliedstaaten nutzen auch das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität aus dem Jahr 2000 (Artikel 21).

Eurojust erleichtert die informellen Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten und die Nationalen Büros können in diesem Rahmen die Übertragungsmöglichkeiten prüfen, bevor ein förmliches Ersuchen gestellt wird. Das Übertragungsverfahren kann aus verschiedenen Gründen dennoch schwierig sein. Hierzu gehören unter anderem: Das zusammengetragene Beweismaterial muss vor dem Gericht des ersuchten Mitgliedstaats zulässig sein, obwohl es oft in einer dort unüblichen Form und unter Anwendung anderer Verfahrensregeln erlangt wurde; es muss erwiesen sein, dass der ersuchte Mitgliedstaat ein klares Interesse an der Übernahme der Strafverfolgung hat; und es ist eine ganz profane, aber sehr praktische, die verfügbaren Mittel betreffende Frage zu klären, nämlich die der Übersetzung der gesamten Akte.

### **1.2.9 Austausch von Informationen aus den Strafregistern**

Obwohl Auszüge aus Strafregistern üblicherweise unmittelbar zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauscht werden, wurde Eurojust in eiligen Fällen gebeten, diesen Austausch zu erleichtern. In einem Fall benötigte ein mitgliedstaatliches Gericht In-

formationen, um einem Sexualstraftäter, der wegen ähnlicher Straftaten in einem anderen Mitgliedstaat verurteilt worden war, eine angemessene Strafe auferlegen zu können. Die über die gewöhnlichen Kanäle verfügbaren Informationen waren im

Hinblick auf die rechtliche Würdigung der Straftat nicht detailliert und präzise genug. Durch unmittelbare Kontakte zu den Justizbehörden konnte Eurojust dem erkennenden Gericht innerhalb von Stunden die erforderlichen Informationen zur Ver-

fügung stellen. Dennoch kann es immer noch zu Verzögerungen kommen, wenn ein Mitgliedstaat nicht über eine zentrale Strafregister-Datenbank verfügt, etwa weil verschiedene nationale Behörden (z. B. Polizei- und Justizbehörden) Register führen.

Die italienischen Behörden führten Ermittlungen gegen eine organisierte kriminelle Vereinigung, die sich mit Tabakschmuggel, Urkundenfälschung und der Bereitstellung rechtlicher Unterstützung für ihre festgenommenen Mitglieder befassete. Zu einem kritischen Zeitpunkt der Ermittlungen wurde eine EU-weite Operation erforderlich, die die koordinierte Vollstreckung von EuHB sowie Durchsuchungen beinhaltete, bei denen italienische Beamte anwesend sein sollten, um die gewonnenen Beweismittel im späteren Gerichtsverfahren verwerten zu können. Eurojust wurde etwa 40 Stunden bevor die Operation stattfinden sollte, gebeten, bei der Koordinierung in fünf anderen Mitgliedstaaten (Österreich, Deutschland, Griechenland, Spanien und Slowenien) behilflich zu sein.

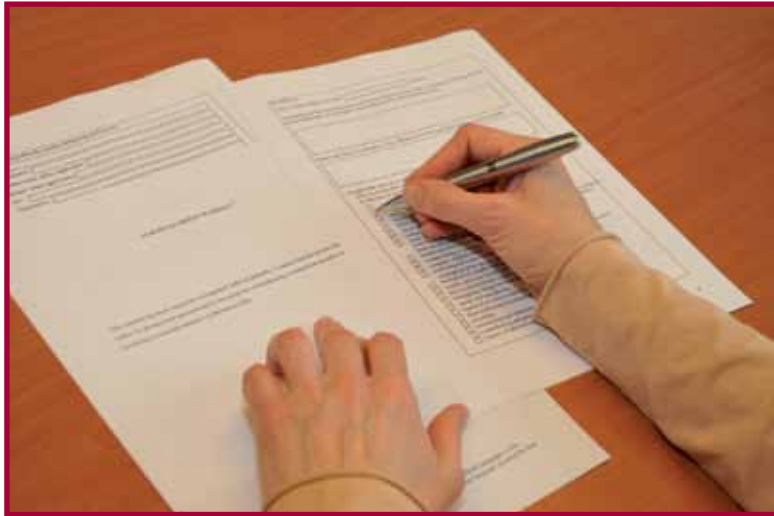
Ein rasches Handeln war unerlässlich, um die Festnahmen aufgrund der EuHB zeitgleich durchführen zu können sowie Beweise zu sichern und so dem Urteilsgericht ein vollständiges Bild der Aktivitäten der kriminellen Gruppierung zu vermitteln. In einer bemerkenswert erfolgreichen und innerhalb von 20 Stunden durchgeführten Operation brachte Eurojust die beteiligten Behörden der Mitgliedstaaten zusammen, so dass EuHBs und Rechtshilfeersuchen ausgestellt und genehmigt werden konnten; Eurojust stellte sicher, dass der Kontakt zwischen den Mitgliedstaaten während der gesamten Operation aufrechterhalten wurde und dass den italienischen Vollstreckungsbeamten zwecks Durchsuchung Zugang zu mehreren Räumlichkeiten gewährt wurde.

Der Rahmenbeschluss 2009/315/JI des Rates über die Durchführung und den Inhalt des Austauschs von Informationen aus dem Strafregister zwischen den Mitgliedstaaten sowie der Beschluss 2009/316/JI des Rates zur Einrichtung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) sind noch nicht in allen Mitgliedstaaten umgesetzt. In diesem Zusammenhang sind Schwierigkeiten festgestellt worden, wenn dasselbe Verhalten in den Mitgliedstaaten in verschiedene Straftatenkategorien eingeordnet wird. Auch kann ein Informationsaustausch nur von begrenztem Wert sein, wenn auf eine Rechtsvorschrift der innerstaatlichen Rechtsordnung Bezug genommen wird, ohne deren Tatbestandsmerkmale klar zu erläutern.

### 1.2.10 Europäische Haftbefehle

Im Jahr 2011 wurden 263 den EuHB betreffende Fälle bei Eurojust registriert, fast 18% aller Eurojust-Fälle. In den meisten Fällen





*Europäischer Haftbefehl*

wurde Eurojust um Unterstützung bei der Vollstreckung von EuHB ersucht. Die meisten Ersuchen wurden vom polnischen Büro gestellt, gefolgt vom französischen Büro. Beim spanischen Büro gingen die meisten Ersuchen ein, gefolgt von den Büros des Vereinigten Königreichs und Italiens.

Das Kollegium befasste sich auch mit drei allgemeineren Themen, die die Anwen-

dung des EuHB betrafen. Beim ersten ging es darum, Informationen darüber zu sammeln, wie die Mitgliedstaaten die Rücküberstellung übergebener Personen, die Staatsangehörige des Vollstreckungsmitgliedstaats oder in diesem wohnhaft sind, an den Vollstreckungsmitgliedstaat (nach Artikel 5.3 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates über den Europäischen Haftbefehl (Rahmenbeschluss zum EuHB)) in der Praxis handhaben. Das zweite Thema betraf die Frage, ob ein EuHB, wenn nach der Übergabe ein Recht auf ein neues Gerichtsverfahren besteht, als zu Strafverfolgungs- oder zu Vollstreckungszwecken ausgestellt eingestuft werden sollte. Das dritte betraf die Umsetzung und praktische Anwendung des Rahmenbeschlusses 2009/299/JI zur Änderung des Rahmenbeschlusses über den EuHB und seine Bestimmungen zu den Rechten nach Verurteilungen in Abwesenheit.

#### *Fälle betreffend Mehrfachersuchen (Artikel 16.2 des Rahmenbeschlusses zum EuHB)*

Gemäß Artikel 16.2 des Rahmenbeschlusses zum EuHB kann die vollstreckende Justizbehörde Eurojust um Stellungnahme dazu ersuchen, an welchen Staat eine Person, gegen die von zwei oder mehr Mit-

gliedstaaten Europäische Haftbefehle erlassen wurden, übergeben werden sollte.

Im Jahr 2011 wurde Eurojust in vier Fällen nach Artikel 16.2 um Stellungnahme ersucht. In allen Fällen trug Eurojust dazu bei, zwischen den Mitgliedstaaten einen Konsens hinsichtlich der Vollstreckung der EuHB herzustellen. In einem Fall gab Eurojust innerhalb von 24 Stunden eine begründete Empfehlung ab, die von den zuständigen nationalen Behörden befolgt wurde, wodurch der Verdächtige ein paar Tage später zur Verhandlung erscheinen konnte.

Eurojust leistete oft in einem frühen Stadium (und bei Koordinierungstreffen) Unterstützung bei der Beurteilung möglicherweise konkurrierender EuHB, und trug so dazu bei, dass Mehrfachersuchen um Übergabe derselben Person vermieden wurden.

Im Juni 2011 verabschiedete das Kollegium für die Fälle, in denen Eurojust um eine Stellungnahme nach Artikel 16.2 ersucht wird, die *Leitlinien für das interne Vorgehen hinsichtlich der Erteilung der Stellungnahme durch Eurojust im Falle konkurrierender Europäischer Haftbefehle*.



*Fälle betreffend Fristverletzungen (Artikel 17.7 des Rahmenbeschlusses zum EuHB)*

Nach Artikel 17.7 des Rahmenbeschlusses zum Europäischen Haftbefehl hat ein Mitgliedstaat, wenn er die in diesem Artikel vorgesehenen Fristen nicht einhalten kann, Eurojust von diesem Umstand und von den Gründen der Verzögerung in Kenntnis zu setzen.

Im Jahr 2011 wurden 116 Fristüberschreitungen bei Eurojust registriert. Die meisten registrierten Mitteilungen nach Artikel 17.7 wurden von Irland übermittelt. Mitteilungen an Eurojust erfolgten auch aus Spanien, der Tschechischen Republik, Schweden, der Slowakischen Republik, Bulgarien und Estland. Wie in früheren Jahresberichten bereits erwähnt, bedeutet die Tatsache, dass nur sieben Mitgliedstaaten Mitteilungen meldeten, nicht, dass alle anderen die EuHB-Fristen eingehalten hätten. Aus den EU-Statistiken geht hervor, dass es mehr Fälle von Fristverletzungen gibt, als bei Eurojust registriert werden.

Ersuchen um zusätzliche (zur Vollstreckung eines EuHB erforderliche) Auskünfte bildeten die Hauptursache für Verzögerungen. Die Notwendigkeit einer Übersetzung

relevanter Dokumente, die Vielzahl der Ersuchen an bestimmte Mitgliedstaaten und begrenzte Ressourcen in den Vollstreckungsstaaten führten ebenfalls zu Verzögerungen bei der Vollstreckung von EuHB.

*Probleme bei der praktischen Anwendung des EuHB*

In eiligen Fällen (die häufig gegeben sind, weil sich Personen, gegen die ein EuHB vorliegt, oft in Untersuchungshaft befinden) spielte Eurojust auch weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Erleichterung des Informationsaustauschs zwischen den nationalen Behörden, der Klarstellung der Anforderungen der vollstreckenden Justizbehörden sowie allgemein bei der Förderung einer zügigen Vollstreckung von EuHB. Praktiker kennen sich mit der Anwendung dieses Instruments immer besser aus, ebenso mit auftretenden Problemen, die manchmal eher praktischer (fehlende oder fehlerhafte Übersetzungen, fehlende Informationen usw.) als rechtlicher Natur sind. Dennoch sind rechtliche Schwierigkeiten aufgetreten, wie etwa hinsichtlich der Anwendung der Grundsätze der Spezialität und der Verhältnismäßigkeit sowie der Unterschiede bei der Definition von Straftaten. So stellt beispielsweise

der Mehrwertsteuerbetrug nicht in allen Mitgliedstaaten eine Straftat zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU dar. Dieser Unterschied kann zu Verzögerungen führen, weil es in einigen Mitgliedstaaten erforderlich sein wird, die beiderseitige Strafbarkeit festzustellen, wohingegen in anderen die Überprüfung des Vorliegens der beiderseitigen Strafbarkeit gemäß Artikel 2.2 des Rahmenbeschlusses zum EuHB nicht erforderlich wäre.

Hier einige Beispiele für die von Eurojust bei seiner Fallarbeit festgestellten praktischen und rechtlichen Probleme:

- unzureichende Informationen hinsichtlich der Beschreibung des Sachverhalts oder der Straftaten im EuHB;
- fehlende Informationen über die Verurteilung, zu deren Vollstreckung der EuHB ausgestellt wurde;
- Fehlen präziser Informationen über die Dauer, die die Person bereits vor der Übergabe im Vollstreckungsstaat in Haft verbracht hat, sowie daraus folgend die Ungewissheit über die im Ausstellungsstaat noch zu verbüßende Strafe;

Im Fall *Istaneek* ./ *Amtsgericht Přerov* hatte ein Gericht des Vereinigten Königreichs darüber zu entscheiden, ob ein EuHB als zu Strafverfolgungszwecken oder zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung ausgestellt eingestuft werden sollte; in dem betreffenden Fall bestand nach Übergabe ein Recht auf Wiederaufnahme des Verfahrens (da ein Abwesenheitsurteil vorangegangen war). Die innerstaatlichen Behörden waren sich bezüglich dieses Punktes nicht einig; aus der Entscheidung ergaben sich aber wichtige verfahrensrechtliche Konsequenzen (einschließlich einer möglichen Zurückweisung des Haftbefehls). Angesichts unterschiedlicher gerichtlicher Entscheidungen in seinem nationalen Recht bat das Gericht des Vereinigten Königreichs Eurojust um Informationen über die Rechtslage und die Praxis in anderen Mit-

gliedstaaten. Innerhalb von Stunden nach dem Ersuchen übermittelte Eurojust Informationen darüber, wie die nationalen Gerichte in anderen Mitgliedstaaten in einer solchen Situation vorgehen würden. Darüber hinaus übermittelte das tschechische Büro Informationen über die Umstände, unter denen eine in Abwesenheit verurteilte Person nach tschechischem Recht eine Wiederaufnahme des Verfahrens verlangen könne, und zu der sich daraus ergebenden Frage, ob die Entscheidung des tschechischen Gerichts in der vorliegenden Rechtssache als endgültig angesehen werden könne. Die Unterstützung durch Eurojust führte dazu, dass Materialien über die allgemeine Praxis in anderen EU-Jurisdiktionen sowie über die spezifische Praxis in einem Mitgliedstaat unverzüglich und effektiv einem Mitgliedstaat zur Berücksichtigung zur Verfügung gestellt wurden.

- Verurteilungen in Abwesenheit und unterschiedliche Ansätze bezüglich des Rechts auf Wiederaufnahme des Verfahrens; Abhilfe schaffen könnte die in einigen Mitgliedstaaten noch nicht erfolgte Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2009/299/JI zur Änderung des Rahmenbeschlusses

über den EuHB hinsichtlich des Rechts auf Wiederaufnahme des Verfahrens;

- Versäumnis, die Rücknahme eines EuHB unverzüglich mitzuteilen, insbesondere wenn die gesuchte Person festgenommen wurde;

- Fälle, in denen kein Grund für die Nichtvollstreckung eines EuHB angegeben wurde, selbst wenn der Betroffene freigelassen worden ist;
- finanzieller oder sonstiger Schaden für den Ausstellungsstaat, wenn die Person, deren Übergabe angeordnet worden war, auf Kautions freigelassen wurde, aber nicht weisungsgemäß erschienen ist, oder wenn in Haftsachen die falsche Person vom Vollstreckungsstaat übergeben wurde;
- Verweigerung der vorübergehenden Überstellung, was den Fortschritt der Ermittlungen im Ausstellungsstaat ernsthaft behindern kann;
- Verwendung verschiedener Kanäle zur Übermittlung des EuHB, ohne Mitteilung darüber, dass er über einen bestimmten Kanal übermittelt wird;
- Verzögerungen bei der Erlangung der Zustimmung zur Strafverfolgung wegen zusätzlicher (neu aufgedeckter) Straftaten (Grundsatz der Spezialität, Artikel 27 des Rahmenbeschlusses über den EuHB).

Eurojust hat seine kooperativen Beziehungen mit den SIRENE-Büros (Büros für An-

träge auf Zusatzinformationen bei der Nationalen Eingangsstelle) gut genutzt. Die Hauptaufgabe dieser in allen Schengen-Staaten eingerichteten Büros besteht im Austausch zusätzlicher Informationen zu Fahndungsausschreibungen zwischen den Mitgliedstaaten. Die SIRENE-Stellen spielten bei der praktischen Vollstreckung von EuHB eine wichtige Rolle.

### 1.2.11 Sicherstellungsanordnungen

In der Fallarbeit von Eurojust gibt es nur wenige Beispiele für die Anwendung des Rahmenbeschlusses 2003/577/JI des Rates über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union. Obwohl viele Mitgliedstaaten die Bestimmungen in nationales Recht umgesetzt haben, verwenden die Justizbehörden noch immer die traditionellen Formen der Rechtshilfe, um ein Sicherstellungsersuchen zu stellen.

Diese Situation ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die Anordnung einer Sicherstellung nach diesem Rahmenbeschluss als kompliziert angesehen wird und das in dem Rahmenbeschluss für eine solche Anordnung vorgegebene Formblatt nicht benutzerfreundlich ist. Viele Prak-

Gegen den wirtschaftlichen Eigentümer einer großen spanischen Holdinggesellschaft mit Beteiligungen an Unternehmen aus vielen verschiedenen Wirtschaftsbereichen (u.a. Öl, Gas, Landwirtschaft, Immobilien und Nahrungsmittelindustrie) sowie gegen acht weitere Personen wurde in Spanien und Belgien wegen Steuerbetrugs, Geldwäsche und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Anwälte einer bekannten Firma wurden beschuldigt, ein Geflecht aus Unternehmen und Finanztransaktionen in Panama, den Niederländischen Antillen, den Niederlanden und der Schweiz geschaffen zu haben,

um die Eigentümerschaft an den Vermögenswerten zu verschleiern. Der Hauptbeschuldigte wurde verdächtig geschätzte 2 Milliarden € Steuern hinterzogen zu haben. Eurojust hielt zwei Koordinierungstreffen mit den nationalen Behörden Spaniens, Belgiens und des Vereinigten Königreichs ab, was zu einer Vereinbarung über die Strafverfolgungsstrategie und die in diesem komplexen Fall zu treffenden rechtlichen Maßnahmen führte. Bisher wurden Vermögenswerte in Höhe von 112 Millionen € in Belgien und von 10 Millionen € im Vereinigten Königreich eingefroren.

tiker sind auch der Auffassung, dass die Sicherstellungsanordnung nur einen beschränkten Anwendungsbereich hat und dass die einfachere und schnellere Variante darin besteht, alle in einem strafrechtlichen Fall erbetenen Maßnahmen, wie beispielsweise Durchsuchungen, Telekommunikationsüberwachungen und Beschlagnahmen, in ein Rechtshilfeersuchen gemäß den Rechtshilfeübereinkommen von 1959 und 2000 aufzunehmen. Ein grundlegenderes Problem besteht darin, dass es schwierig ist, eine Sicherstellungsanordnung auszustellen, wenn im Verlauf einer

Durchsuchung Beweise ans Licht kommen können, die den ausstellenden Behörden vorher nicht bekannt waren.

Eurojusts Erfahrungen in der Fallarbeit zeigen, dass Praktiker eher bereit sind eine Sicherstellungsanordnung zu verwenden, wenn der Vollstreckungsstaat nach deren Erhalt unverzüglich tätig wird. In diesem Zusammenhang leistet Eurojust durch die Beratung der nationalen Behörden im Hinblick auf die zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden Unterschiede bei der Priorität, die der Vollstreckung von Sicherstel-



*Drogenhandel – kontrollierte Lieferung*

lungsanordnungen eingeräumt wird, einen nützlichen Dienst. Es wurde darauf hingewiesen, dass in Ländern, in denen zentrale Bankenregister existieren, Informationen über die mit einem Verdächtigen in Verbindung gebrachten Bankkonten schneller zur Verfügung gestellt werden stellen können, was eine schnellere Vollstreckung von Sicherstellungsersuchen ermöglicht.

### **1.2.12 Einziehung und Vermögensabschöpfung**

Wenn ein Mitgliedstaat in einem anderen Mitgliedstaat belegene Vermögenswerte abschöpfen will, können Verzögerungen und andere Hindernisse auftreten. Die bei der Zusammenarbeit auftretenden Probleme können sich aus unterschiedlichen materiellen und verfahrensrechtlichen Vorschriften über die Einziehung ergeben. In einigen Mitgliedstaaten können durch Straftaten erlangte Vermögenswerte auch dann der Einziehung unterliegen, wenn keine Verurteilung in einem Strafverfahren vorliegt (non-conviction-based (NCB) asset forfeiture); in den meisten Mitgliedstaaten ist das nicht der Fall. Wendet ein Mitgliedstaat die nicht auf einer strafrechtlichen Verurteilung basierende Einziehung an, so hat das für die grenzüberschreitende Vollstreckung in einem Mitgliedstaat, der diese Einziehungsart nicht anwendet, offensichtliche Folgen. Auf praktischer Ebene ergeben sich Probleme zum einen aus der Tatsache, dass es in einigen Mitgliedstaaten kein zentrales Grundbuchregister gibt, das es ermöglichen würde schneller und einfacher zu prüfen, über welche Immobilien ein Verdächtiger verfügt, sowie zum anderen aus der Schwierigkeit hinsichtlich der

Verteilung der Vermögenswerte zu einer Einigung zu kommen.

Auch im Jahr 2011 unterstützte Eurojust die nationalen Behörden bei ihren Bemühungen um Einziehung und Wiedererlangung der Erträge aus Straftaten und half einige der oben genannten Schwierigkeiten zu überwinden. Bei den 2011 bei Eurojust registrierten Fällen wurden beträchtliche Vermögenswerte (z.B. Immobilien, Luxusgüter) und Geldbeträge eingezogen.

### **1.2.13 Kontrollierte Lieferungen**

Auch 2011 leistete Eurojust den Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zur Durchführung grenzüberschreitender kontrollierter Lieferungen Unterstützung. Gemäß Artikel 9c und 9d des Eurojust-Beschlusses kann den Nationalen Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als zuständige nationale Behörden ihrer Mitgliedstaaten die Befugnis übertragen werden, kontrollierte Lieferungen zu genehmigen und zu koordinieren.

Die Ermittlungsmethode der kontrollierten Lieferungen ist bei Fällen von Drogenhandel besonders wirksam. Sie ist ein Mittel, mit dem die Anführer organisierter krimineller Vereinigungen – und nicht nur die

Kuriere – vor Gericht gebracht werden können. Zwischen den Mitgliedstaaten gibt es große Unterschiede bei den rechtlichen Voraussetzungen und der Praxis der kontrollierten Lieferungen, was zu Problemen bei der internationalen Zusammenarbeit auf der polizeilichen wie der justiziellen Ebene führen kann.

Bei kontrollierten Lieferungen ist immer ein rasches Handeln erforderlich, da jede Verzögerung den Erfolg der Operationen gefährden könnte. Praktische Probleme können sich bei der Identifizierung der für die Genehmigung kontrollierter Lieferungen zuständigen Behörden ergeben. In einigen Mitgliedstaaten bedürfen kontrollierte Lieferungen einer richterlichen Genehmigung, während in anderen die Polizei die Genehmigung erteilt. Daher kann es problematisch sein herauszufinden, welche Behörden in einem Mitgliedstaat zuständig sind. Bei dem Eurojust-Seminar zum Thema Drogenhandel, das im Oktober 2011 stattfand, wurde, im Rahmen der Bemühungen um eine Lösung dieses Problems, vorgeschlagen, in jedem Mitgliedstaat Kontaktstellen (möglicherweise auf justizieller Ebene) für die Genehmigung kontrollierter Lieferungen zu benennen.

Mehrere Mitgliedstaaten in Zentraleuropa ermittelten gegen eine organisierte kriminelle Vereinigung, die Komplizen in der Türkei mit Essigsäureanhydrid belieferte, einem wichtigen Grundstoff zur Herstellung von Heroin. Die Ermittlungen hatten ergeben, dass es um mehr als 30 Tonnen des Grundstoffes ging. (Mit einer Tonne Essigsäureanhydrid kann man etwa 400-600 kg Heroin herstellen.) Das produzierte Heroin wurde dann in der Europäischen Union vertrieben. Vorangegangene Versuche, eine kontrollierte Lieferung des Grundstoffes in der Türkei zu organisieren, waren erfolglos geblieben.

Als die slowakischen Behörden Informationen über einen neuen Plan erhielten, der eine Lieferung von 10 Tonnen Essigsäureanhydrid in die Türkei und die Annahme einer Rücklieferung von 300 kg Heroin über Italien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Slowakische Republik und Österreich vorsah, nahmen sie mit Eurojust Kontakt auf, damit eine grenzüberschreitende kontrollierte Lieferung unter richter-

licher Aufsicht durchgeführt werden konnte. Unter Einbeziehung von Europol wurden die durch einen Datenabgleich gewonnen Erkenntnisse analysiert, mit dem Ergebnis, dass Verbindungen zu Ermittlungen in anderen Ländern festgestellt wurden. Im November 2011 nahmen alle beteiligten Länder (einschließlich der Türkei) an einem Koordinierungstreffen bei Eurojust teil, um einen Aktionsplan zu vereinbaren. Die kontrollierte Lieferung von Essigsäureanhydrid durch die Mitgliedstaaten verlief wie vereinbart, aber entgegen den bei dem Koordinierungstreffen erzielten Vereinbarungen wurde in der Türkei die Lieferung beschlagnahmt und der unschuldige Lastwagenfahrer festgenommen. Eurojust spielte bei der Freilassung des Lastwagenfahrers eine entscheidende und aktive Rolle. Obwohl die Operation in der Türkei nicht fortgesetzt werden konnte, wurden acht Anführer in der Europäischen Union festgenommen und insgesamt 32 Tonnen Essigsäureanhydrid – zusammen mit Drogen, illegalen Waffen und gefälschten Dokumenten – beschlagnahmt.

Bei solchen Problemen hat Eurojust sowohl in allgemeiner Hinsicht als auch speziell im Hinblick auf die Verwertbarkeit von Beweismitteln Unterstützung geleistet. Eine ordnungsgemäße Genehmigung

der Lieferung selbst kann sich unmittelbar auf die Verwertbarkeit auswirken, ebenso wie die Verhältnismäßigkeit einschneidender Überwachungsmaßnahmen und ähnliche Angelegenheiten. Der Ersatz der

Drogen vor der Durchführung einer kontrollierten Lieferung kann ebenfalls ein Problem darstellen. Einige Mitgliedstaaten erlauben eine solche Substitution, andere nicht. Kontrollierte Lieferungen, an denen Drittstaaten beteiligt sind, sind besonders schwierig zu organisieren. Eurojust konnte die Praktiker aus den Mitgliedstaaten dadurch unterstützen, dass es seine Erfahrungen aus grenzüberschreitenden, über die Europäische Union hinausgehenden Operationen einbringen konnte.

Im Jahr 2011 leistete Eurojust regelmäßige Unterstützung bei der Klarstellung der rechtlichen Voraussetzungen für kontrollierte Lieferungen in bestimmten Mitgliedstaaten. In einem Fall konnte die kontrollierte Lieferung nicht durchgeführt werden, da in dem Ersuchen nicht alle Einzelheiten aufgeführt waren, die nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Landes benötigt wurden. Um solche Schwierigkeiten zu vermeiden, kann es nützlich sein, wenn die Mitgliedstaaten Eurojust die Fälle vorlegen, damit kontrollierte Lieferungen betreffende Ersuchen so abgefasst werden können, dass sie die speziellen rechtlichen Anforderungen aller Mitgliedstaaten, durch welche die Lieferung erfolgen soll, erfüllen.

## 1.3 Justizielle Zusammenarbeit in vorrangigen Kriminalitätsbereichen

### 1.3.1 Terrorismus

Im Jahr 2011 wurden bei Eurojust 27 den Terrorismus betreffende Fälle, einschließlich der Fälle von Terrorismusfinanzierung, registriert, und der Kampf gegen den Terrorismus war erneut ein vorrangiger Bereich der operativen Arbeit. Die Zahl der terrorismusbezogenen Fälle im Jahr 2011 war mit der des Jahres 2010 (28) vergleichbar. Es fand ein Koordinierungstreffen zu einem terrorismusbezogenen Fall statt (an dem auch Europol teilnahm). Zur Unterstützung einer grenzüberschreitenden Ermittlung wurde ein JIT eingerichtet und ein weiteres, in früheren Jahren gebildetes JIT war weiterhin operativ tätig.

Auf der Grundlage der Informationen, die Eurojust nach dem Beschluss 2005/671/JI des Rates vom 20. September 2005 von seinen Nationalen Terrorismuskorrespondenten übermittelt wurden, sowie der Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen, brachte Eurojust im Jahr 2011 drei Ausgaben seines „Terrorism Convictions Monitor“ (TCM) heraus. Durch jus-

tizielle Fallanalysen identifiziert der TCM terrorismusbezogene Fälle, die in der EU von allgemeinem Interesse sind, sowie bewährte Verfahrensweisen und verbreitet Informationen über die gesetzgeberischen Entwicklungen in diesem Bereich.

Über seine Expertengruppe zur Terrorismusbekämpfung organisiert Eurojust taktische und strategische Treffen, bei denen hochrangige Richter und Sachverständige für Terrorismusrecht zum Erfahrungsaustausch zusammenkommen, um die Entscheidungsträger in der EU bei der Verbesserung der Koordinierung im Bereich der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Im April 2011 fand ein taktisches Treffen über „Violent Single Issue Extremism/Terrorism“ statt. Bei dem jährlichen Strategietreffen aller Nationalen Terrorismuskorrespondenten von Eurojust, das im Juli stattfand, wurden die Ergebnisse eines von den Justizbehörden der EU erstellten Fragebogens über den Gebrauch des Internets durch islamistische Extremisten erörtert sowie Fallanalysen erstellt.

Eurojust wirkte mit am Jahresbericht des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung, an einer vom Europäischen Parlament initiierten Studie über die „Ge-



schätzten Kosten der EU-Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung“ und am „Terrorism Situation and Trend Report 2011“ von Europol (TE-SAT-Bericht). Eurojust erhielt Beobachterstatus bei den Treffen des Sachverständigenausschusses „Terrorismus“ (CODEXTER) des Europarats.

### 1.3.2 Drogenhandel

Im Jahr 2011 wurden 242 den Drogenhandel betreffende Fälle registriert, womit der Drogenhandel mit 16,8 Prozent aller Fälle die häufigste Kriminalitätsform bei der Fallarbeit von Eurojust darstellt. Die Zahl

der Fälle nahm gegenüber 2010 (254) leicht ab, obwohl die Zahl der Koordinierungstreffen zu Fällen von Drogenhandel von 39 (2010) auf 50 (2011) anstieg. Im Jahr 2011 wurden sieben JITs zu Drogenhandelsfällen eingerichtet, im Jahr 2010 waren es dagegen nur drei.

Zusammen mit der polnischen Präsidentschaft der Europäischen Union führte Eurojust im Oktober 2011 im Rahmen des Projekts „Verbesserung der Arbeit von Eurojust in Drogenhandelsfällen“ in Krakau ein Strategieseminar durch. Bei dem Projekt wurden Daten und Ergebnisse der Eu-

Im August 2010 hielt die französische Polizei einen Lastwagen an, der über 2.000 kg Cannabis geladen hatte. Bezüge der Tat zu Belgien, den Niederlanden, Litauen und Estland wurden festgestellt und Eurojust wurde um Unterstützung gebeten. Um den Informationsaustausch zu fördern und Anhaltspunkte für ein Vorgehen gegen das gesamte kriminelle Netzwerk zu erhalten, fanden drei Koordinierungstreffen bei Eurojust statt, an denen auch Europol teilnahm. Der Informationsaus-

tausch ergab, dass eine niederländische organisierte kriminelle Vereinigung beteiligt war und ein JIT eingerichtet werden sollte. Dies geschah im Februar 2011 und das JIT erhielt zur Unterstützung seiner operativen Tätigkeit eine finanzielle Förderung durch Eurojust. Im Mai 2011 fanden in Belgien und Frankreich mehrere Festnahmen statt und in den Niederlanden wurden Durchsuchungsbefehle vollstreckt, wodurch die kriminelle Vereinigung erfolgreich ausgehoben wurde.



*Besuch von Frau Myria Vassiliadou, EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels (Europäische Kommission)*

rojust-Koordinierungstreffen zu Fällen von Drogenhandel zwischen dem 1. September 2008 und dem 31. August 2010 analysiert und bewertet, um die wichtigsten Herausforderungen und Lösungen zu identifizieren. Der abschließende Projektbericht, der die Diskussionen bei dem Seminar in Krakau und die Ergebnisse der Fallanalyse beinhaltet, wird 2012 verfügbar sein.

Europols Analysedateien (Analysis Work Files, AWFs) analysieren Daten in Bezug

Eine kriminelle Organisation, bei deren Anführern es sich hauptsächlich um vietnamesische Staatsangehörige handelte, versorgte illegale Einwanderer mit gefälschten Dokumenten und schmuggelte sie über Osteuropa in die Europäische Union ein. Eine mit der Organisation verbundene Gruppe irakischer Kurden schmuggelte diese Immigranten dann aus Belgien und Frankreich in das Vereinigte Königreich ein, wofür sie pro Person 2.000 bis 3.000 € erhielt. Zur Förderung der Ermittlungen in diesem Fall, der sich über die gesamte Europäische Union erstreckte und in dem es Verbindungen zu Drittstaaten gab, wurde Eurojust von einem französischen Ermittlungsrichter in Lille um Unterstützung gebeten.

Eurojust führte ein Koordinierungstreffen durch, an dem alle beteiligten Behörden teilnahmen. Man einigte sich auf einen Tag, an dem ein konzertierter

Schlag gegen die organisierte kriminelle Vereinigung geführt werden sollte, wobei Eurojust als Koordinierungszentrum dienen sollte, und traf Entscheidungen darüber, welcher Mitgliedstaat die Strafverfolgung übernehmen sollte. Polizeibeamte und Ermittlungsrichter führten in Frankreich, dem Vereinigten Königreich, der Tschechischen Republik, Deutschland und Ungarn eine Reihe von Operationen durch, an denen Eurojust und Europol koordinierend und unterstützend beteiligt waren. Eurojust leistete beratende Unterstützung, damit Rechtshilfeersuchen und Verfügungen unverzüglich ausgestellt und erledigt werden konnten. 30 verdächtige Anführer wurden festgenommen, EuHB wurden vollzogen sowie Durchsuchungen vorgenommen und es wurde – obwohl dies nicht Hauptziel der Ermittlung war – eine riesige Indoor-Farm zum Anbau von Cannabis entdeckt, deren Produktion gestoppt wurde.

auf spezifische Formen der Kriminalität. Eurojust ist nun an allen AWFs von Europol beteiligt, die sich mit Drogenhandel befassen (im Jahr 2011 die AWF Heroin und die AWF Cannabis). Eurojust trug auch zur Abfassung des Europäischen Pakts gegen synthetische Drogen bei sowie zu den Seminaren der Kommission zur Überprüfung

der EU-Gesetzgebung zur Bekämpfung des Drogenhandels. Darüber hinaus stärkte Eurojust seine Zusammenarbeit mit der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) (im Jahr 2011 fanden gegenseitige Besuche statt) und unterstützte die EPA bei der Durchführung ihrer Lehrgänge.

### 1.3.3 Menschenhandel (THB)

Im Jahr 2011 wurden 79 THB-Fälle registriert, von denen die meisten den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung betrafen. Obwohl die Zahl der Fälle gegenüber 2010 (87 Fälle) leicht abnahm, hat sich die Zahl der Koordinierungstreffen in diesem Bereich fast verdoppelt, von 13 im Jahr 2010 auf 24 im Jahr 2011. Insgesamt wurden 2011 sechs JITS zu THB-Fällen eingerichtet.

Am 18. Oktober 2011 nahmen, unter der Schirmherrschaft der polnischen EU-Präsidentschaft, Eurojust und andere Agenturen aus dem JI-Bereich (EPA, das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen, Europol, die Grundrechte-Agentur (Fundamental Rights Agency, FRA) sowie FRONTEX) am 5. EU-weiten Aktionstag gegen Menschenhandel teil, der von der EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels veranstaltet wurde. Die Veranstaltung beinhaltete eine Debatte zwischen den Leitern der JI-Agenturen, eine von Eurojust und anderen Stellen unterzeichnete Gemeinsame Erklärung sowie drei Workshops. Zusammen mit Europol leitete Eurojust den Workshop über



die Ermittlungsverfahren und die Strafverfolgung bei THB-Straftaten.

Es gibt Stellen, die der Auffassung sind, dass die Ermittlung und Strafverfolgung in THB-Fällen unzureichend ist, und die Opfer wegen Prostitution oder illegaler Einwanderung verfolgt werden. Um diese Situation zu prüfen, hat die Eurojust-Expertengruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels und damit im Zusammenhang stehender Straftaten ein strategisches Projekt initiiert, *Eurojust action against trafficking in human beings*, dessen Ziel es ist, mögliche rechtliche und praktische Hindernisse bei der strafrechtlichen Verfolgung des Menschenhandels in der Europäischen Union zu identifizieren und Lösungen aufzuzeigen. Das Projekt wird im Jahr 2012 abgeschlossen werden.

#### 1.3.4 Betrug

Im Jahr 2011 wurden 218 Betrugsfälle registriert, eine Steigerung gegenüber 204 registrierten Fällen in 2010. Der Begriff „Betrug“ umfasst unterschiedliche Straftaten, zu denen Steuerbetrug, Computerbetrug, Vorschussbetrug, Veruntreuung von Vermögen juristischer Personen und Umsatzsteuerbetrug gehören. Die Zahl der

Koordinierungstreffen zu Betrugsfällen stieg von 17 im Jahr 2010 auf 58 in 2011 an. Im Jahr 2011 wurden vier JITS eingerichtet, um die Ermittlungen in Betrugsfällen zu erleichtern.

Bei den Fällen, die unter die allgemeine Kategorie des Betrugs fielen, stach der Mehrwertsteuerbetrug am meisten heraus; diese Straftat war 2011 Gegenstand von 24 Koordinierungstreffen, was die Be-

deutung dieser Straftat für die Einnahmen der Mitgliedstaaten widerspiegeln könnte.

Im Jahr 2011 schloss die Eurojust-Expertengruppe für Finanz- und Wirtschaftsstraftaten das strategische Projekt *„Verbesserung des Informationsaustauschs und des Rechtshilfeverkehrs zwischen den Justizbehörden der EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Mehrwertsteuerbetrugs“* ab. Praktiker aus allen Mitgliedstaaten und

Die Geschäftsführer eines niederländischen Unternehmens wurden verdächtigt, an einem größeren Schnellball-System beteiligt zu sein. 800 Investoren wurden dazu gebracht, betrügerische Investment-Produkte im Wert von insgesamt 200 Millionen € zu kaufen. Diese Investoren wurden über Fernsehwerbung, die niederländische Fernsehshow „Business Class“ und bei „Millionärsmessen“ angeworben. Das niederländische Unternehmen unterhielt außerdem überall in Europa Verkaufsbüros. Da es sich um einen internationalen Betrugsfall handelte (mindestens vier Mitgliedstaaten und vier Drittstaaten waren betroffen), wurde Eurojust um Unterstützung gebeten. Nach einem Koordinierungstreffen bei Eurojust wurde entschieden, in Den Haag ein Koordinierungszentrum einzurichten.

Am 27. September 2011 führten Justizbehörden und Polizeibeamte in acht Ländern eine gemeinsame Operation durch. In den Niederlanden wurden sechs Privatwohnungen, die Geschäftsräume von fünf Unternehmen sowie eine Anwaltskanzlei durchsucht. In der Schweiz wurden eine Privatwohnung sowie die Geschäftsräume von zwei Firmen durchsucht. Zeitgleich fanden auch in Belgien, Spanien, dem Vereinigten Königreich, der Türkei, den USA und Dubai Durchsuchungen statt. In Echtzeit koordinierte Eurojust die Durchsuchungen und Festnahmen aus dem Koordinierungszentrum. Infolge der Operation wurden in mehreren Ländern Vermögenswerte wie Immobilien, Autos sowie größere, auf Konten befindliche Geldbeträge beschlagnahmt.

Infolge einer Zeitungsrecherche wurden gegen vier Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs) Korruptionsvorwürfe erhoben. Das Europäische Parlament (EP) verweigerte OLAF das Recht, ohne Anordnung der nationalen Justizbehörden verwaltungsrechtliche Ermittlungen durchzuführen, und untersagte den für die Betrugsbekämpfung zuständigen Beamten, die Büroräume der verdächtigten MEPs zu durchsuchen. Die zuständigen nationalen Behörden in den beteiligten Mitgliedstaaten leiteten Ermittlungen ein und Eurojust wurde gebeten, in dem Fall Unterstützung zu leisten. Auf Vorschlag von Eurojust bat die österreichische Justizbehörde

OLAF um fachliche Unterstützung, insbesondere bei der Durchsuchung der EP-Räumlichkeiten. Mit Unterstützung von OLAF und Eurojust untersuchten die französischen und belgischen Behörden auf Anordnung der österreichischen Justizbehörde innerhalb kurzer Zeit die Räumlichkeiten des EP und es fand ein Koordinierungstreffen statt, an dem Österreich, Rumänien, Slowenien, Belgien und Frankreich beteiligt waren. OLAF leistete einen Beitrag zu der durch die nationalen Behörden angeordneten erfolgreichen und rechtzeitigen Durchsuchung der EP-Räumlichkeiten. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen.

im Vorjahr eine leichte Abnahme darstellt. Entsprechend der wachsenden Bedeutung der Koordinierungstätigkeit von Eurojust stieg die Zahl der Koordinierungstreffen stark an, von 11 im Jahr 2010 auf 19 im Jahr 2011.

Ein bereits früher bei Eurojust in einem Korruptionsfall eingerichtetes JIT brachte im Jahr 2011 Ergebnisse: Ein in einem Mitgliedstaat belegenes Unternehmen zahlte in einem grenzüberschreitenden Korruptionsfall mit globalen Aspekten im Rahmen eines Vergleichs etwa 3 Millionen €.

### 1.3.6 Cyberkriminalität

Im Jahr 2011 wurden 24 Fälle registriert, gegenüber 32 in 2010. Die Zahl der Eurojust-Koordinierungstreffen stieg jedoch stark an, im Bereich Cyberkriminalität von einem Treffen im Jahr 2010 auf zehn im Jahr 2011. Eurojust war im Berichtsjahr an zwei JITs beteiligt.

Der Begriff „Cybercrime“ umfasst zwei Arten krimineller Tätigkeit: Der Gebrauch des Internets zur Begehung „traditioneller“ Straftaten wie Betrug, Fälschung, Veröffentlichung von Material, das sexuellen Missbrauch darstellt, usw., und die Ver-

von Europol nahmen an einem Strategieseminar teil, das am 28. März stattfand und dazu diente, die aktuellen rechtlichen und praktischen Hindernisse bei der Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung des Mehrwertsteuerbetrugs, insbesondere des sogenannten Karussellbetrugs, zu erkennen. Zu den dabei ausgesprochenen Empfehlungen gehören: Angleichung der den Mehrwertsteuerbetrug betreffenden Definitionen, Sanktionshöhen und Verjährungsfristen, die Notwendigkeit des Bestehens eines rechtlichen Rahmens für die Aufklärung und strafrechtliche Verfol-

gung von grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug in allen Mitgliedstaaten, unabhängig vom Ort der Tatbegehung und des entstandenen Verlusts, sowie die Notwendigkeit, zum frühestmöglichen Zeitpunkt für eine grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit – möglichst mit Unterstützung durch Eurojust und Europol – zu sorgen.

### 1.3.5 Korruption

Im Jahr 2011 wurden 26 Korruptionsfälle registriert, was gegenüber der Zahl von 31



wendung elektronischer Mittel zur Störung oder vollständigen Stilllegung von Informationssystemen. Eurojust hat zur Bekämpfung beider Arten von Cybercrime beigetragen und war auch an Initiativen beteiligt, mit denen dieser Bedrohung auf EU-Ebene begegnet werden soll. Eurojust war weiterhin an der Europäischen Plattform für Cyberkriminalität („European Cybercrime Platform“) beteiligt, die das Onlinesystem zur Meldung von Internetstraftaten (Internet Crime Reporting Online System, I-CROS) sowie die Arbeitsdatei zu Analyse Zwecken (AWF) CYBORG von Europol umfasst. Darüber hinaus brachte Eurojust sein Fachwissen in die laufenden Dis-

Hacker griffen die nationalen Register der CO<sub>2</sub>-Emissionshandelszertifikate in der Tschechischen Republik, in Österreich, Deutschland, Griechenland, Rumänien, Frankreich und im Vereinigten Königreich an. Aus dem Elektrizitäts- und CO<sub>2</sub>-Emissionshandelsregister der Tschechischen Republik wurden etwa 1.175.000 Emissionszertifikate (im Wert von ungefähr 18 Millionen €) gestohlen und auf Konten in mehreren europäischen Ländern übertragen. Viele Zertifikate wurden in Deutschland, Estland und im Vereinigten Königreich aufgespürt.

Die Vorgehensweise bei diesen Angriffen war in den sieben Mitgliedstaaten fast identisch; die Täter verwendeten ähnliche, hoch entwickelte Methoden. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zwischen diesen Angriff-

fen eine Verbindung gab, war beträchtlich. Bei der Untersuchung des Falles benötigte der tschechische Staatsanwalt Informationen aus anderen Mitgliedstaaten und bat Eurojust um Koordinierung und Unterstützung bei der justiziellen Zusammenarbeit. Eurojust überwachte und unterstützte (zusammen mit dem Europäischen Justiziellen Netz (EJN)) die Erledigung der an Deutschland, Estland und das Vereinigte Königreich übermittelten Rechtshilfeersuchen, so dass die gestohlenen Emissionszertifikate teilweise beschlagnahmt und den Geschädigten zurückgegeben werden konnten. In dem Maße, in dem sich der grenzüberschreitende Aspekt des Falles ausweitete, ergaben sich weitere Ermittlungsansätze zu Phishing und Hacker-Angriffen. Eurojust wird die Ermittlungen weiter unterstützen.

kussionen über die Errichtung eines Europäischen Cyberkriminalitätszentrums ein.

### 1.3.7 Geldwäsche

Im Jahr 2011 wurden 122 Fälle von Geldwäsche registriert, gegenüber 146 im Jahr 2010. Zahlenmäßig stellte die Geldwäsche die vierthäufigste Kriminalitätsform dar (nach Drogenhandel, Betrug und

Menschenhandel). Diese Zahl überrascht nicht, wenn man bedenkt, dass organisierte kriminelle Vereinigungen die Gewinne aus ihren kriminellen Aktivitäten legalisieren und künftige kriminelle Unternehmungen finanzieren müssen. Dies führt dazu, dass organisierte kriminelle Vereinigungen ihre finanziellen Mittel zur Erreichung dieser Ziele oft grenzüberschreitend transferieren. Im Jahr 2011 fanden 27 Koordinie-

Gegen in Deutschland wohnhafte italienische Staatsangehörige wurde wegen Mehrwertsteuerbetrugs und Geldwäsche im Zusammenhang mit Fahrzeughandel in großem Maßstab ermittelt. Als die deutschen Staatsanwälte mit ihren Kollegen in Italien Kontakt aufnahmen, stellte sich hinsichtlich der Ermittlungen ein rechtliches Problem, mit dem Eurojust befasst wurde. Nach der Analyse des Problems schlug Eurojust vor, dass die italienischen Justizbehörden die Einleitung einer parallelen Ermittlung in Erwägung ziehen sollten. Daraufhin fand bei Eurojust ein Koordinierungstreffen statt, bei dem eine Einigung über das Vorgehen

erzielt wurde, und man beschloss, einen konzentrierten Aktionstag, organisiert über ein Koordinierungszentrum bei Eurojust, durchzuführen.

Das Koordinierungszentrum machte es möglich, Informationen und Beweismittel zwischen den Polizei- und Justizbehörden in den beteiligten Mitgliedstaaten in Echtzeit auszutauschen und die gesammelten Daten sofort zu analysieren. Die simultane Operation führte dazu, dass der Hauptverdächtige in Deutschland festgenommen und wegen Geldwäsche angeklagt werden konnte. Darüber hinaus fand in beiden Mitgliedstaaten

eine große Zahl von Durchsuchungen statt (5 in Deutschland und 20 in Italien), die die Wohnungen der Hauptverdächtigen sowie die Büroräume der an dem illegalen Handel beteiligten Unternehmen betrafen. Es wurden schriftliche Beweismittel, mehrere Computer und etwa 300.000 € an Vermögenswerten beschlagnahmt sowie ein deutsches Bankkonto eingefroren. Eurojust war der Katalysator, der den Erfolg der gemeinsamen Operation gefördert hat, und wird die weiteren Entwicklungen der beiden parallelen Ermittlungen weiterhin verfolgen, um auf der justiziellen Ebene die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

In einem Fall von Identitätsbetrug, Skimming und Euro-Fälschung mit Verbindung zum organisierten Verbrechen baten die bulgarischen Behörden Eurojust um Unterstützung. Bei dem Anführer handelte es sich um eine Person mit doppelter Staatsangehörigkeit (Bulgarien und Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien), der damals in Spanien lebte. Nach der Kontaktaufnahme seitens der bulgarischen Behörden unterstützte Eurojust die Bildung eines JIT, an dem die bulga-

rischen und spanischen Behörden sowie Eurojust und Europol beteiligt waren.

Nach einem Treffen im Rahmen eines JIT im April 2011 stellten die Behörden fest, dass auch deutsche Behörden Ermittlungen gegen den Verdächtigen führten. Der Fall wurde daher bei Eurojust auf das deutsche Büro ausgedehnt, das sich mit den entsprechenden nationalen Behörden in Verbindung setzte. Dies führte dazu, dass bul-

garische Staatsangehörige sowie Personen aus Drittstaaten, in deren Besitz sich gefälschte Euro-Banknoten im Wert von 300.000 Euro befanden, von den deutschen Behörden festgenommen wurden. Die Beteiligung von Eurojust und die von Eurojust bei der Koordinierung der Maßnahmen der nationalen Strafverfolgungsbehörden geleistete Unterstützung führten dazu, dass das bulgarische Ermittlungsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Im Mai 2009 wurde ein niederländisches Schiff, die „Marathon“, im Golf von Aden von Piraten gekapert. Die niederländischen Behörden zogen zwei Handlungsoptionen in Betracht: (1) eine militärische Intervention gegen die Piraten, oder (2) Verhandlungen mit den Piraten, die ein Lösegeld in Millionenhöhe verlangten. Der Schiffseigner beschloss, Verhandlungen über eine Freilassung gegen Zahlung eines Lösegeldes aufzunehmen. Das Lösegeld wurde gezahlt, und obwohl ein Crewmitglied starb, gab es keine Festnahmen. Der Angriff wurde den niederländischen Behörden vom Schiffseigner als Erpressungsfall gemeldet, was zu einer Strafverfolgungskompetenz der Niederlande führte. Infolge der Ermittlungen konnten viele der Piraten, die auch mit anderen, in Deutschland und in Belgien untersuchten Fällen in Verbindung standen, identifiziert werden.

Im Rahmen der in dem Fall geführten Ermittlungen fanden mehrere Koordinierungstreffen statt und es wurden operative Informationen ausgetauscht, die die Vorgehensweise, die Namen der Ver-

dächtigen u. a. umfassten. Wichtig dabei war, dass Eurojust den im Bereich Piraterie erfahrenen Staatsanwälten ein Forum bot für den Austausch ihrer bei der Fallarbeit gewonnenen Erfahrungen mit den beweistechnischen und rechtlichen Problemen im Hinblick auf die territoriale Zuständigkeit, die Situation an Bord, bestimmte Aspekte der Festnahme und Übergabe, die Hafteinrichtungen, die Sammlung von Beweisen, Vernehmung von Zeugen und Identifizierung von Verdächtigen, die Altersbestimmungen und Altersannahmen (die sich auf den Gerichtsort und den rechtlichen Status der mutmaßlichen Piraten auswirken könnten) usw. Die Bedeutung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Parteien, wie der Marine, Versicherungsunternehmen, Hafenbehörden usw. wurde ebenso erörtert wie die Ermittlungsinstrumente zum Aufspüren der durch die Piraterie erzielten Erträge. Bei den Eurojust-Treffen wurden gemeinsame Ziele festgelegt und im November 2011 wurde ein JIT gebildet, an dem die Niederlande und Deutschland beteiligt sind.

rungstreffen statt (2010 waren es noch 30) und es wurden zwei JITs organisiert, wobei die Bekämpfung der Geldwäsche auch bei zwei anderen, in Drogenhandelsfällen eingerichteten JITs eine Rolle spielte.

Der horizontale Charakter der Geldwäsche wurde durch das Organised Crime Threat Assessment (Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität, OCTA) im Jahr 2009 sowie das russische Organised Crime Threat Assessment (Russische Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität (ROCTA)) 2008 herausgestellt, und die Geldwäsche wurde daraufhin vom Rat der Europäischen Union als eine der EU-Prioritäten für 2010-2011 im Kampf gegen die organisierte Kriminalität benannt.

### **1.3.8 Andere Aktivitäten des organisierten Verbrechens**

Unter der Kategorie „andere Aktivitäten des organisierten Verbrechens“ wurden 197 Fälle registriert, gegenüber 233 im Vorjahr. Die Zahl der Koordinierungstreffen stieg beträchtlich an, von 13 Treffen im Jahr 2010 auf 56 im Jahr 2011. Im Rahmen des Vorgehens gegen organisierte kriminelle Vereinigungen wurden sechs JITs eingerichtet.

## Eurojust-Kontaktstelle zum Schutz des Kindes – Straftaten gegen Kinder

Im Jahr 2011 wurden 33 Fälle registriert, die Straftaten gegen Kinder betrafen, zwei von Norwegen registrierte Fälle eingeschlossen. Seit 2004 hat Eurojust insgesamt 169 Fälle registriert, die Straftaten gegen Kinder betrafen, davon wurden sechs von Norwegen registriert. Bei den Eurojust-Fällen waren die häufigsten Straftaten gegen Kinder in den Bereichen sexueller Missbrauch, einschließlich Vergewaltigung und sexueller Ausbeutung, Bilder von Kindesmissbrauch (Kinderpornografie) und Menschenhandel zu verzeichnen.

Im Jahr 2011 stärkte die Kontaktstelle von Eurojust zum Schutze des Kindes die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und der Europäischen Finanzkoalition (EFK) gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet. Die EFK wurde im Jahr 2009 gegründet, um den kommerziellen Vertrieb von Bildern von Kindesmissbrauch im Internet zu bekämpfen. Im 2011 bekam die EFK eine neue Struktur, bei der der Fokus stärker auf die Strafverfolgung und die justizielle Begleitung ihrer Arbeit ausgerichtet wurde.

Auf der Grundlage der operativen Erfolge, wie sie bei der Operation „Lost Boy“ erzielt wurden, bei der ein Pädophilenring ausgehoben wurde und in der Europäischen Union mehr als 70 Kinder aus dem sexuellen Missbrauch befreit werden konnten, wurden die Kontakte mit dem Referat „Ausbeutung von Kindern und Obszönitäten“ (Child Exploitation and Obscenity Section) im US-Justizministerium und anderen US-Regierungsbehörden sowie nichtstaatlichen Organisationen erweitert.

Eurojust organisierte ein taktisches Treffen zu Fällen des Missbrauchs von Kindern durch reisende Sexualstraftäter, mit dem Schwerpunkt Sextourismus, bei denen der Kindesmissbrauch in einem Drittstaat (häufig einem Entwicklungsland) stattgefunden hat und die strafrechtliche Verfolgung im Mitgliedstaat des Straftäters erfolgen wird. Bei dem Treffen wurden die praktischen Hindernisse untersucht, mit denen sich die Justizbehörden der Mitgliedstaaten in solchen Fällen konfrontiert sehen (insbesondere dann, wenn es keine Kooperationsvereinbarung mit dem Drittstaat gibt); es wurde auch die Rolle von Eurojust bei der Lösung von Problemen bei der Beweiserhebung und hinsichtlich der Verwertbarkeit von Beweismitteln sowie der Identifizierung und der Sicherheit der Opfer besprochen. Die Teilnehmer betonten die Bedeutung des Netzes der von Eurojust mit Drittstaaten unterhaltenen Kontakte sowie der Zusammenarbeit mit lokalen NGOs.

In Bezug auf diese Kategorie von Straftaten sind Statistiken mit besonderer Vorsicht zu betrachten. „Andere Aktivitäten des organisierten Verbrechens“ ist eindeutig eine Restkategorie, die nur dann Verwendung

findet, wenn der betreffende Fall keiner der anderen Aktivitäten des organisierten Verbrechens, wie Drogenhandel, Menschenhandel oder Geldwäsche, zugeordnet werden kann.

In diesem Zusammenhang ist Eurojust darum bemüht, die zahlenmäßige Erfassung der Fälle von organisiertem Verbrechen zu verbessern. In seinen Schlussfolgerungen zum Eurojust-Jahresbericht 2010 unter-



stützte der Rat die Absicht von Eurojust, seine statistischen Instrumente zu verbessern, um dem Rat detailliertere Zahlen zu den Straftaten zur Verfügung stellen zu können, die in diese Kategorie fallen. Diese Arbeit wurde im Jahr 2011 fortgesetzt, insbesondere durch die Erstellung eines neuen Straftatenverzeichnisses für das Fallmanagementsystem (CMS), das an die Bedürfnisse von Eurojust angepasst und vom Kollegium gebilligt wurde.

Unabhängig von den Schwierigkeiten bei der Erfassung „anderer Aktivitäten des organisierten Verbrechens“ gehört das organisierte Verbrechen weiterhin zu den von Eurojust vorrangig behandelten Straftaten. Dies spiegelt sich an der Tatsache wider, dass das Vorgehen gegen bestimmte organisierte kriminelle Vereinigungen zu den Prioritäten der Europäischen Union in diesem Bereich zählt.

#### 1.4 Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs)

Im Jahr 2011 wurden mit Unterstützung von Eurojust 33 neue JITs gebildet. An 29 dieser JITs waren Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamte von Eurojust gemäß Ar-

tikel 9f des Eurojust-Beschlusses beteiligt. Zwei nicht der Europäischen Union angehörende Staaten beteiligten sich an einem von Eurojust unterstützten multilateralen JIT. Die ständig steigende Zahl von JITs, die mit Unterstützung und unter Beteiligung von Eurojust gebildet werden, zeigt, dass die nationalen Behörden dieses Instrument immer besser kennen und zunehmend bereit sind, es bei ihrer operativen Arbeit zu nutzen.

Die wachsende Zahl von JITs lässt auch darauf schließen, dass die Praktiker aus Polizei und Justiz sich bei ihrer Entscheidung darüber, wann JITs geeignet sein könnten, an Eurojust wenden. Dieser Aspekt gewann durch die Einrichtung des Sekretariats für das Netzwerk Gemeinsamer Ermittlungsgruppen bei Eurojust (siehe auch Punkt 2.2.2) weiter an Bedeutung.

Die an JITs beteiligten Praktiker wurden auf verschiedene Weise von Eurojust unterstützt, beispielsweise bei der Abfassung, Änderung und Ausweitung von JIT-Vereinbarungen. Eurojust verfügt aufgrund seiner umfassenden Tätigkeiten im Zusammenhang mit JITs mittlerweile über ein umfangreiches Fachwissen und kann daher im Hinblick auf mögliche rechtliche



*Unterzeichnung einer JIT-Vereinbarung zwischen Bulgarien und den Niederlanden*

Hindernisse oder sonstige Schwierigkeiten beratende Unterstützung anbieten.

Aus der Fallarbeit von Eurojust ergibt sich, dass es auf der staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Ebene zwei Problemfelder gibt, die im Zusammenhang mit JITs immer wieder auftauchen: die Verwertbarkeit von Beweismitteln und die Offenlegung von Informationen. Die Frage der Verwertbarkeit von Beweismitteln stand häufig im Mittelpunkt der Diskussionen, die bei den Koordinierungstreffen geführt

wurden. Bei einer Zusammenarbeit, die unterschiedliche Justizsysteme betrifft, ist es unerlässlich, sich vorab über die Voraussetzungen für den Einsatz bestimmter Ermittlungsmethoden zu einigen, und ebenso wichtig ist es, sich klar über verfahrensrechtliche Fragen zu verständigen. So kann die Zulässigkeit einer Telefonüberwachung oder die Zulässigkeit von Materialien, die infolge eines Durchsuchungsbefehls erlangt worden, in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlichen Beweisregeln unterliegen. Eurojust spielt bei der fachkundigen Beratung zu diesen Fragen eine entscheidende Rolle, manchmal auch dadurch, dass von einem JIT abgeraten wird. Lassen sich die für bestimmte Ermittlungsarten geltenden Vorschriften nicht mit den in Betracht gezogenen JIT-Maßnahmen in Einklang bringen, müssen parallele Ermittlungen oder traditionelle Rechtshilfeverfahren in Betracht gezogen werden.

Das andere praktische Problem, das sich bei den Eurojust-Koordinierungstreffen immer wieder stellt, betrifft die Offenlegung sensibler fallbezogener Informationen. Da der unverzügliche Informationsaustausch einer der Hauptvorteile eines JIT ist, müssen die Mitglieder des JIT von Anfang an

berücksichtigen, in welchem Maße und zu welcher Zeit sensibles Material nach der nationalen Rechtsordnung der beteiligten Mitgliedstaaten gegenüber den Verteidigern und den Gerichten offengelegt werden darf. Wenn man eine Situation vermeiden will, in der die Behörden eines Mitgliedstaates verpflichtet sind, sensible Informationen preiszugeben, die die Behörden eines anderen Mitgliedstaates erst zu einem späteren Zeitpunkt offenlegen wollten, ist das Fachwissen über die nationalen Vorschriften zur Offenlegung von Beweismitteln von entscheidender Bedeutung. Von Bedeutung ist dieses Fachwissen auch im Hinblick auf die sich ergebenden Folgen für das gerichtliche Verfahren. Außerdem könnte eine unerwartete Offenlegung noch andauernde umfassendere Ermittlungen in einem Mitgliedstaat gefährden oder sogar dazu führen, dass Informanten der Gefahr einer Körperverletzung oder einer Todesgefahr ausgesetzt werden.

Eine weitere mit der Offenlegung im Zusammenhang stehende Erwägung ist die, dass innerstaatliche Behörden im Besitz wichtiger Informationen sein könnten, aber nicht am JIT beteiligt sind. In diesen Fällen müssen klare Vereinbarungen darüber getroffen werden, wie mit den In-

formationen, die im Rahmen grenzüberschreitender Ermittlungen durch ein JIT erlangt wurden, später umzugehen ist. Sensible Informationen sollten erst dann durch nationale Behörden ausgetauscht werden, wenn hinsichtlich der unterschiedlichen innerstaatlichen Regeln über die Informationsweitergabe eine Verständigung erzielt worden ist. Eurojust hat die Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Stärkung des Problembewusstseins für die Folgen unterschiedlicher Offenlegungsvorschriften, die Beratung über die bei der Abfassung der JIT-Dokumente gebotene Vorsicht und die Vermeidung unerwarteter Offenlegungen und möglicher Gefährdungen von Personen, die Informationen über organisierte kriminelle Vereinigungen mitgeteilt haben, unterstützt.

Im Rahmen eines laufenden Programms zur Förderung der Nutzung des JIT-Instruments organisierten Eurojust und Europol das siebte jährliche Treffen des JIT-Netzwerkes, das im Oktober 2011 stattfand. Im Plenum wurden operative Aspekte der JIT-Arbeit wie die Beteiligung von Drittstaaten und konkrete, im Verlauf der Tätigkeit von JITs aufgetretene operative Hindernisse, behandelt. Wie auch in den vergangenen Jahren leitete jede



Organisation einen Workshop. Der eine Workshop betraf das Thema „Rechtliche und praktische Hindernisse bei der Bildung und dem Betrieb eines JIT und Lösungen im Hinblick auf Beweismittel“; bei dem anderen wurde das Thema „JITs und die Interaktion mit externen Partnern“ erörtert. Das Treffen endete mit einer Plenumssitzung zu den Unterstützungsmöglichkeiten, die den JIT-Experten zur Verfügung stehen. Hierbei stellte das Sekretariat für das Netzwerk Gemeinsamer Ermittlungsgruppen dar, wie die Bildung und der Betrieb von JITs unterstützt werden können. Eurojust auch war auch an JIT-Schulungen aktiv beteiligt, insbesondere im Rahmen von Seminaren und Konferenzen der EPA.

#### *Eurojust und die finanzielle Unterstützung von JIT-Operationen*

Zusätzlich zu seiner beratenden Tätigkeit hat Eurojust JITs auch finanziell und logistisch unterstützt. Im Jahr 2011 führte Eurojust sein JIT-Finanzierungsprojekt mit dem Titel „Förderung einer breiteren Nutzung von JITs“ auf der Grundlage der Mittel fort, die Eurojust im Rahmen des Programms „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung 2007-2013“ von der Eu-

Die spanischen Behörden führten Ermittlungen gegen ukrainische kriminelle Vereinigungen durch, die mehrere Netzwerke zur Einschleusung ukrainischer Staatsangehöriger nach Portugal und Spanien unterhielten und dabei Italien als logistische Basis nutzten. Nach der Durchführung von Maßnahmen, durch die die Netzwerke in diesen Mitgliedstaaten zerschlagen wurden, traf man die Entscheidung, dieses Deliktphänomen an der Quelle zu

bekämpfen. Folglich hielt Eurojust ein Koordinierungstreffen ab, an dem die ukrainischen Behörden und die Mitgliedstaaten beteiligt waren. Die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden tauschten einschlägige Informationen aus, die Hauptverdächtigen wurden identifiziert und man erzielte mit den ukrainischen Behörden eine Verständigung darüber, wie dieses kriminelle Unternehmen an der Quelle bekämpft werden sollte.

ropäischen Kommission zur Verfügung gestellt worden waren.

Im Rahmen dieses Projekts unterstützte Eurojust im Jahr 2011 insgesamt 34 JITs. 16 Mitgliedstaaten waren an den JITs beteiligt, die gemäß der durch Eurojust vorgenommenen Bewertung finanziell unterstützt wurden. Bei Eurojust gingen 71 Anträge auf Finanzierungshilfe ein, auf deren Grundlage Eurojust für Reise-, Unterbringungs-, Übersetzungs- und Dolmetschkosten, die im Rahmen der operativen Tätigkeit von JITs anfielen, insgesamt 1,24 Millionen € bereitstellte. Zur Verbesserung der Kommunikation verlieh Eurojust auch

Mobiltelefone, Laptops, mobile Drucker und Scanner an JIT-Mitglieder.

Weitere Einzelheiten zu dem JIT-Finanzierungsprojekt sind der Eurojust-Website zu entnehmen.

Die finanzielle Rolle, die Eurojust bei den JITs einnimmt, ist durch Gesetzesänderungen gestärkt worden. Nach dem Eurojust-Beschluss, der bis Juni 2011 von den Mitgliedstaaten umzusetzen war, sind Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamte von Eurojust einzuladen, sich an jedem JIT zu beteiligen, für das eine Gemeinschaftsfinanzierung beantragt wird.

Eine weitere Bestimmung des Eurojust-Beschlusses verlangt von den Mitgliedstaaten, Eurojust über jedes JIT, das eingerichtet worden ist, in Kenntnis zu setzen, unabhängig davon, ob eine finanzielle Unterstützung durch die EU erfolgt. Im Jahr 2011 erhielt Eurojust 11 auf dieser Bestimmung basierende Mitteilungen.

### 1.5 Fallarbeit von Eurojust mit Beteiligung von Drittstaaten

Im Verlauf des Jahres wurden 211 Ersuchen an Drittstaaten registriert. Der am häufigsten ersuchte Drittstaat war die Schweiz, gefolgt von Norwegen, Kroatien, den USA, der Türkei, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Marokko und Liechtenstein. Bei diesen Fällen waren Drogenhandel, Betrug und Geldwäsche sowie Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehr-



*Besuch einer Delegation aus der Schweiz*

heit oder die persönliche Freiheit die wichtigsten Straftatenkategorien. Eurojust wurde auch in Korruptions- und Cyberkriminalitätsfällen um Unterstützung ersucht.

*Drittstaaten waren im Jahr 2011 in 45 Fällen an Eurojust-Koordinierungstreffen beteiligt, insgesamt also an einem Viertel aller derartigen Treffen. Die am häufigs-*

Während des Krieges, der auf den Zusammenbruch Jugoslawiens folgte, wurden Patienten einer psychiatrischen Klinik in Kroatien ermordet. Im Verlauf der Ermittlungen wegen Mordes wurde offensichtlich, dass dänische Angehörige der UN-Friedenstruppen vernommen werden mussten, was aufgrund ihres Status mit rechtlichen Problemen verbunden war.

Die kroatischen Behörden baten daher ihren Verbindungsstaatsanwalt bei Eurojust um Unterstützung. Dieser bezog Dänemark in den Fall ein, wodurch der Fall zu einem der wenigen Fälle von Kriegsverbrechen wurde, die bei Eurojust erfasst sind. Der Fall wurde unter der Straftatenkategorie Mord förmlich registriert.



*Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust: Herr Josip Čule (Kroatien), Frau Anne Grøstad (Norwegen) und Herr Stewart Robinson (USA)*

ten an diesen Treffen beteiligten Drittstaaten waren die Schweiz (12), die USA (7), Kroatien (5), Norwegen (4), die Ukraine

(4), die Türkei (2) und Japan (2). Obwohl Drittstaaten in einem beträchtlichen Maße an den Eurojust-Koordinierungstreffen be-

teiligt waren, muss diese Beteiligung noch weiter gefördert und ausgebaut werden.

Die mit Unterstützung durch Eurojust von Mitgliedstaaten an Drittstaaten gerichteten Ersuchen um justizielle Zusammenarbeit betrafen verschiedene Formen der Rechtshilfe. Diese reichten von der Unterstützung in der Durchführung von Rechtshilfeersuchen (Zeugenvernehmungen per Videokonferenz, Übertragung von Strafverfahren, die Vollstreckung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen, Erlangung von Bankbelegen und Strafregisterauszügen) über die Bestimmung von Kontaktstellen und die Schaffung von Kommunikationskanälen bis zur Klärung der rechtlichen Anforderungen und der maßgeblichen Rechtsvorschriften. Verfügen die Mitgliedstaaten über Verbindungsbeamte in Drittstaaten, so hat sich dies, neben den Kontaktstellen von Eurojust selbst, für die Fallbearbeitung ebenfalls als nützlich erwiesen.

*An Eurojust entsandte Verbindungsstaatsanwälte aus Drittstaaten*

Im Jahr 2011 gab es bei Eurojust drei entsandte Verbindungsstaatsanwälte aus Drittstaaten (Kroatien, Norwegen und die



*Das Präsidiumsteam von Eurojust  
Herr Raivo Sepp, Vize-Präsident,  
Herr Aled Williams, Präsident,  
Frau Michèle Coninsx, Vize-Präsidentin*

USA). Diese können nach den Bestimmungen der zwischen ihren Ländern und Eurojust geschlossenen Kooperationsvereinbarungen eigene Fälle registrieren.

Der kroatische Verbindungsstaatsanwalt bei Eurojust registrierte im Jahr 2011 14 Fälle. Die meisten Fälle betrafen die Deliktsbereiche Korruption, Geldwäsche und Drogenhandel. Der norwegische Verbindungsstaatsanwalt bei Eurojust registrierte im Jahr 2011 47 Fälle. Die Fälle betrafen meist Drogenhandel, Betrug, Geldwäsche, Menschenhandel und Terrorismus. Im Oktober 2011 wurde ein neuer Verbindungsstaatsanwalt der USA benannt, der gemäß der Vereinbarung zwischen Eurojust und den USA bei Eurojust tätig sein wird.

Die Fragen und Probleme, die von den Verbindungsstaatsanwälten bei der justiziellen Zusammenarbeit festgestellt wurden, ähneln denen, mit denen die nationalen Büros konfrontiert sind. Wenn Ersuchen nur mit Verzögerung oder überhaupt nicht erledigt werden können, ist dies häufig auf unterschiedliche innerstaatliche Rechtsvorschriften über die Weitergabe von Ban-

informationen, die Vernehmung von Zeugen per Videokonferenz, die Verwertbarkeit von Beweismitteln oder die Auslieferung eigener Staatsangehöriger zurückzuführen. Die Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust waren an Koordinierungstreffen und JITs beteiligt.

Die Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust unterstützten EU-Praktiker, die sich mit komplexen Vorschriften über die justizielle Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten konfrontiert sehen; außerdem haben die Verbindungsstaatsanwälte zu einer schnelleren und reibungsloseren Erledigung von Ersuchen beigetragen.

Die enge und wirksame Zusammenarbeit zwischen dem kroatischen Verbindungsstaatsanwalt bei Eurojust und dem dänischen Büro führte zu einer Beschleunigung des Ersuchens um Zeugenvernehmung. Mittlerweile haben alle in dem Rechtshilfeersuchen aufgeführten Zeugen ausgesagt, und die Ermittlungen zu diesem Kriegsverbrechen können fortgeführt werden.

## 2 Beziehungen zu EU-Institutionen und -Partnern

### 2.1 Institutionelle Beziehungen

#### 2.1.1 Europäisches Parlament

Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE-Ausschuss) des Europäischen Parlaments lud Eurojust im Jahr 2011 zu verschiedenen Sitzungen ein. Wie mittlerweile üblich, stellte der Präsident von Eurojust dem LIBE-Ausschuss den Jahresbericht für das vergangene Jahr vor. Eurojust beteiligte sich auch an der interparlamentarischen Ausschusssitzung zum Thema *Demokratische Rechenschaftspflicht in Bezug auf die Strategie der inneren Sicherheit und die Rolle von Europol, Eurojust und Frontex*. Eurojust verfasste schriftliche Beiträge zu den dem Europäischen Parlament vorgelegten Berichten „Wie werden EU-Gelder vom organisierten Verbrechen zweckentfremdet?“ und „Geschätzte Kosten der EU-Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung“. Außerdem präsentierte Eurojust bei parlamentarischen Anhörungen seine Erkennt-

nisse zu den Themen „Entwicklung einer EU-Strategie zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität“ und „Cyber-Angriffe auf Informationssysteme“.

#### 2.1.2 Rat der Europäischen Union

Eurojust leistete weiterhin Beiträge zu der Arbeit verschiedener Ratsgremien, die mit der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen befasst sind. Die wichtigsten Vorbereitungsgremien des Rates waren die Arbeitsgruppe Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (COPEN), die Arbeitsgruppe Allgemeine Angelegenheiten einschließlich Bewertung (GENVAL) und der frühere Artikel-36-Ausschuss (CATS).

Die ungarische Ratspräsidentschaft bat Eurojust um Stellungnahme zum Entwurf einer Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) in Strafsachen. Ziel der EEA ist es, die grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen neu zu strukturieren: Das jetzi-

ge System der Rechtshilfe soll durch ein Instrument ersetzt werden, das auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung basiert. Die Stellungnahme von Eurojust wurde als Ratsdokument veröffentlicht (6814/11). Das Dokument fand Eingang in die Diskussionen, die das Beratungsforum für Generalstaatsanwälte und Leiter von Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten während der Beratungen über die EEA bei seinem Treffen im Juni 2011 bei Eurojust führte. Darüber hinaus nimmt Eurojust seit Juli 2010 als Beobachter an den Treffen des Europäischen Rates zur Erörterung der EEA teil.

Der Ständige Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) wurde gemäß Artikel 71 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zur Stärkung der operativen Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der inneren Sicherheit gegründet. Eurojust nahm an den COSI-Sitzungen teil, um einen Beitrag zur Entwicklung einer an-





*Besuch der EU-Kommissarin Cecilia Malmström*

gemessenen Beteiligung der Justiz an der EU-Strategie für die innere Sicherheit zu leisten. Eurojust benannte die justiziellen Aspekte, die bei den strategischen Zielen und den damit verbundenen operativen Plänen für die acht vorrangigen Bereiche bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens eine Rolle spielen, und unterstützte somit aktiv die Umsetzung des gesamten Politikzyklus. Eurojust beteiligte sich auch an der Erstellung des ersten Jahresberichts über die Strategie der in-

neren Sicherheit, der im Jahr 2011 von der Kommission vorgelegt wurde. Im Juni legten Eurojust und Europol ein gemeinsames Papier über die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit vor, in dem anhand praktischer Beispiele aus drei operativen Fällen der Zusatznutzen einer frühen Beteiligung von Eurojust und Europol hervorgehoben wird. Das Papier wurde als Ratsdokument (9387/1/11) verteilt.

### **2.1.3 Europäische Kommission**

Eurojust unterhält enge und effektive Beziehungen zur Kommission, die die finanziellen Mittel für die Verwaltung und Infrastruktur von Eurojust bereitstellt. Die Kommission wurde im Hinblick auf das Projekt eines neuen Eurojust-Dienstgebäudes (das von den Niederlanden als Gaststaat zur Verfügung gestellt wird, aber beträchtliche Auswirkungen auf den Haushalt von Eurojust hat und im Jahr 2015 bezugsfertig sein dürfte) ständig konsultiert. Auf Vorschlag von Eurojust nahm die Generaldirektion Justiz der Kommission im Jahr 2011 erstmalig am Treffen der Leiter der JI-Agenturen im Eurojust-Gebäude teil. Die Verhandlungen über eine Gemeinsame Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) zwischen Eurojust und der

Kommission zur Formalisierung des Austauschs von Informationen zu Haushalts- und Verwaltungsangelegenheiten wurden wiederaufgenommen.

## **2.2 Praktiker-Netzwerke**

Ende 2011 waren bei Eurojust die Sekretariate dreier Netzwerke zur Unterstützung der Strafjustiz-Praktiker in der Europäischen Union angesiedelt. Bei diesen Netzwerken handelt es sich um das Europäische Justizielle Netz (EJN), das Netzwerk der Kontaktstellen für Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JIT-Netzwerk) und das Netzwerk der Kontaktstellen betreffend Personen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschheit und Kriegsverbrechen verantwortlich sind (Genozid-Netzwerk). Die Sekretariate der Netzwerke sind Teil des Personals von Eurojust, ansonsten jedoch eigenständig.

Eurojust unterstützte auch das Europäische Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN) sowie das informelle Netzwerk des Beratenden Forums der Generalstaatsanwälte und Leiter von Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten.

### 2.2.1 Europäisches Justizielles Netz

Das Europäische Justizielle Netz wurde 1998 gegründet; die für das Sekretariat des Netzes tätigen Personen sind seit 2003 Teil des Personals von Eurojust. Im Jahr 2011 war Eurojust Gastgeber des 32. regelmäßigen Treffens des EJN. An dem Treffen nahmen die EJN-Kontaktstellen der Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten zusammen mit Vertretern der Kommission und des Rates teil. Die Teilnehmer berieten über den Entwurf einer Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung, die Weiterentwicklung der EJN-Website und die Aktivitäten und Führung des EJN. Eurojust nahm auch an der 36. Vollversammlung des EJN in Budapest teil, die sich mit Fragen des „ne bis in idem“, der gegenseitigen Anerkennung ausländischer Urteile und dem Austausch von Strafregisterinformationen befasste.

Im Rahmen seiner Beziehungen zum EJN arbeitet Eurojust normalerweise als Team des Kollegiums (das für das EJN und die Verbindungsrichter zuständige Eurojust-Team). Darüber hinaus traf sich die im Jahr 2010 gegründete Gemeinsame Task Force aus Vertretern von Eurojust und dem EJN zum zweiten Mal, um u. a. über Themen

wie bereits vorhandene nationale Leitlinien zur Auslegung von Artikel 13 des Eurojust-Beschlusses in Bezug auf die Fallarbeit von Eurojust und EJN sowie die Rolle der EJN-Kontaktstellen im Nationalen Eurojust-Koordinierungssystem (ENCS) (das gemäß Artikel 12 des Eurojust-Beschlusses in jedem Mitgliedstaat einzurichten ist) zu diskutieren. Die Ergebnisse der Diskussionen der Gemeinsamen Taskforce wurden bei der Vollversammlung des EJN im November 2011 in Danzig vorgestellt.

### 2.2.2 Das Sekretariat für das Netzwerk Gemeinsamer Ermittlungsgruppen

Das JIT-Netzwerk wurde 2005 eingerichtet. 2011 erhielt es sein eigenes Sekretariat. Das Sekretariat ist bei Eurojust angesiedelt und wird von Eurojust im Hinblick auf die Förderung der Einsetzung von JITs in den Mitgliedstaaten unterstützt. Das Sekretariat koordinierte die Arbeit, die zur Veröffentlichung der überarbeiteten Fassung des von Eurojust und Europol erstellten Handbuchs zu Gemeinsamen Ermittlungsgruppen im Oktober 2011 führte, das sich an Praktiker richtet und in allen EU-Sprachen vorliegt. Eurojust und Europol organisierten das siebte jährliche



*Treffen des Genozid-Netzwerks*

Treffen des JIT-Netzwerks zum Thema „JITs im operativen Fokus“. Praktiker berichteten über ihre Erfahrungen bei der Bildung und dem Einsatz von JITs bei der Fallarbeit in Echtzeit. Weitere Informationen über die Arbeit von Eurojust mit JITs sind unter Punkt 1.4 zu finden.

### 2.2.3 Genozid-Netzwerk

Das Netzwerk der Kontaktstellen betreffen Personen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlich sind (Genozid-



Netzwerk) wurde im Jahr 2002 errichtet. Das Sekretariat des Netzwerks wurde im Jahr 2011 eingerichtet und unterstützt das Netzwerk bei seiner laufenden Arbeit. Im Jahr 2011 fanden zwei Vollversammlungen des Genozid-Netzwerks statt, bei denen die Praktiker verschiedene Themen der operativen Arbeit behandelten. Hierzu gehörten der Zeugenschutz, die internationale rechtliche Zusammenarbeit, die Abschlussstrategie der internationalen Gerichtshöfe (und mögliche „Lücken der Straflosigkeit“, die entstehen, wenn die Gerichtshöfe ihre Tätigkeit beenden), die Einziehung von Vermögenswerten aus Straftaten, und die Koordinierung der laufenden Bemühungen zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung der für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlichen Personen.

#### **2.2.4 Europäisches Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN)**

Seit 2008 arbeiten Eurojust und das EJTN gemeinsam daran, bei den Personen, die in der Europäischen Union im Justizbereich tätig sind, das Bewusstsein für die europäische Dimension ihrer Arbeit zu stärken.

Auch im Jahr 2011 war Eurojust an dem Austauschprogramm des EJTN, bei dem sich Richter und Staatsanwälte aus den Mitgliedstaaten mit den Aufgaben, der Funktionsweise und den Tätigkeiten von Eurojust vertraut machen können, aktiv und unterstützend beteiligt. Es fanden drei (jeweils dreimonatige) EJTN-Praktika in den Nationalen Büros von Italien, Deutschland und Österreich bei Eurojust statt. Darüber hinaus vereinbarten Eurojust und das EJTN, für kürzere (ein- bis zweiwöchige) EJTN-Praktika Plätze bereitzustellen. Sechs Nationale Büros (Österreich, Dänemark, Deutschland, Italien, Portugal und Spanien) unterstützten die Initiative im Rahmen eines Pilotprojekts, das als Erfolg bezeichnet werden kann und im Jahr 2012 erneut durchgeführt werden wird.

Eurojust ist an den EJTN-Seminaren und Fortbildungsmaßnahmen regelmäßig aktiv beteiligt. Im Jahr 2011 unterstützte Eurojust das EJTN-Projekt „Die internationale justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der Praxis“. An vier Seminaren, die sich mit rechtlichen Fragen, der Praxis und den Verfahren der Ausstellung und Vollstreckung Europäischer Haftbefehle sowie mit bestimmten Formen

von Rechtshilfeersuchen befassten, waren Eurojust-Mitarbeiter als Referenten beteiligt. Auf der Grundlage seiner stetig wachsenden operativen Erfahrung in diesem Bereich war Eurojust auch an JIT-Fortbildungsveranstaltungen beteiligt.

#### **2.2.5 Beratendes Forum der Generalstaatsanwälte und Leiter von Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten**

Auch im Jahr 2011 wurde das Forum, dessen Hauptziel es ist, zur Stärkung der justiziellen und staatsanwaltlichen Aspekte der EU-Strategie für die innere Sicherheit beizutragen, von Eurojust unterstützt. Hierzu fanden 2011 zwei Treffen bei Eurojust statt.

Schwerpunkt des ersten Treffens, das unter der ungarischen Präsidentschaft im Juni 2011 stattfand, war das Thema Korruption. Im Lichte der von der Kommission unterbreiteten Vorschläge erörterte das Forum einen möglichen Beitrag an dem neuen EU-Maßnahmenpaket gegen Korruption. Es beriet auch über den Entwurf einer Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung, die

als wichtiges Instrument zur Erleichterung und Vereinfachung der justiziellen Zusammenarbeit angesehen wird.

Das zweite Treffen fand im Dezember 2011 unter der polnischen Präsidentschaft statt und befasste sich damit, wie die Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU auf der nationalen und der EU-Ebene, auch durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen OLAF und Eurojust, verbessert werden könnte. Das Forum befasste sich auch mit Fragen des Zeugenschutzes bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, Garantien für ein faires Verfahren und der möglichen Annahme gemeinsamer EU-Standards. Zum Schluss des Treffens ging es um den Vorschlag einer Richtlinie über das Recht auf Rechtsbeistand im Strafverfahren und die Notwendigkeit, sowohl die Fairness als auch die effiziente Führung von Strafverfahren sicherzustellen.

Das beratende Forum wird sowohl in rechtlicher als auch logistischer Hinsicht umfassend von Eurojust unterstützt, das auch für eine Übermittlung der Ansichten der Generalstaatsanwälte auf Ebene der EU-Institutionen Sorge trägt.

## 2.3 EU-Agenturen und -Einrichtungen

### 2.3.1 Europol

Europol ist für die Arbeit von Eurojust ein wichtiger Partner, was dadurch unterstrichen wird, dass beide Einrichtungen in Den Haag angesiedelt sind, und sich der Vertrag von Lissabon auf die Koordinierungsrolle von Eurojust bezieht, die sich auf die von den Mitgliedsstaaten und Europol übermittelten Informationen gründet.

Im Jahr 2011 haben Eurojust und Europol bei der Fallarbeit noch stärker als zuvor kooperiert. Europol nahm an 89 Eurojust-Koordinierungstreffen teil; im Jahr 2010 waren es noch 41. Der Austausch operativer Informationen über die sichere Kommunikationsverbindung zwischen Eurojust und Europol ist um 35 % gestiegen. Im Jahr 2011 wurden über diese Verbindung über 900 Mitteilungen ausgetauscht.

Seit 2011 ist Eurojust mit zwei weiteren Analysedateien (AWFs) von Europol assoziiert. Diese befassen sich mit Menschenhandel sowie Cannabisherstellung und -schmuggel, wodurch die Zahl der AWFs, an denen Eurojust beteiligt ist, auf 17 ge-



*Treffen des Beratenden Forums während der ungarischen Präsidentschaft*

stiegen ist. Die Mitgliedstaaten haben Eurojust jedoch bei anderen wichtigen AWFs, wie beispielsweise islamistischem Terrorismus und innerstaatlichem Extremismus, keinen Beteiligungsstatus eingeräumt.

Um die gewachsene operative Zusammenarbeit auszubauen, haben Eurojust und Europol sich mit den in der überarbeiteten Kooperationsvereinbarung vom 1. Januar 2010 enthaltenen neuen Bestimmungen

Im Jahr 2009 gab es Hinweise darauf, dass eine ungarisch-kroatisch-slowenisch-serbische kriminelle Vereinigung mit Verbindungen nach Asien durch die Bestechung von Fußballspielern, Schiedsrichtern und anderen Personen in Deutschland, Ungarn, Finnland, Kroatien, Slowenien und anderen europäischen Ländern die Ergebnisse von etwa 170 Fußballspielen manipuliert hatte. Die organisierte kriminelle Vereinigung wettete in Asien und Europa auf die Ergebnisse dieser Fußballspiele und erzielte einen Profit von mehreren Millionen Euro.

Die deutschen Behörden leiteten im November 2009 Ermittlungen ein und etwa einen Monat später begannen die Ermittlungen in Ungarn. Die deutsche und die ungarische Polizei arbeiteten von Beginn an intensiv zusammen. Auf der Grundlage dieser Zusammenarbeit wurden die Justizbehörden beteiligt und Ungarn übermittelte an Deutschland ein Rechtshilfeersuchen zur Erlangung von Beweismitteln und Dokumenten aus dem deutschen Ermittlungsverfahren. Im Verlauf der Untersuchung des Falles durch Ungarn wurden Verbindungen nach

Kroatien und Slowenien aufgedeckt. Es wurden parallele Ermittlungen eingeleitet, die zur Festnahme von etwa 30 Verdächtigen führten. In Ungarn fand ein Treffen mit den slowenischen Behörden statt.

Aufgrund der wachsenden Komplexität des Falles wurde Eurojust um Unterstützung gebeten. Eurojust organisierte ein Koordinierungstreffen, bei dem Justiz- und Strafverfolgungsbehörden aus den betroffenen Mitgliedstaaten Informationen austauschten. Eurojust war auch an der Abfassung und Übermittlung von Rechtshilfeersuchen beteiligt, um eine effiziente Erledigung der erbetenen Maßnahmen sicherzustellen. Die Beteiligung von Eurojust führte dazu, dass die separaten Aspekte der Ermittlungen zusammengeführt werden konnten. Außerdem führte die Förderung des Informationsaustauschs zu neuen Ermittlungsansätzen. Eurojust arbeitete eng mit Europol zusammen, wobei Europol operative und analytische Unterstützung leistete. Im Jahr 2011 wurde ein JIT eingerichtet, das zur Unterstützung seiner operativen Arbeit eine finanzielle Förderung durch Eurojust erlangen konnte.

befasst. Es wurde ein Austauschprogramm für Mitarbeiter beider Organisationen geschaffen. Fünf gegenseitige Besuche von Delegationen beider Organisationen wur-

den organisiert. Die Europol-Mitarbeiter nahmen bei ihren Besuchen bei Eurojust an internen Sitzungen (einschließlich Plenarsitzungen des Kollegiums) sowie an

Besprechungen teil, die auf ihren besonderen beruflichen Hintergrund zugeschnitten waren. In Anbetracht der in Artikel 12(5)(d) des Eurojust-Beschlusses vorgesehenen engeren Beziehungen zwischen dem Nationalen Eurojust-Koordinierungssystem (ENCS) und den Nationalen Stellen von Europol nahm Europol auch an Treffen über die Umsetzung des Eurojust-Beschlusses teil. Eurojust nahm an den Treffen der Leiter der Nationalen Stellen von Europol (Heads of Europol National Units – HENUs) teil und empfing am 27. Oktober 2011 eine HENU-Delegation bei Eurojust.

Gemeinsam veranstalteten Eurojust und Europol Treffen für Praktiker aus den Bereichen Violent Single Issue Extremis/Terrorism, Tierschutz-Extremismus und Mehrwertsteuerbetrug sowie das Treffen der JIT-Experten. Europol nahm im Oktober 2011 an dem strategischen Treffen „Verbesserung der Arbeit von Eurojust in Fällen des Suchtmittel-/Betäubungsmittelhandels“ teil. Siehe Punkt 1.3.2.

### 2.3.2 OLAF

Die Vereinbarung über die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Eurojust und dem Europäischen Amt für Betrugs-

bekämpfung (OLAF) aus dem Jahr 2008 stellt die rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen dar.

Die Zahl der Übermittlungen fallbezogener Information von OLAF an Eurojust hat sich erhöht. Im Jahr 2011 verwies OLAF acht Fälle an Eurojust, im Vergleich zu vier im Jahr 2010. Zwar handelt es sich dabei um eine geringe Anzahl, dies sollte aber im Lichte der folgenden drei Aspekte betrachtet werden: Der erste Aspekt betrifft die Tatsache, dass sich Eurojust mit Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen befasst, während die Arbeit von OLAF auf verwaltungsrechtliche Ermittlungen und Maßnahmen ausgerichtet ist (im Rahmen seiner operativen Arbeit im Jahr 2010 empfahl OLAF in 28 Fällen strafrechtliche Ermittlungen und justizielle Strafverfolgungsmaßnahmen in Betracht zu ziehen). Der zweite Aspekt ist der, dass Eurojust – anders als OLAF – normalerweise mit Fällen, die zwei oder mehrere Mitgliedstaaten involvieren, befasst ist. Bei dem dritten Aspekt geht es darum, dass OLAF im Jahr 2011 zu acht Eurojust-Koordinierungstreffen eingeladen wurde, was angesichts der Gesamtzahl der Fallverweisungen eine ermutigende Zahl ist.

In den Fällen, in denen Eurojust und OLAF zusammengearbeitet haben, ist ein deutlicher Nutzen erzielt worden, wie aus der Untersuchung von Korruptionsvorwürfen gegen Mitglieder des Europäischen Parlaments ersichtlich geworden ist. Nähere Einzelheiten zu diesem Fall sind unter Punkt 1.3.5 aufgeführt.

Im Jahr 2011 wurden auch mögliche Schritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Eurojust und OLAF ausgearbeitet. Man einigte sich auf Kriterien für die Identifizierung gemeinsamer Fälle aus dem Bereich der Kriminalität mit grenzüberschreitendem Bezug; es wurde ein sicheres Kommunikationsnetzwerk zwischen den beiden Agenturen in Betrieb genommen und Eurojust erhielt Zugang zum Zollinformationssystem (CIS); darüber hinaus einigte man sich grundsätzlich auf einen Austausch von Verbindungsbeamten. Es fand ein Studienbesuch von OLAF angehörenden Ermittlern und Staatsanwälten bei Eurojust statt. OLAF nahm an verschiedenen Treffen bei Eurojust teil, beispielsweise an Treffen der JIT-Experten. Der zusätzliche Nutzen der Beteiligung von OLAF an JITs besteht darin, dass JIT-Daten mit den Daten von OLAF und dessen Ergebnissen aus verwaltungsrecht-



*Besuch von Herrn Rob Wainwright, Direktor von Europol*

lichen Ermittlungen abgeglichen werden können.

### **2.3.3 Frontex**

Im Jahr 2011 führten Eurojust und die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen



Besuch von Herrn Giovanni Kessler, Generaldirektor OLAF

Union (Frontex) ihre Verhandlungen, um kooperative Beziehungen im Sinne des Artikel 26(1) des Eurojust-Beschlusses auszubauen, fort.

Eurojust beteiligte sich 2011 an dem Frontex-Projekt *Trafficking in Human Beings Training for Border Guard* (Fortbildung für Grenzschutzbeamte im Hinblick auf die Bekämpfung des Menschenhandels), um eine spezielle Schulung für Grenzschutzbeamte der Europäischen Union und der Schengen-assoziierten Staaten fortzuentwickeln. In Bezug auf die Entwicklung eines allgemeinen Lehrplans wurden justizi-

elle Aspekte sowie solche der Strafverfolgung berücksichtigt.

#### 2.3.4 EPA

Im Jahr 2011 beteiligte sich Eurojust an 21 Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen der EPA. Hierzu gehörten Schulungsmaßnahmen zu JITs für leitende Polizeibeamte und Staatsanwälte (in Zusammenarbeit mit dem EJTN), und zur Rolle von Eurojust bei der Erleichterung der Umsetzung europäischer Haftbefehle. Im Mai 2011 nahm der Direktor der EPA mit Eurojust Kontakt auf, um gemeinsam an der

Seit 2007 betrieb ein kriminelles Netzwerk Schmuggel von Tabak und anderen Waren aus der Russischen Föderation und Weißrussland in und durch die Europäische Union. Da die Anführer auf der EU-Seite von Litauen aus operierten, baten die litauischen Behörden Eurojust um Unterstützung, als die Anführer der Strafverfolgung entkommen waren, obwohl bei Aktionen in Polen, Lettland, Estland und Deutschland mehrere Lastwagenladungen Zigaretten beschlagnahmt worden waren.

Eurojust leistete bei der Fallanalyse Unterstützung und organisierte fünf Koordinierungstreffen mit den betroffenen Mitgliedstaaten, Europol und

OLAF, um sicherzustellen, dass aus den Maßnahmen, die in den verschiedenen Ländern durchgeführt worden waren, ein Gesamtbild über die Aktivitäten der Anführer erstellt werden konnte. Ein Aktionstag, der für Ende November 2001 vereinbart wurde, führte zu 25 Festnahmen. Besonders bedeutsam war dabei, dass auch Anführer der kriminellen Vereinigung festgenommen wurden; außerdem wurden bei 50 Hausdurchsuchungen Waffen, Sprengstoffe, Betäubungsmittel, große Geldbeträge und Diebesgüter beschlagnahmt. Die Ermittlungen ermöglichten auch die Sicherstellungen von Vermögenswerten aus der kriminellen Unternehmung, wie Immobilien und Luxusautos.



Erstellung eines elektronischen Lernmoduls zu arbeiten.

Da sichergestellt sein sollte, dass bei Schulungsmaßnahmen für Polizeibeamte und Staatsanwälte Synergieeffekte genutzt werden, wurde Eurojust eingeladen, sich an dem Ausschuss für das Jahresprogramm der EPA zu beteiligen; darüber hinaus nahm Eurojust an der Konferenz zum zehnjährigen Bestehen der EPA, die am Sitz der Organisation stattfand, teil.

#### **2.3.5 Leiter der JI-Agenturen**

Im Jahr 2011 übte Eurojust den Vorsitz der Leiter der JI-Agenturen aus und koordinierte in enger Zusammenarbeit mit der EPA, Europol, Frontex und der Agentur für Grundrechte (FRA) die Erstellung des Abschlussberichts über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden. Das jährliche Treffen der Leiter der JI-Agenturen fand am 24. November bei Eurojust statt. Sowohl bei der bilateralen als auch bei der multilateralen Zusammenarbeit wurden Fortschritte erzielt. Zu den Beispielen für multilaterale Initiativen gehörten der Austausch von Katalogen von Produkten und Dienstleistungen, sowie Konsultationen

zwischen den Agenturen über ihre Jahresarbeitsprogramme.

Im Rahmen seines Vorsitzes der Leiter der JI-Agenturen erstattete Eurojust COSI Bericht über die bei der Zusammenarbeit der JI-Agenturen erzielten Fortschritte und Erfolge, und übermittelte gemeinsam mit Frontex einen Vorschlag für den Tätigkeitszeitraum 2012-2013 (18079/11).

#### **2.4 Beziehungen außerhalb der Europäischen Union**

Im Jahr 2011 wurde weiterhin an der Erweiterung der Möglichkeiten zur operativen Zusammenarbeit mit Drittstaaten und Organisationen außerhalb der Europäischen Union gearbeitet. Die Kooperationsvereinbarung zwischen Eurojust und der Schweizerischen Eidgenossenschaft trat am 22. Juli 2011 in Kraft. Die Verhandlungen über Kooperationsvereinbarungen mit der Russischen Föderation, der Ukraine und Liechtenstein wurden erneut als Prioritäten bestätigt. Es wurden Kontakte aufgenommen, um die Möglichkeit zu erkunden, mit Israel, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Moldau, Kap Verde und der Türkei in Verhandlungen über Ko-

operationsvereinbarungen einzutreten. Es fanden Evaluierungen über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarungen mit Kroatien und Norwegen statt.

Zur Beurteilung der Umsetzung von Gesetzesbestimmungen zum Datenschutz fanden Informationsreisen nach Albanien, Serbien, Montenegro und in die Ukraine statt. Die Kontakte zur Erkundung der Möglichkeit, mit Interpol und der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) in Verhandlungen hinsichtlich eines memorandum of understanding einzutreten, wurden weiter gepflegt.

Auch ein Treffen der EU-USA-Arbeitsgruppe wurde von Eurojust unterstützt. Dabei leistete Eurojust insbesondere zum EU-Expertentreffen über die Umsetzung der Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA über Auslieferung und Rechtshilfe in Strafsachen, das von der Kommission organisiert wurde und im September 2011 stattfand, einen Beitrag. Bei Koordinierungstreffen konnte Eurojust zu rechtlichen Aspekten des Informationsaustauschs mit den USA Rat erteilen. Fortgesetzt wurden auch die Vorbereitungen für weitere Treffen zur Lösung praktischer Probleme in der justiziellen Zusammenar-

beit zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation.

Angesichts der globalen Dimension des organisierten Verbrechens (für die beispielhaft der illegale Drogen- und Menschenhandel aus Gebieten jenseits der EU-Grenzen in die Europäische Union steht) könnten neue Initiativen erforderlich werden. In diesem Bereich stellt beispielsweise der Eurojust-Beschluss ein wichtiges neues Instrument dar: die Möglichkeit, Eurojust-Verbindungsbeamte in Drittstaaten einzusetzen, wo sie ihre Tätigkeit im Namen al-

ler Mitgliedstaaten ausüben. Im Jahr 2011 wurde dem Kollegium ein Bericht über die Aufgaben, Funktionen und den beruflichen Status dieser Verbindungsbeamten vorgelegt. Dieser Bericht ist ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die Überlegung, solche Verbindungsbeamte an der operativen Arbeit von Eurojust zu beteiligen, sowie im Hinblick auf die Beteiligung an der Diskussion über die Kriterien, die nach Artikel 27a des Eurojust-Beschlusses zu erfüllen sind.

In Anbetracht des immer globaleren Charakters des organisierten Verbrechens

festigte Eurojust seine Verbindungen zum Iberoamerikanischen Netzwerk für die internationale rechtliche Zusammenarbeit (IberRed). Gestartet wurde ein Projekt zur Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit zwischen Eurojust- und IberRed-Staatsanwälten, die über Spezialkenntnisse in der den Drogenhandel betreffenden Fallarbeit verfügen. Über seine Beziehungen zu IberRed hat Eurojust die Erledigung von Rechtshilfeersuchen und Auslieferungersuchen aus den Mitgliedstaaten in Lateinamerika und umgekehrt erleichtert.



## 3 Der Eurojust-Beschluss, die Zukunft und die Entwicklungen im Bereich der Verwaltung

### 3.1 Umsetzung des Ratsbeschlusses

Ziel des Ratsbeschlusses zur Stärkung von Eurojust, der 2009 veröffentlicht wurde, ist die Stärkung der operativen Kapazität von Eurojust. Will man das Potenzial von Eurojust bei der Bekämpfung der schweren grenzüberschreitenden Kriminalität vollständig nutzen, ist es erforderlich, den geänderten Eurojust-Beschluss zügig und effizient umzusetzen. In 18 Mitgliedstaaten musste das nationale Recht durch legislative Maßnahmen mit dem geänderten Eurojust-Beschluss in Einklang gebracht werden, was bis Juni 2011 abgeschlossen sein sollte. Ende 2011 hatten 10 Mitgliedstaaten dies vollzogen.

Im Jahr 2011 wurden mehrere Eurojust-Projekte zur Umsetzung des Beschlusses fertiggestellt. Das System des Koordinierungsdauerdienstes (OCC) wurde funktionsfähig; es wurden Vorlagen entwickelt, um Informationen zu Fällen schwe-

rer grenzüberschreitender Kriminalität einfacher an Eurojust übermitteln zu können, was zu Veränderungen des Fallmanagementsystems (CMS) führte; und die Sekretariate des JIT-Netzwerks und des Genozid-Netzwerks wurden eingerichtet. Es fanden Treffen der Mitglieder der informellen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Eurojust-Beschlusses mit Vertretern von Mitgliedstaaten und EU-Einrichtungen statt. Hauptthemen waren dabei der wachsende Informationsaustausch und die Einrichtung des ENCS zur Stärkung der Verbindungen zwischen Eurojust und den Praktikern in den Mitgliedstaaten. Die folgenden Absätze enthalten Informationen zu einigen Aspekten der Umsetzung des Beschlusses.

#### *Koordinierungsdauerdienst (On-Call Coordination – OCC)*

Um die Erreichbarkeit der Nationalen Büros bei Eurojust zu verbessern, und zu jeder Zeit effiziente Maßnahmen speziell in eiligen Fällen zu ermöglichen, wurde ein

zentraler Koordinierungsdauerdienst eingerichtet. Die Justizbehörden und Strafverfolgungsbeamten der Mitgliedstaaten können Eurojust nun über eine kostenlose internationale Telefonnummer (oder eine gesonderte niederländische Nummer) an 7 Tagen in der Woche rund um die Uhr erreichen.

Ein Anrufmanagementsystem beantwortet den Anruf und leitet ihn an den OCC-Vertreter des Nationalen Büros weiter. Der Anrufer kann dann in seiner eigenen Sprache sein Anliegen vorbringen, und der OCC-Vertreter kann die geeigneten Maßnahmen ergreifen. Seit der OCC im August 2011 eingerichtet wurde, sind 94 Anrufe eingegangen.

#### *Informationsaustausch nach Artikel 13*

Nach Artikel 13 des Eurojust-Beschlusses sind die Behörden der Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre nationalen Vertreter bei Eurojust von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Fällen schwe-

Im Dezember 2011 wurde der diensthabende französische OCC-Vertreter eines Nachts von einem Staatsanwalt seines Landes kontaktiert. Die Polizei hatte drei Verdächtige festgenommen und Material beschlagnahmt, das auf kriminelle Verbindungen zu einem in Luxemburg befindlichen Bankkonto schließen ließ, auf dem sich etwa 4 Millionen Euro befanden. Der französische Staatsanwalt wollte das Konto unverzüglich sperren lassen und benötigte Unterstützung im Hinblick auf die in dem anderen Land zu befolgenden Verfahren. Der französische Vertreter bei Eurojust

nahm mit seinem Luxemburger Eurojust-Kollegen Verbindung auf, der ihn unverzüglich über die rechtlichen und beweistechnischen Anforderungen einer Sicherstellungsanordnung informierte und Kontakte zur Luxemburger Financial Intelligence Unit (Zentralstelle für Verdachtsanzeigen) und zur Staatsanwaltschaft herstellte. Als die Banken am nächsten Morgen öffneten, war das Konto bereits von der Financial Intelligence Unit Luxemburgs eingefroren worden; im Verlauf desselben Tages wurde es dann von einem Luxemburger Ermittlungsrichter beschlagnahmt.

derer, die bereits im Fallmanagementsystem gespeichert sind, den Mitgliedstaaten in einem frühen Stadium Unterstützung anzubieten und den nationalen Behörden in Bezug auf operative Maßnahmen Rückmeldung zu geben. Der erhöhte Informationsaustausch soll dazu führen, dass Eurojust Praktiker und Entscheidungsträger noch besser über Hindernisse und bewährte Praktiken bei der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit informieren kann.

#### *Verbesserung des Fallmanagementsystems*

rer grenzüberschreitender Kriminalität in Kenntnis zu setzen.

Um den Praktikern eine strukturierte Informationsübermittlung zu ermöglichen, hat Eurojust ein „intelligentes“ PDF-Formular entwickelt, das in allen EU-Amtssprachen vorliegt. In diesem Formular werden die zu übermittelnden Informationen genau beschrieben; es soll dazu dienen, den Nutzern eine entsprechende Meldung zu erleichtern. Die zuständigen nationalen Behörden erhalten das Formular über die Nationalen Büros. Die ausgefüllten Formulare werden über sichere, zum Zwecke der

Übermittlung eingerichtete EMailverbindungen an Eurojust gesandt. Auf der [Eurojust-Website](#) findet sich eine kurze Erläuterung zum Verständnis von Artikel 13 (5-7). Eurojust fordert die Mitgliedstaaten auf, von diesem neuen Instrument und dem Formblatt, mit dem die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Terrorismus durch Eurojust effizienter werden soll, Gebrauch zu machen.

Die nach Artikel 13 erlangten Informationen erlauben es Eurojust Verbindungen zu anderen Fällen aufzudecken, einschließlich

Die Software des Fallmanagementsystems wurde ursprünglich im Jahr 2004 eingeführt. Sie erleichtert die sichere Speicherung der bei der Fallarbeit gewonnen Daten, den Informationsaustausch zwischen den Nationalen Mitgliedern und die Analyse dieser Daten. Da das Fallmanagementsystem zusätzliche personenbezogene Informationen verarbeiten wird und die Datenschutzregeln zu beachten sind, deren Einhaltung vom Datenschutzbeauftragten kontrolliert wird, wurde eine Reihe von Projekten zur Umsetzung der aufgrund des Eurojust-Beschlusses erforderlichen Änderungen gestartet.

Um sicherzustellen, dass justizielle Informationen zwischen den Systemen der Mitgliedstaaten und Eurojust in geeigneter Weise ausgetauscht werden können, war Eurojust eng in das Forschungsprojekt Europäischer Pool gegen organisierte Kriminalität (European Pool against Organised Crime, EPOC) IV eingebunden. Dessen Zweck ist es, die EPOC-Software weiterzuentwickeln, um den Mitgliedstaaten ein System (National Authority System, NAS) zur Verfügung stellen zu können, das einen Informationsaustausch zwischen Eurojust und den nationalen Fallmanagementsystemen ermöglichen wird. Projektpartner für EPOC IV sind Bulgarien, Frankreich, Litauen, die Niederlande und Slowenien. An einem Seminar zur Förderung des NAS nahmen Technik-Experten von Strafverfolgungsbehörden aus 19 Mitgliedstaaten teil. Die Projektdauer beträgt drei Jahre (April 2009 bis März 2012).

Zur Erleichterung einer sicheren Datenübertragung über das ENCS in den Mitgliedstaaten hat Eurojust an einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikationsverbindungen gearbeitet. Mit jedem Mitgliedstaat wird eine Lösung erarbeitet, bei der technische Zwänge berücksichtigt und bestehende Verbindungen

soweit wie möglich erneut genutzt werden. Aktuell sind Bulgarien, Ungarn, Irland, Lettland, Portugal und Rumänien an der Erprobung von Pilotverbindungen über s-TESTA und Site-to-Site-VPN beteiligt. Bevor die Verbindung offiziell genutzt wird, wird zwischen Eurojust und dem betreffenden Mitgliedstaat eine Vereinbarung (Memorandum of Understanding) unterzeichnet werden.

#### *Nationales Eurojust-Koordinierungssystem (Eurojust National Coordination System - ENCS)*

Gemäß dem Eurojust-Beschluss sollen die ENCS die Beziehung zwischen Eurojust und den Justiz- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten stärken. Eurojust hat verschiedene Schritte zur Förderung der Einrichtung von ENCS unternommen, vom Ausbau der Beziehungen zu den EJN-Kontaktstellen in der Eurojust-EJN-Taskforce bis zur Weiterentwicklung der Kontakte mit den Leitern der Nationalen Stellen von Europol.

Eurojust entwickelte auch das „Fiches suédoises“-Formular zur Übermittlung von Informationen über die Zusammensetzung des ENCS in jedem Mitgliedstaat.

Bisher haben sieben Mitgliedstaaten ein ENCS eingerichtet, entweder durch Primärrecht oder durch Anordnungen, Rundschreiben, Leitlinien oder andere sekundäre Instrumente. Eurojust wird die Möglichkeit prüfen, eine gemeinsame Plattform zu schaffen, um den Dialog zwischen den Mitgliedern des ENCS und insbesondere zwischen den für die Funktionsfähigkeit des ENCS verantwortlichen nationalen Anlaufstellen und Eurojust sicherzustellen.

Im Jahr 2011 wurde ein Dokument über mögliche Strukturen und Aufgaben des ENCS, zusammen mit dem idealen Profil einer nationalen Eurojust-Anlaufstelle, auf der [Eurojust-Website](#) veröffentlicht.

### 3.2 Task Force zur Zukunft von Eurojust

Mit Hilfe einer Task Force führte Eurojust die Erörterungen über Artikel 85 und 86 AEUV fort. Im Mai 2011 fand unter der ungarischen Präsidentschaft das strategische Seminar „Neue Perspektiven der justiziellen Zusammenarbeit“ statt, das sich anhand eines fallbezogenen Ansatzes schwerpunktmäßig mit Artikel 85 AEUV befasste. Auf der Grundlage von Fallstu-

dien erörterten die Teilnehmer die Frage, ob zusätzliche Befugnisse Eurojust effektiver machen würden, und gelangten zu dem Schluss, dass bei der Umsetzung der durch den Vertrag von Lissabon eröffneten neuen Möglichkeiten die aufgetretenen Schwierigkeiten nicht außer acht gelassen werden sollten. Es gab mehrere Workshops, in denen über folgende Themen beraten wurde: die Möglichkeit Eurojust die Befugnis zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und die Befugnis zur Verhinderung und verbindlichen Lösung von Kompetenzkonflikten einzuräumen; die bei der Koordinierung von Ermittlungen und Strafverfolgungsverfahren aufgetretenen Schwierigkeiten und die Möglichkeiten zur Verbesserung der Koordinierung; die Stärkung der künftigen operativen Zusammenarbeit mit Europol und OLAF; und die Möglichkeit, die verschiedenen Evaluierungsmechanismen von Eurojust für die Praxis nutzbar zu machen. Der Seminarbericht wurde als Ratsdokument 14428/11 veröffentlicht und ist auf der [Eurojust-Website](#) zu finden.

Derzeit ist Eurojust damit befasst, Beiträge zu seiner Struktur und zu parlamentarischen Bewertungen zu erstellen, die im Lichte der für 2013 in Aussicht genom-

menen Regelungen zu Eurojust und zur Europäischen Staatsanwaltschaft interessierten Parteien zugänglich gemacht werden sollen.

### 3.3 Administrative Entwicklungen

Im Jahr 2011 verfügte Eurojust über ein Budget von 31.7 Millionen €; 95,6 % der Mittel wurden in Anspruch genommen und insgesamt 7300 Transaktionen (Mittelbindungen und Zahlungen) wurden abgewickelt, 12 % mehr als im Vorjahr.

269 Personen waren 2011 bei Eurojust beschäftigt (gegenüber 267 im Jahr 2010). 42 von ihnen waren Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamte mit gleichwertigen Befugnissen, die von den Mitgliedstaaten entsandt waren. Sie wurden von 210 nach dem EU-Personalstatut beschäftigten Mitarbeitern und 17 entsandten nationalen Sachverständigen unterstützt.

#### *Entwicklung von Planungsinstrumenten*

Die Planungsinstrumente von Eurojust wurden im Jahr 2011 verbessert. Es wurde ein neues Kalkulationsmodell benutzt, das Tätigkeiten direkt mit Haushaltsaus-

gaben verknüpft. Durch die Zuordnung von Kosten an Referate und Dienste und die entsprechende Aufteilung der Gemeinkosten bietet das neue Kalkulationsmodell im Hinblick auf die Verwaltungsaspekte der Tätigkeit von Eurojust beträchtliche Vorteile. Es ermöglicht Eurojust eine bessere Übersicht, welche Kosten einem Referat oder einem Dienst insgesamt zuzurechnen sind, jene Kosten, die bei der Auslagerung beispielsweise der Sicherheitsdienste entstehen würden, mit denen zu vergleichen, die bei einer internen Abrechnung anfallen würden, die Budgetentwicklungen zu überwachen und unerwartete Kostenverläufe früh zu erkennen. Bedeutsam ist auch, dass das Kalkulationsmodell es ermöglicht, das Verhältnis zwischen Kerntätigkeiten und Gemeinkosten genau zu bestimmen.

Um die effiziente Verwaltung der Ressourcen zu erleichtern, ist der jährliche Tätigkeitsbericht des Verwaltungsdirektors (Annual Activity Report - AAR) zu einer Schlüsselkomponente des Strategie- und Programmplanungszyklus von Eurojust geworden und soll sicherstellen, dass die Ressourcen im Hinblick auf die zu erreichenden Ziele angemessen zugeordnet werden. Mit der Europäischen Kommission findet

ein regelmäßiger Informationsaustausch zu Haushalts- und Verwaltungsangelegenheiten statt und die Gespräche über eine Vereinbarung (Memorandum of Understanding) zwischen Eurojust und der Kommission zur Formalisierung des Austauschs von Informationen zu Haushalts- und Verwaltungsangelegenheiten werden fortgeführt.

*Bestandsaufnahme der Organisationsstruktur (Organisational Structure Review - OSR)*

Das OSR-Projekt diente als Ausgangspunkt für die Bewertung der administrativen Unterstützung des Kerngeschäfts. Es wurde ein Referat (das Fallanalysereferat, Nachfolger des Fallbearbeitungsreferats) eingerichtet, das sich noch stärker auf die Unterstützung der Nationalen Büros konzentrieren soll. Alle Verwaltungspositionen wurden einer Überprüfung unterzogen, um sicherzustellen, dass sie den Anforderungen der betrieblichen Abläufe so gut wie möglich entsprechen. Im Hinblick auf die entsprechenden Entwicklungen im Personalbereich ist festzustellen, dass Informationssysteme implementiert wurden, die eine wirksame Kontrolle der Personalkosten und eine optimale Übereinstimmung zwischen den Aus- und Fort-

bildungsmaßnahmen und den Geschäftserfordernissen sicherstellen sollen; der Personalausschuss ist eingeladen worden, sich an der Entwicklung von Verfahren zur Personaleinstellung zu beteiligen.

Im Gesamtkontext der Gewährleistung der Betriebskontinuität wurden Schritte zur Erstellung eines Aktionsplans gesetzt, mit dem potenzielle Risiken für Eurojust identifiziert werden sollen. Außerdem wurden in das Jahresarbeitsprogramm für das Jahr 2013 strategische Leistungskennzahlen (key performance indicators - KPIs) aufgenommen, mit denen die Qualität der Dienstleistungen von Eurojust, das Fachwissen und die organisatorische Leistungsfähigkeit gemessen werden sollen; zudem wurden Leistungskataloge erstellt, in denen die von den Verwaltungseinheiten angebotenen Dienstleistungen aufgeführt sind.

*Neue Gebäude*

Beträchtliche Fortschritte wurden im Hinblick auf die Beschaffung eines neuen Gebäudes für Eurojust bis zum Jahr 2015 wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Am 30. Juni 2011 wurde mit dem Königreich der Niederlande eine Kooperationsvereinbarung über die Errichtung eines



*Herr Klaus Rackwitz, neuer Verwaltungsdirektor*





Verwaltungspersonal

speziell für die operative Kerntätigkeit von Eurojust konzipierten Neubaus unterzeichnet. Eine Jury, deren Mitglieder jeweils zur Hälfte vom Gaststaat und von Eurojust benannt wurden, wählte einstimmig fünf Entwurfsteams aus, die am Vergabeverfahren teilnehmen werden. Die Kandidaten wurden gebeten, einen Entwurf vorzulegen, der die maximale Effizienz aller operativen Tätigkeiten bei möglichst geringem Ressourcenverbrauch zum Ziel hat und dabei die grundlegenden Wertvorstellungen von Eurojust verkörpert.

### 3.4 Öffentlicher Zugang zu Eurojust-Dokumenten

Ein Anstieg der Zahl der Anträge auf Zugang zu Eurojust-Dokumenten, die nach den für den Zugang der Öffentlichkeit zu diesen Dokumenten geltenden Eurojust-Regeln gestellt wurden, war zu verzeichnen. Im Jahr 2011 gingen elf Anträge auf Zugang zu Eurojust-Dokumenten ein. Vier Anträge gingen direkt bei Eurojust ein, in den anderen sieben Fällen wurde Eurojust als Drittpartei konsultiert, nachdem

bei anderen Organisationen Anträge eingegangen waren.

Zwei der vier Ersuchen, die direkt bei Eurojust eingingen, betrafen Personalangelegenheiten, die übrigen zwei Ersuchen betrafen Ermittlungen oder Strafverfolgungsmaßnahmen, an denen Eurojust beteiligt war. Den beiden Anträgen, die Personalangelegenheiten betrafen, wurde vollständig stattgegeben. Die beiden fallbezogenen Anträge wurden aus den weiter unten aufgeführten Gründen abgelehnt.

Von den sieben Anträgen, bezüglich derer Eurojust als Drittpartei konsultiert wurde, war einer fallbezogen, die sechs anderen nicht. Der fallbezogene Antrag wurde abgelehnt (aus den nachfolgend aufgeführten Gründen) und die anderen sechs Anträge, bei denen es um Zugang zu EU-Dokumenten ging, wurden vollständig bewilligt.

Die fallbezogenen Anträge (diejenigen, die direkt bei Eurojust eingingen, ebenso wie die, die über Dritte eingingen) wurden sowohl für sich genommen als auch in Bezug auf bestimmte andere Dokumente geprüft und aus einer Reihe von Gründen abgelehnt. Sie wurden abgelehnt, weil die Offenlegung die Privatsphäre und die Integ-



*Leiter der Referate und Dienste*

*Von links nach rechts: Jacques Vos, Corporate Services; Joannes Thuy, Pressereferent; Diana Alonso Blas, Datenschutzbeauftragte; Carla Garcia Bello, Sekretariat des Kollegiums; Alinde Verhaag, Stellvertretende Leiterin der Abteilung Fallverwaltung; Anna Baldan, Koordinatorin des Sekretariats des Netzwerks Gemeinsamer Ermittlungsgruppen; Klaus Rackwitz, Verwaltungsdirektor; Catherine Deboyser, Leiterin des Rechtsdienstes; Jon Broughton, Leiter der Abteilung Informationsmanagement; Mike Moulder, Haushalt, Finanzen und Beschaffung; Linda Scotts, Leiterin der Personalabteilung; Matevž Pezdirc, Koordinator des Genozid-Netzwerks; Fatima Martins, EJM-Sekretariat*

rität der betroffenen Personen beeinträchtigen würde; zum Schutz des öffentlichen Interesses an der Erfüllung der Aufgaben von Eurojust im Hinblick auf die Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität; wegen innerstaatlicher Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen, die

von Eurojust unterstützt werden; und zur Einhaltung der anwendbaren Regeln über die berufliche Schweigepflicht. Bei den anderen Gründen für die Zugangsverweigerung handelte es sich um folgende: Die Dokumente stammten aus einem Mitgliedstaat, der ihre Offenlegung abgelehnt hatte; die

Dokumente waren zum internen Gebrauch in einer Angelegenheit abgefasst worden, die nicht von Eurojust entschieden worden war; die Offenlegung würde den Entscheidungsfindungsprozess von Eurojust beeinträchtigen; eine Offenlegung läge nicht im überwiegenden Allgemeininteresse.





*Eurojust-Seminar, Sofia, Bulgarien*



*Eurojust-Seminar, Budapest, Ungarn*



*Eurojust-Seminar, Rom, Italien*

## 4 Weitere Vorgehensweise nach den Schlussfolgerungen des Rates

Am 9. und 10. Juni 2011 hat der Rat für Justiz und Inneres (JI Rat) Schlussfolgerungen zum neunten Eurojust-Jahresbericht (EU-Dokument 10645/1/11 REV 1) verabschiedet. Wie in den vorangegangenen Berichten bietet Eurojust in diesem Kapitel Informationen zu den Bereichen, in denen der Rat Empfehlungen ausgesprochen hat.

Eurojust – EJN	
Schaffung und Umsetzung von Mechanismen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Eurojust und dem EJN, insbesondere im Rahmen des ENCS, sowie Verweisung einfacher Fälle an das EJN.	Es wurde eine Gemeinsame Task Force von EJN und Eurojust gebildet, um u. a. über die Rolle der EJN-Kontaktstellen im ENCS zu beraten. Weitere Einzelheiten <i>siehe</i> Punkt 2.2.
Koordinierungstreffen und Beteiligung von Europol und OLAF	
Förderung von Koordinierungstreffen zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sowie Beteiligung anderer EU-Behörden wie z. B. Europol und OLAF, sofern dies relevant ist und im Rahmen bestehender Rechtsinstrumente erfolgt.	Im Jahr 2011 ist die Zahl der Koordinierungstreffen beträchtlich gestiegen. Eurojust hat in 204 Fällen Koordinierungstreffen organisiert. Europol nahm an 89 und OLAF an 8 Koordinierungstreffen teil. <i>Siehe</i> auch Punkt 1.2.2.

Kompetenzzentrum	
Fortführung der Bestrebungen, ein „Kompetenzzentrum“ für die justizielle Zusammenarbeit in Europa zu werden, um einen Beitrag zur Arbeit anderer betroffener Akteure zu leisten.	Eurojust entwickelt das Konzept eines Kompetenzzentrums zur Erleichterung wirksamer justizieller Maßnahmen gegen die organisierte grenzüberschreitende Kriminalität in der Europäischen Union, indem es institutionelle Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen zusammenführt.
Anwendung von Artikel 7 (2) und (3) des Eurojust-Beschlusses	
Berichterstattung über die Anwendung von Artikel 7 (2) und (3)	Das Kollegium hat keine schriftliche unverbindliche Stellungnahme nach Artikel 7 (2) und (3) abgegeben; die Fälle wurden auf der Ebene der Nationalen Büros gelöst. <i>Siehe</i> Punkt 1.2.8 für Einzelheiten zu Kompetenzkonflikten und Punkt 1.2.10 für Einzelheiten zu EuHBs.
Artikel 85 und 86 AEUV	
Die Expertise von Eurojust kann bei der politischen Debatte über die künftige Umsetzung der Artikel 85 und 86 AEUV berücksichtigt werden.	Im Jahr 2011 hat Eurojust die Überlegungen zu seiner künftigen Entwicklung nach dem AEUV fortgesetzt und sich auf der Grundlage seiner operativen Erfahrung an der laufenden europäischen Debatte beteiligt. Im Hinblick auf die Artikel 85 und 86 setzt sich Eurojust dafür ein, dass Schlussfolgerungen für die politische Debatte evidenzbasiert formuliert werden. <i>Siehe</i> Punkt 3.2.
Statistische Instrumente	
Erwägung der Weiterentwicklung der Statistik, Einführung einer Aufschlüsselung nach Ländern.	<i>Siehe</i> Anhang I, Abbildung 2.

<b>Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs)</b>	
Fortführung der Beteiligung an Schulungen zu JITs.	Eurojust unterstützt die von der EPA organisierten Schulungsmaßnahmen zu JITs. Bei den jährlichen Treffen des Netzwerks Gemeinsamer Ermittlungsgruppen tauschen die Experten aus der Praxis ihre Erfahrungen und Kenntnisse sowie bewährte Verfahrensweisen aus; dadurch wird der Einsatz von JITs gefördert.
<b>Zusammenarbeit mit Drittstaaten</b>	
Fortführung der Unterstützung bei der Fallarbeit mit Beteiligung von Drittstaaten.	Drittstaaten nahmen an 45 Koordinierungstreffen teil. Weitere Einzelheiten <i>siehe</i> Punkt 1.5.
<b>Fallmanagementsystem (CMS)</b>	
Umsetzung der sich aus dem Eurojust-Beschluss ergebenden Änderungen im Hinblick auf den Informationsaustausch und die Bereitstellung von Informationen an Eurojust; weitere Stärkung der Fähigkeit zur Bearbeitung und Analyse erhaltener Informationen; Ausschöpfung des vollen Potenzials der Eurojust-Datenbank im Hinblick auf mögliche Ersuchen an die Mitgliedstaaten um Durchführung von Ermittlungen oder strafrechtlicher Verfolgung bestimmter Handlungen auf der Grundlage von Querverweisanalysen.	Es wurde ein Formblatt zur Übermittlung von Informationen an Eurojust gemäß Artikel 13 erstellt. Im März und April 2011 wurde ein Fragebogen zur Unterstützung der Weiterentwicklung des CMS fertig gestellt. Es wurden verschiedene Bereiche identifiziert, die noch weiter zu bearbeiten sind: Registrierung von Fällen; Überwachen von Fällen; Statistik; Informationen und Feedback zu Artikel 13; Bewertung der Fallarbeit; Analyse der Fallarbeit; elektronisches Ordnersystem (Dokumentenverwaltung); und Kommunikationsmittel. Diese Themen werden während der Plenarsitzungen des Kollegiums im Jahr 2012 erörtert werden, um aus der Nutzerperspektive Orientierung für die funktionelle Bewertung des derzeitigen CMS zu geben. Darüber hinaus hat das Kollegium eine überarbeitete Liste von Straftatenkategorien verabschiedet.

Zusammenarbeit mit Europol	
Fortführung der Zusammenarbeit im Rahmen bestehender Rechtsinstrumente und Gewährleistung eines hohen Datenschutzniveaus.	Im Jahr 2011 hat sich die Kooperation mit Europol bei der Fallarbeit weiter verstärkt und der Austausch operativer Daten über die sichere Kommunikationsverbindung ist um 35% gestiegen (auf 911 Austauschvorgänge). Die beiden Organisationen haben gemeinsame Datenschutzgrundsätze angewandt. <i>Siehe</i> Punkt 2.3.1.
Zusammenarbeit mit OLAF	
Beibehaltung der privilegierten Partnerschaft bei der Bekämpfung von Betrug, Korruption und anderen Straftaten, die sich gegen die finanziellen Interessen der EU richten.	Im Jahr 2011 hat sich die Zahl der Übermittlungen fallbezogener Informationen erhöht. In der gesamten Europäischen Union empfahl OLAF im Jahr 2011 in etwa 30 Fällen die Einleitung von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen durch die nationalen Behörden. In acht Fällen wurde Eurojust um Unterstützung gebeten. <i>Siehe</i> Punkt 2.4.
Zusammenarbeit mit Frontex	
Fortsetzung der Bemühungen zum Abschluss förmlicher Arbeitsvereinbarungen mit Frontex, insbesondere durch eine Verbesserung des Informationsaustauschs.	Nach der Verabschiedung einer neuen Frontex-Verordnung ist eine Kooperationsvereinbarung in Aussicht genommen, die den Austausch personenbezogener und operativer Daten ermöglicht. <i>Siehe</i> Punkt 2.5.

<b>Projekt der Bestandsaufnahme der Organisationsstruktur (OSR)</b>	
Präsentation der Ergebnisse der Projekte zur Arbeitsweise des Kollegiums und der Bestandsaufnahme der Organisationsstruktur	Eurojust arbeitete weiterhin an der Umsetzung der OSR in sieben Bereichen. Das Projekt zur <i>Verwaltungsstruktur</i> ist weitgehend abgeschlossen. Bei den Projekten <i>Leistung und Risikomanagement</i> , <i>Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, dem Kollegium und den Nationalen Büros</i> , sowie <i>Aus- und Fortbildung</i> wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Ein Aktionsplan zur Minderung potenzieller Risiken für Eurojust ist in Arbeit. Auf der Grundlage der von Eurojust entwickelten strategischen Leistungskennzahlen (KPIs) wurden vorläufige generische KPIs in den Entwurf des Jahresarbeitsprogrammes für das Jahr 2013 aufgenommen, mit denen die Qualität der Dienstleistungen, das Fachwissen, das Problembewusstsein und die organisatorische Leistungsfähigkeit von Eurojust gemessen werden sollen. Die übrigen Projekte, <i>Delegierung von Entscheidungen</i> , <i>Portfolioverwaltung</i> und <i>Kultur</i> werden fortgeführt.
<b>Umsetzung des Eurojust-Beschlusses und Koordinierungsdauerdienst (OCC)</b>	
Weitere Umsetzung des Eurojust-Beschlusses; Revision der Verfahrensvorschriften und Erstellung eines Standardformulars, mit dem die Informationen übermittelt und bei Eurojust verarbeitet werden können; Berichterstattung über die Umsetzung der betreffenden Bestimmungen im nächsten Jahresbericht; Beschleunigung der Einrichtung eines OCC-Systems und Fortführung der Arbeiten zur Erleichterung der Übermittlung fallbezogener Informationen.	Kapitel 3 befasst sich mit der Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Stärkung von Eurojust, insbesondere zum OCC, zum ENCS und zu Artikel 13.



*Eurojust-Seminar, Krakau, Polen*



*Aktionstag gegen Menschenhandel, Warschau, Polen:  
Herr Williams unterzeichnet die Gemeinsame Erklärung  
der JI-Agenturen*



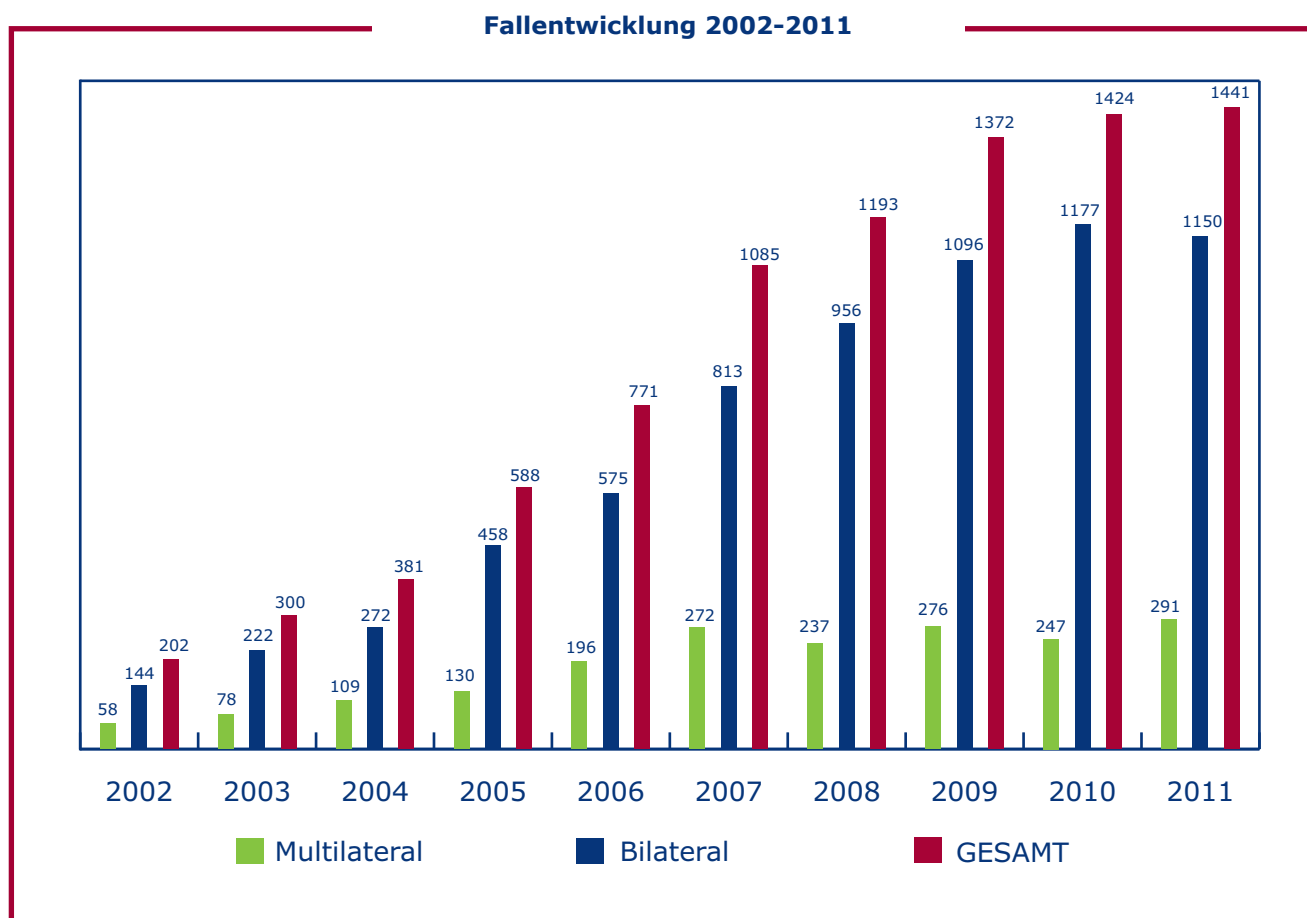
*Beratungstreffen zwischen Eurojust und der Republik  
Kroatien, Brijuni, Kroatien*



# ANHANG

Abbildung 1

Im Jahr 2011 registrierte Eurojust 1.441 Fälle, womit sich der Aufwärtstrend der Anzahl von Ersuchen um Unterstützung durch die Mitgliedstaaten seit dem Jahr 2002 fortgesetzt hat. Etwa 20 % dieser Fälle umfassten drei oder mehr Mitgliedstaaten.



## Abbildung 2

Die Abbildung zeigt die Anzahl der im Jahr 2011 registrierten bilateralen und multilateralen Fälle, aufgegliedert nach nationalen Büros.

Die Klassifizierung eines Falles als bilateral ist nicht gleichbedeutend mit einer geringeren Schwere der betreffenden Straftat und bedeutet auch nicht, dass eine eingeschränkte Beteiligung von Eurojust angebracht ist. Es kann durchaus sein, dass es sich bei einem Fall, der bei Eurojust als bilateral klassifiziert ist, in einem Mitgliedstaat um einen multilateralen Fall handelt.

### Bilaterale/multilaterale Fälle

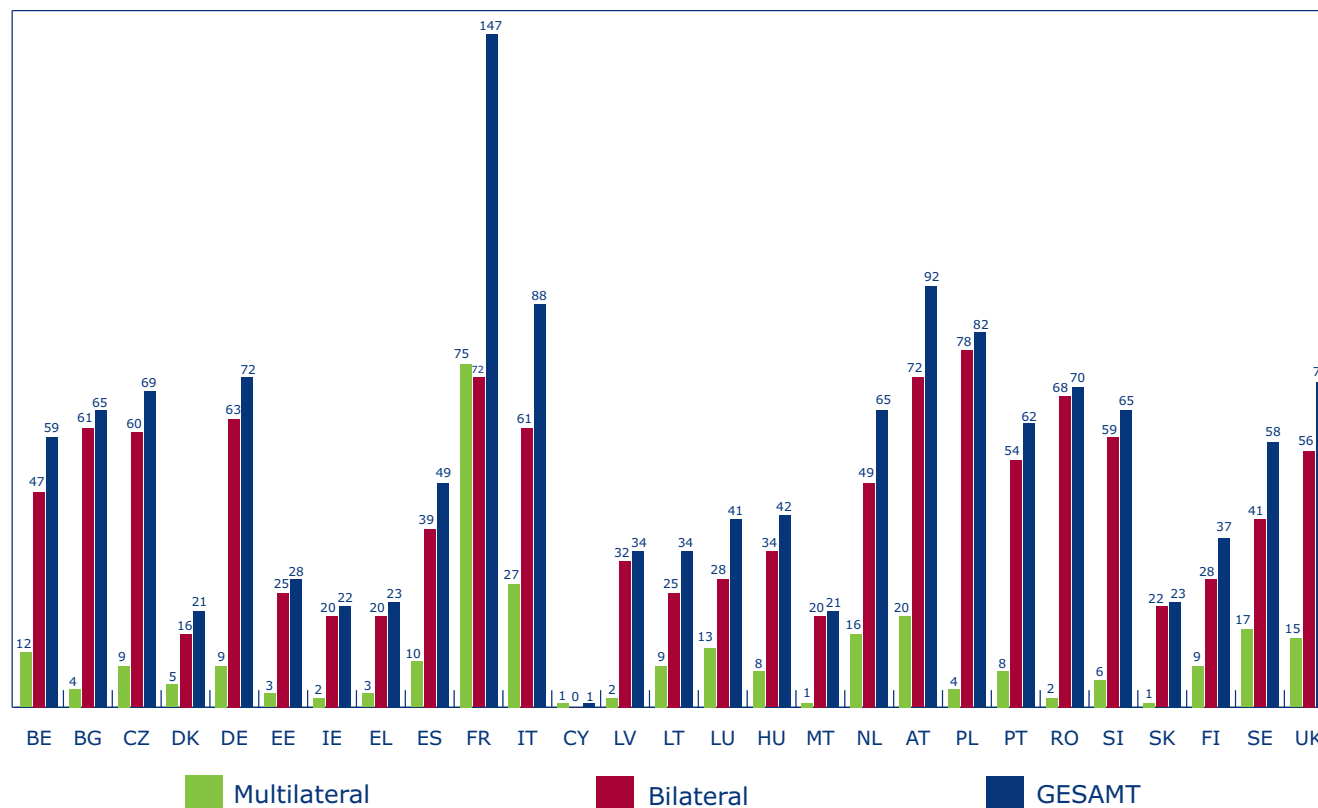
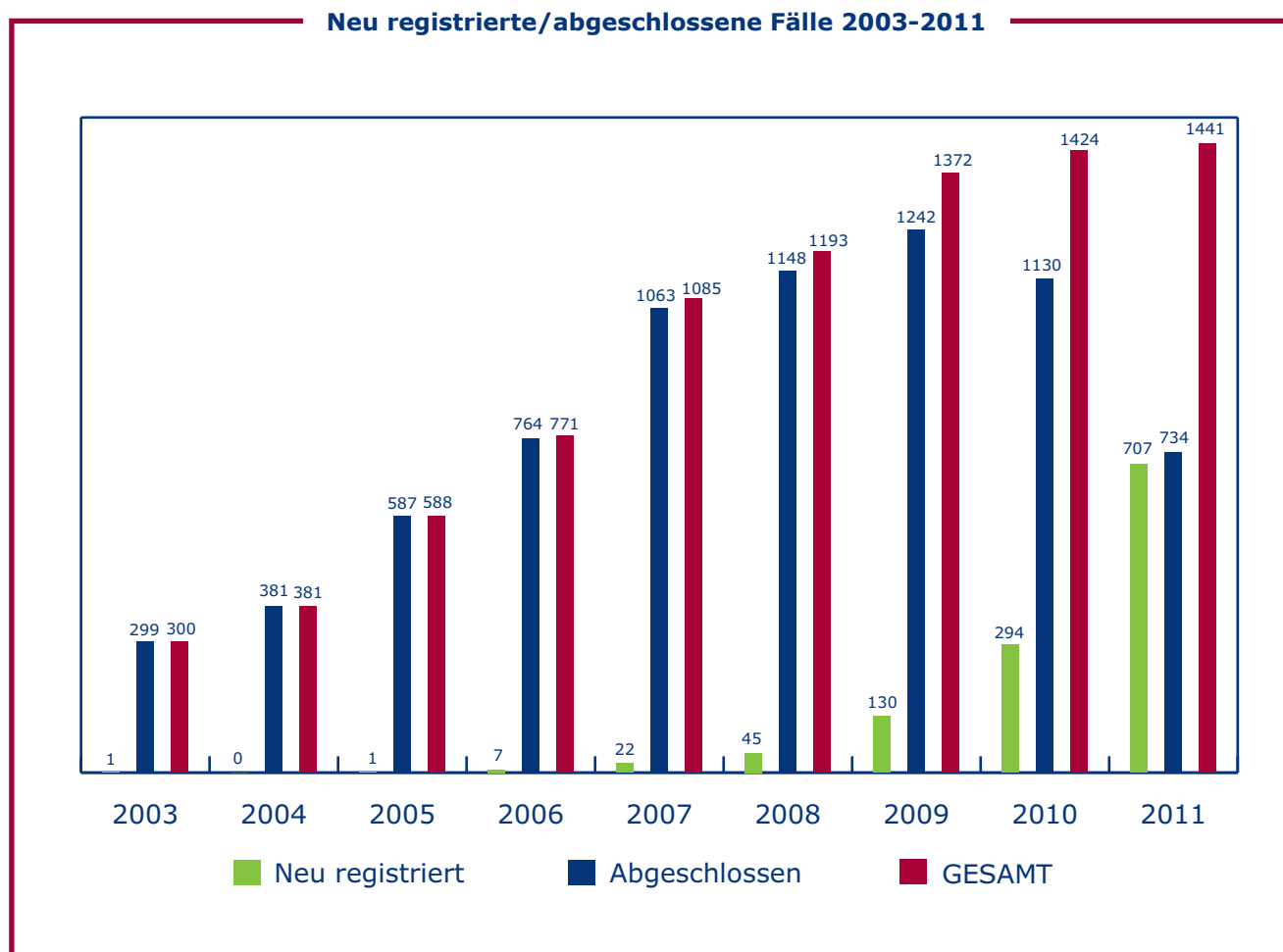


Abbildung 3

Die Fallbelastung der Nationalen Büros wird nicht nur von der Zahl der in einem Jahr neu registrierten Fälle, sondern auch von den noch anhängigen Fällen aus den Vorjahren beeinflusst. Insgesamt sind bei Eurojust 500 Fälle aus den Vorjahren (2003-2010) anhängig, die immer noch der Aufmerksamkeit und Unterstützung bedürfen.



## Abbildung 4

Gemäß Artikel 4(1) des Eurojust-Beschlusses erstreckt sich der allgemeine Zuständigkeitsbereich von Eurojust auf die Kategorien von strafbaren Handlungen und Delikten, die zum jeweiligen Zeitpunkt in die Zuständigkeit von Europol fallen, und andere Straftaten, die zusammen mit diesen Kategorien von strafbaren Handlungen und Delikten begangen worden sind.

Bei anderen Arten von Delikten kann Eurojust in Übereinstimmung mit seinen Zielvorgaben die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen auf Antrag einer zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats gemäß Artikel 4(2) unterstützen.

Eurojust kann auch von einem Mitgliedstaat ersucht werden, Unterstützung zu Fragen und Themen allgemeinerer Art zu leisten, die nicht zwangsläufig in Zusammenhang mit einem laufenden operativen Fall stehen, unter anderem z. B. Fragen zu nationalen Gesetzen oder Verfahren (Fälle zu Rechtsfragen).

### Allgemeine Fallklassifizierung

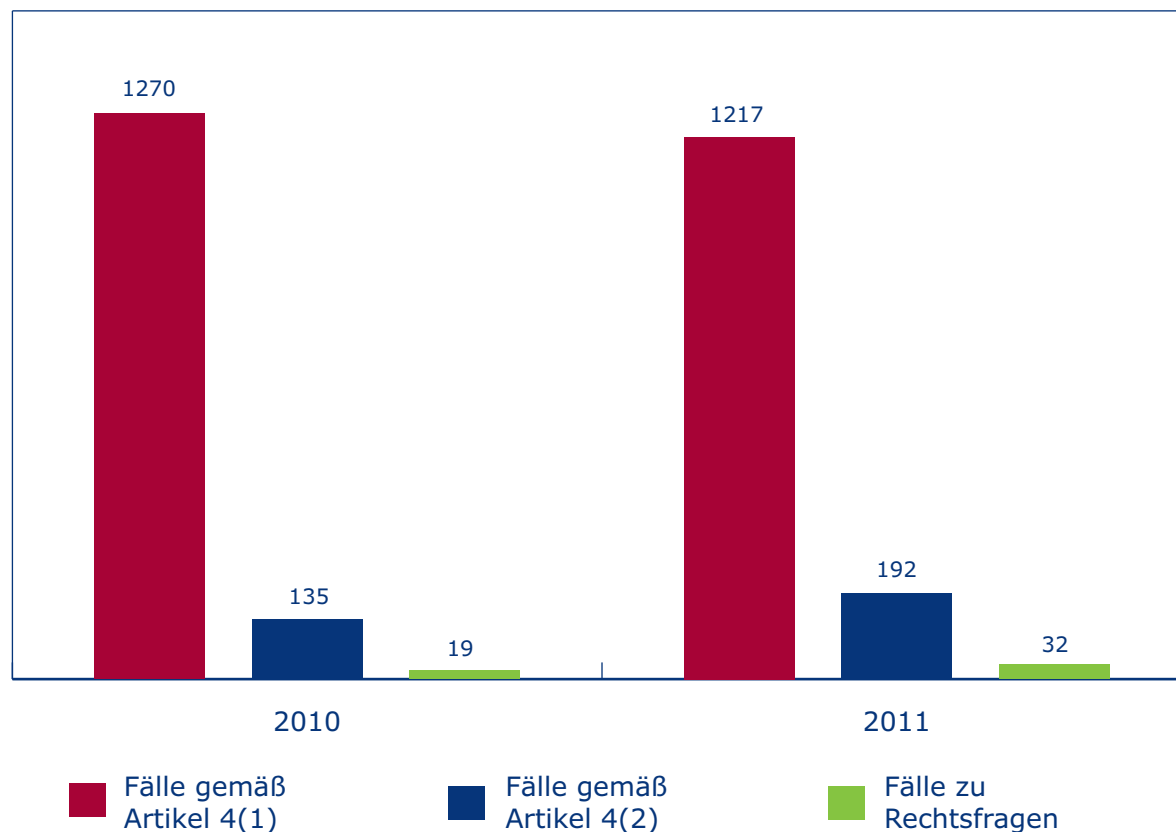
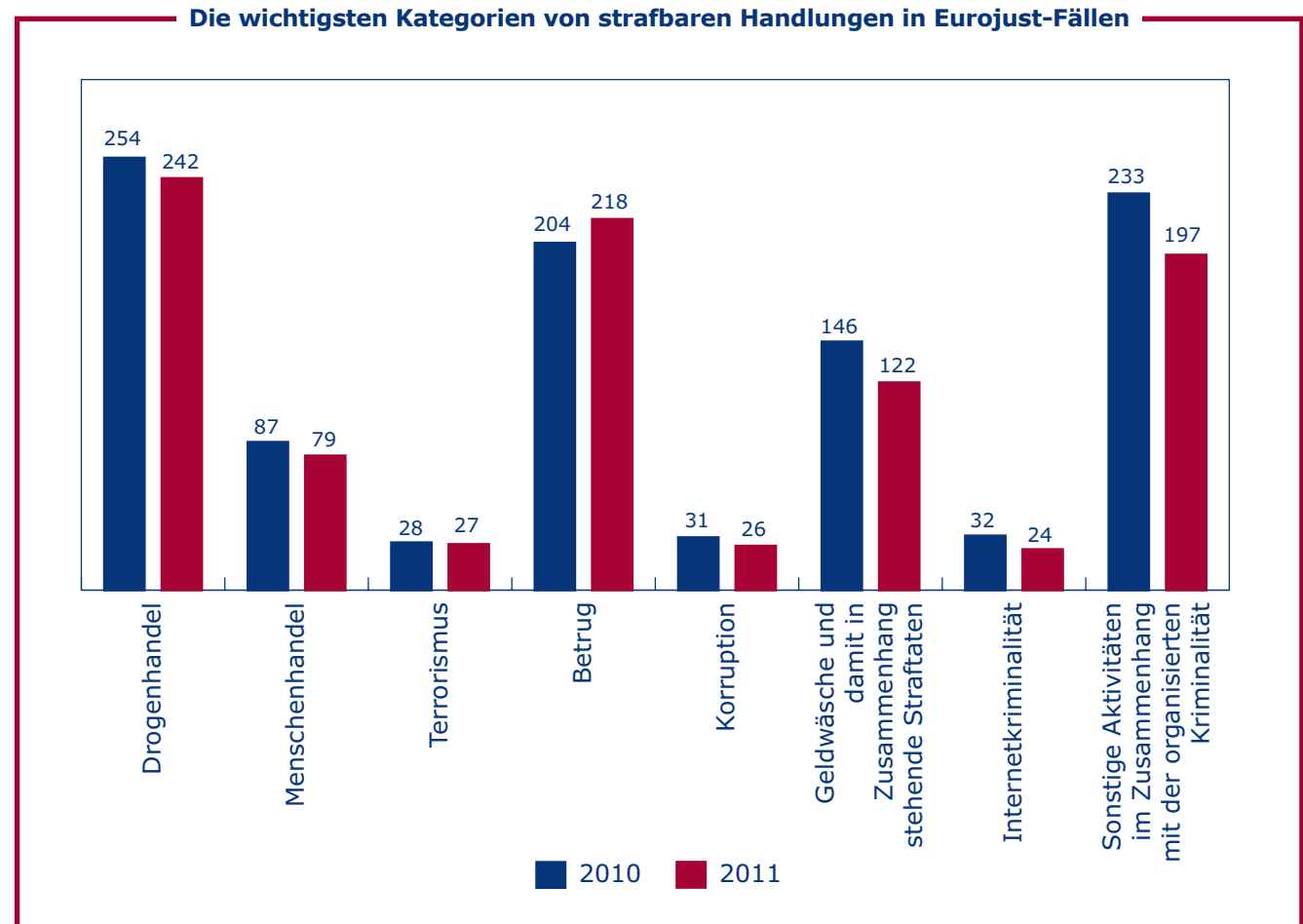


Abbildung 5

Die wichtigsten operativen Bereiche, in denen Eurojust 2010-2011 tätig wurde, liegen im Bereich des Drogen- und Menschenhandels, des Terrorismus, des Betruges, der Korruption, der Geldwäsche, der Cyberkriminalität und sonstiger Aktivitäten, die mit dem Auftreten organisierter krimineller Vereinigungen in der Wirtschaft verbunden sind.

Die Abbildung zeigt, wie oft diese Kategorien von strafbaren Handlungen in den Fällen, die Eurojust in den Jahren 2010 und 2011 registrierte, vorkamen. Ein Fall kann mehrere Kategorien von strafbaren Handlungen betreffen. Weitere Informationen sind den entsprechenden Abschnitten in Kapitel 1 zu entnehmen.



## Abbildung 6

Die wichtigsten operativen Bereiche, in denen Eurojust 2010-2011 tätig wurde, liegen im Bereich des Drogen- und Menschenhandels, des Terrorismus, des Betruges, der Korruption, der Geldwäsche, der Cyberkriminalität und sonstiger Aktivitäten, die mit dem Auftreten organisierter krimineller Vereinigungen in der Wirtschaft verbunden sind.

Die Abbildung zeigt die Anzahl der wichtigsten Kategorien und sonstiger Kategorien von strafbaren Handlungen, die bei Eurojust in den Jahren 2010 und 2011 registriert wurden. Ein Fall kann mehrere Kategorien von strafbaren Handlungen betreffen.

**Die wichtigsten Kategorien von strafbaren Handlungen und sonstige Kategorien von strafbaren Handlungen in Eurojust-Fällen**

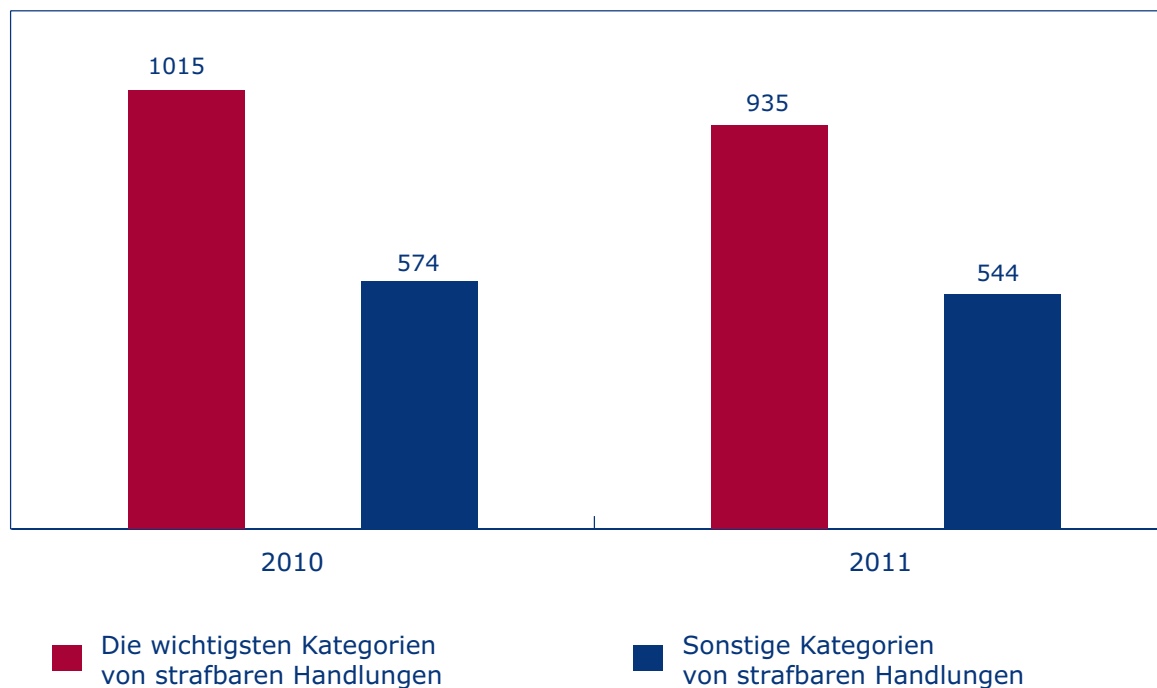
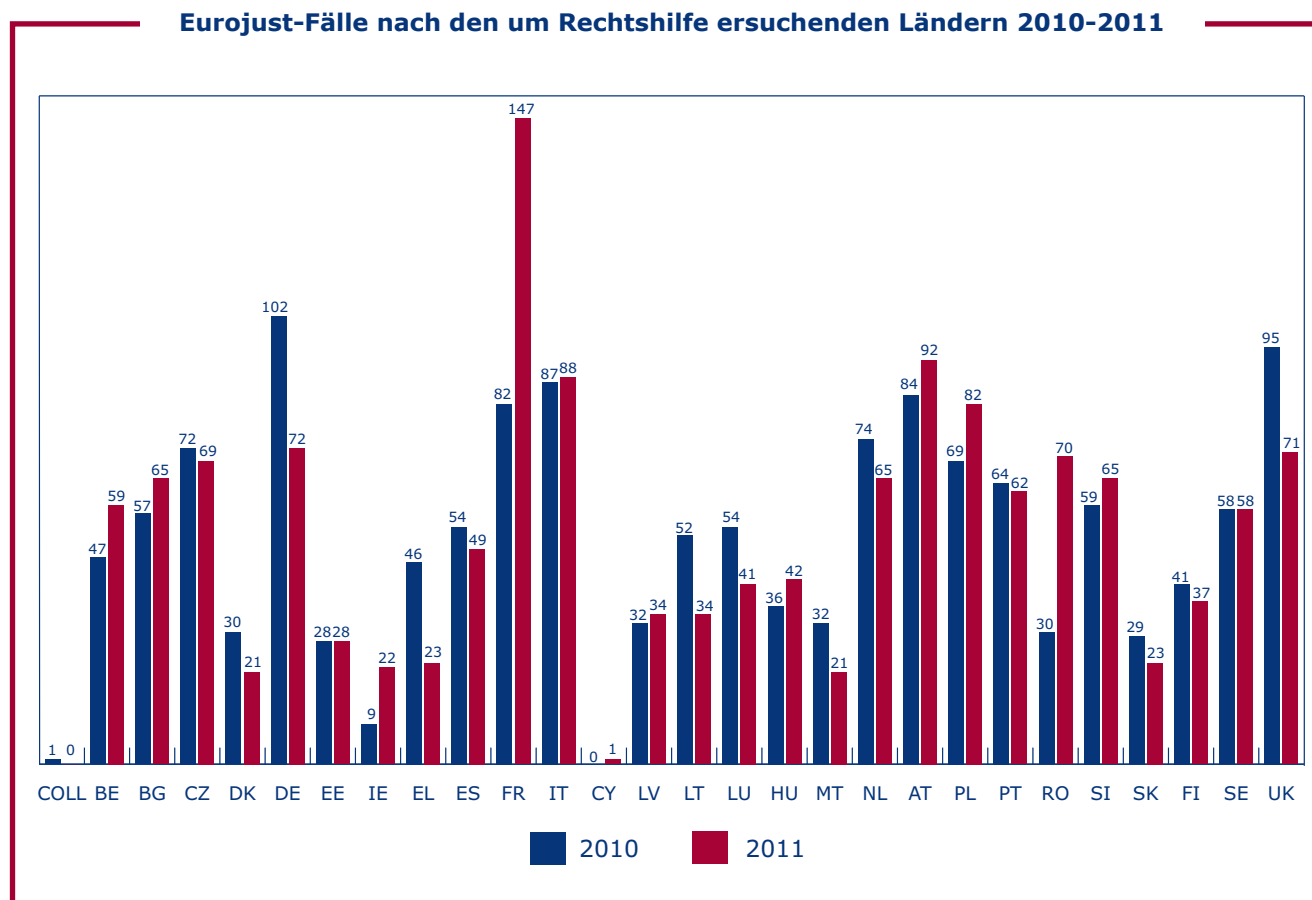




Abbildung 7

Die Abbildung zeigt die Anzahl der Fälle, in denen die einzelnen Mitgliedstaaten Eurojust in den Jahren 2010 und 2011 um Unterstützung ersuchten.



## Abbildung 8

Die Abbildung zeigt, wie oft Eurojust die Behörden in jedem Mitgliedstaat in den Jahren 2010 und 2011 um Unterstützung ersuchte.

**Eurojust-Fälle nach den um Rechtshilfe ersuchten Ländern**

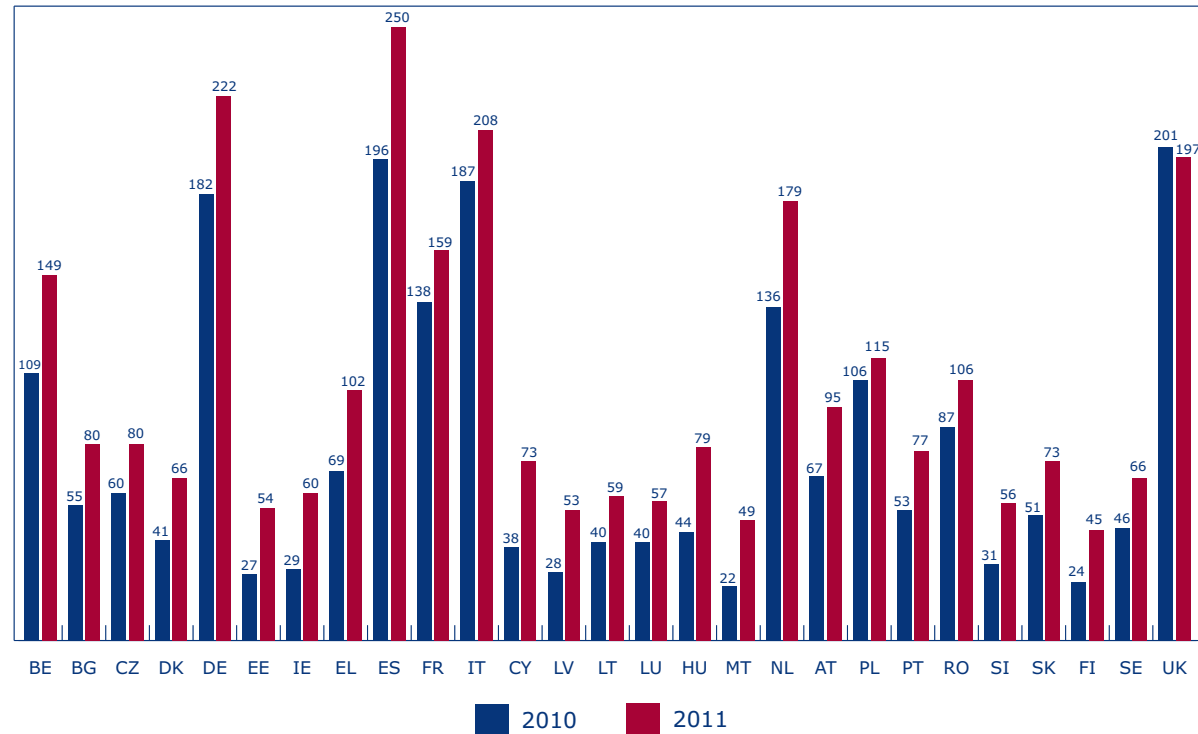


Abbildung 9

Die Abbildung zeigt die Anzahl der Fälle, bei denen Koordinierungstreffen erforderlich waren. Koordinierungstreffen finden üblicherweise in den Räumlichkeiten von Eurojust in Den Haag statt. Unter bestimmten Umständen finden Koordinierungstreffen auch außerhalb von Eurojust in einem Mitgliedstaat oder Drittstaat statt.

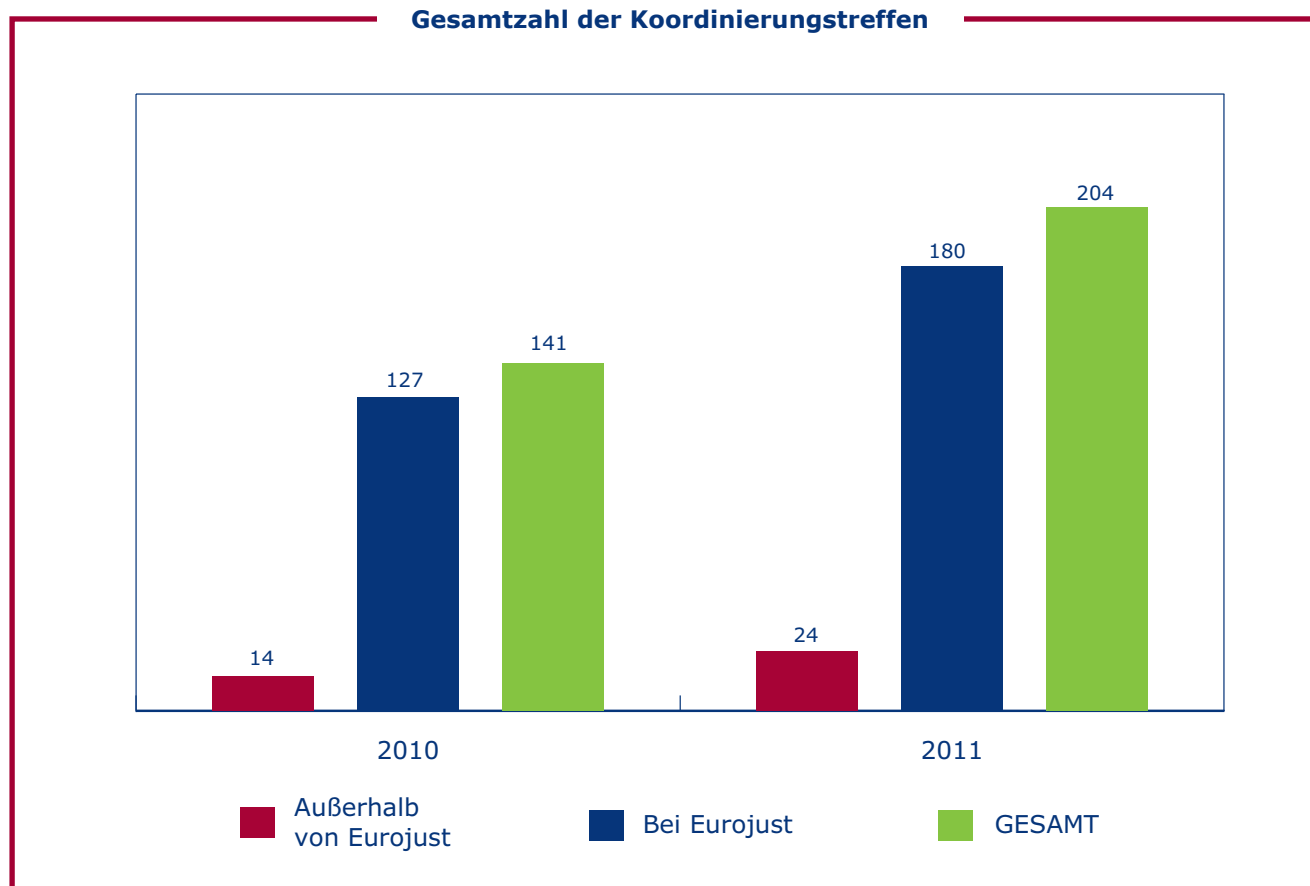


Abbildung 10

Die Abbildung zeigt die Anzahl der Fälle, bei denen aufgrund eines Ersuchens um Unterstützung durch einen Mitgliedstaat oder einen Drittstaat Koordinierungstreffen erforderlich waren.

Koordinierungstreffen nach den um Rechtshilfe ersuchenden Ländern 2010-2011

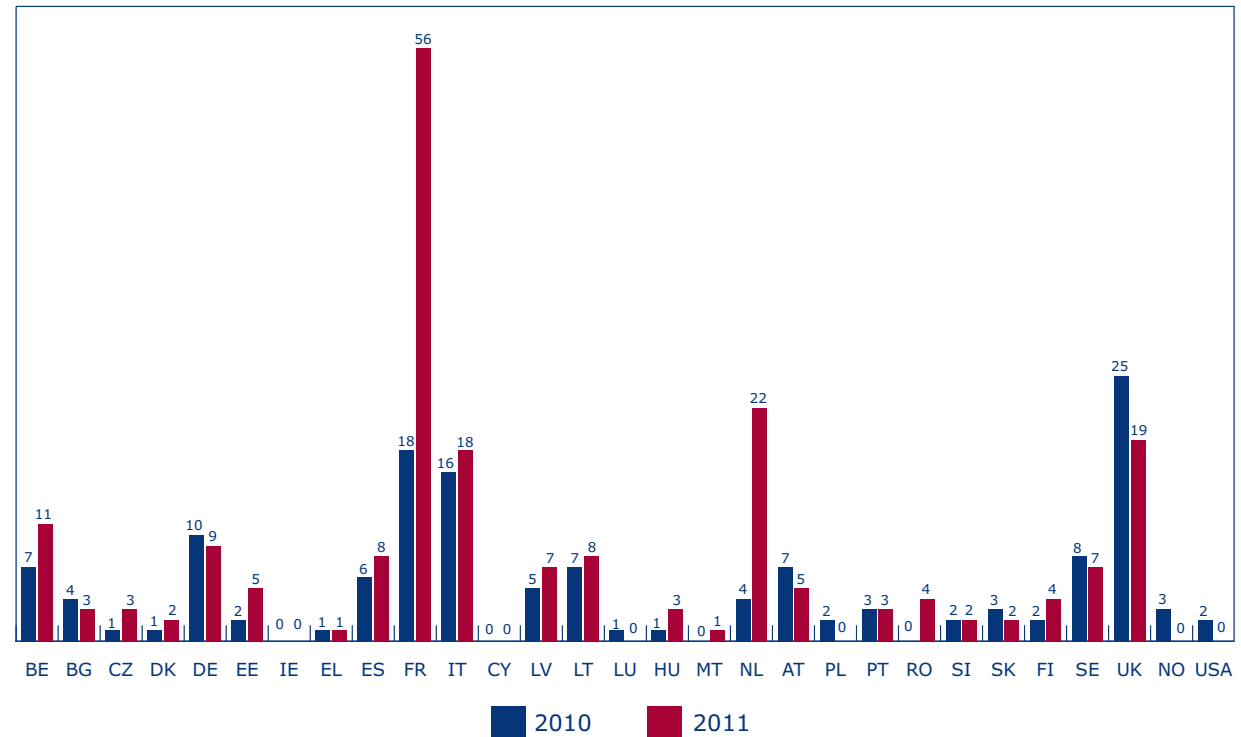
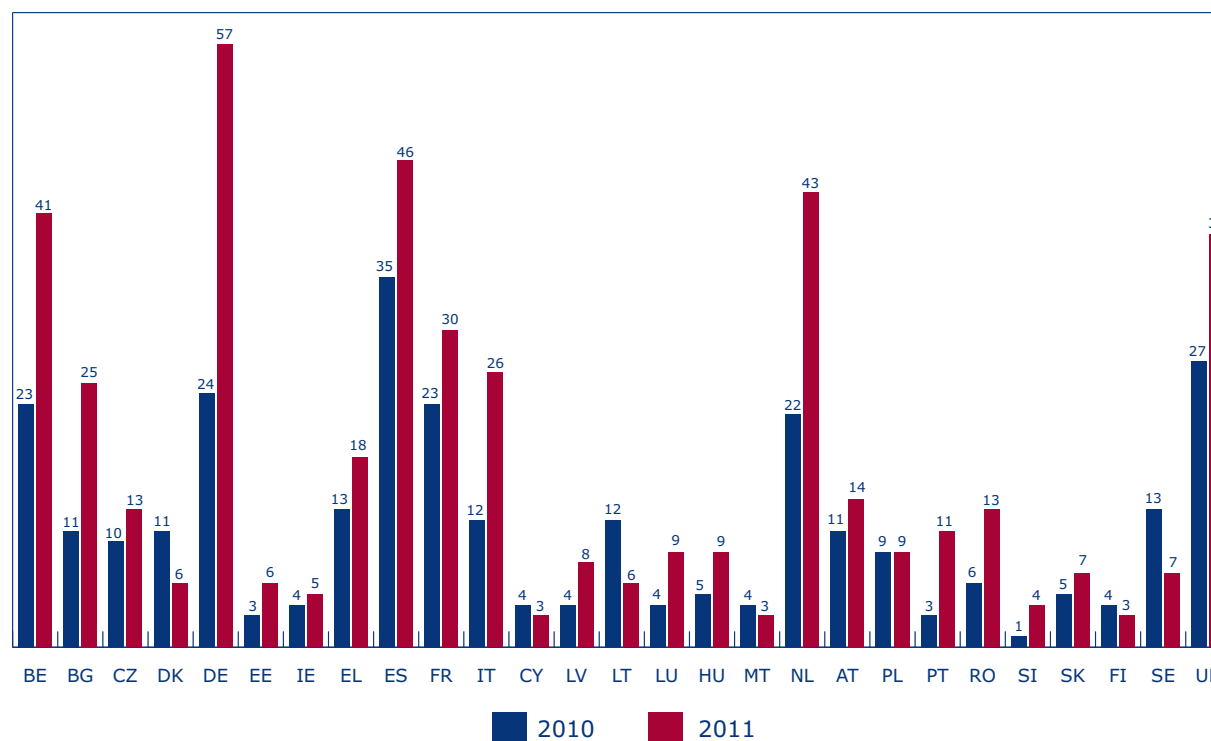


Abbildung 11

Die Abbildung zeigt, wie oft die Behörden der Mitgliedstaaten, nachdem sie um Unterstützung ersucht wurden, an Eurojust-Koordinierungstreffen zu Fällen teilnahmen, bei denen Koordinierungsmaßnahmen erforderlich waren.

Koordinierungstreffen nach den um Rechtshilfe ersuchten Ländern 2010-2011





*Eurojust-Gebäude Haagse Veste 1*

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung von Eurojust in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Fotos: Joannes Thuy, Leen De Zutter & Jacalyn Birk, Eurojust  
Michel Mees, Den Haag  
Zollkriminalamt, Köln, Deutschland

© 2012 Eurojust